# Antifaschistisches info Blatt

Nr. 103 | Sommer 2014 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR

# GRIECHENLAND

## DAS ERSTARKEN EINER FASCHISTISCHEN BEWEGUNG



www.antifainfoblatt.de

6

Foto: Nicolas Koutsokostas © 2014 Demotix, all rights reserved

## Griechenland

Die griechische Chrysi Avgi ist zum Aushängeschild der neonazistisch inspirierten, extremen Rechten geworden. Mit hegemonialem Anspruch setzt sie neue Strategien und Konzepte durch und erntet breite Unterstützung in Europa.

16

## „Patriotisches Menschenmaterial"

Neonazistische Fußball-Hooligans traten zuletzt bei Protesten gegen Auftritte von Salafisten in Erscheinung. Sie vernetzten sich über die Facebook-Gruppe „Weil Deutsche sich's noch trau'n!". Ein Einblick in die Organisationsstrukturen rechter Hooligans.

42

## „Der Krieg sei uns heilig"

Seit der Jahrhundertwende waren die Spannungen zwischen den imperialistischen Großmächten in Form von regional begrenzten Konflikten eskaliert. 1914 sollten sie sich entladen. Das Geheimnis, wie Kriege gemacht werden, lässt sich am Beispiel des Ersten Weltkrieges gut entschlüsseln.

48

Foto: Oksana Solopowa, Internet-Portal timer.od.ua

## Ukraine: „Wir lassen euch nicht lebend raus"

48 Menschen starben am 2. Mai in Odessa. Für ukrainische Regierungsgegner ist es eine ausgemachte Sache, dass mit dem Brand im Gewerkschaftshaus von Odessa die Prorussische Bewegung in der Süd-Ukraine eingeschüchtert werden sollte.

Titelfoto: 30.11.2013 Mitglieder der Goldenen Morgenröte vor dem griechischen Parlament © Nicolas Koutsokostas, 2014 Demotix, all rights reserved

### TITEL


### NS-SZENE


### BRAUNZONE


### ANTIFA


### REGIONAL


### DISKUSSION


### GESELLSCHAFT


### RASSISMUS


### GESCHICHTE


### REPRESSION


### INTERNATIONAL


### RUBRIKEN

# Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

der Schwerpunkt dieser Ausgabe liegt auf Griechenland. Warum? Vor allem wegen der Bedeutung Griechenlands für die europäische Neonaziszene. Die Erfolge der Neonazi-Partei Chrysi Avgi werden als Vorbild für den Durchbruch zu breiterer gesellschaftlicher Akzeptanz gesehen. Deshalb versuchen Neonazis europaweit, das griechische Modell zu kopieren. Nicht nur, wie sich der Neofaschismus in Griechenland etablierte, welche Strukturen und Verbindungen bestehen und welche Änderungen dies in der Neonaziszene Europas bewirkte, sondern auch, wie sich antifaschistischer Widerstand formierte, waren die wesentlichen Punkte für uns.

Mit einem Stimmanteil von etwa 9,5 Prozent ging Chrysi Avgi (Seite 10) als drittstärkste Kraft Griechenlands aus der Europawahl im Mai 2014 hervor, obwohl die halbe Führungsriege der Partei derzeit im Gefängnis sitzt (Seite 12). Drei Abgeordnete kann sie damit in das Europaparlament entsenden. Stimmanteile von über 10 Prozent erzielte Chrysi Avgi in 23 Wahlkreisen (von insgesamt 56 in ganz Griechenland). Wie ein Artikel in der Zeitung „To Vima" enthüllt, stammen überdurchschnittlich viele WählerInnen von Chrysi Avgi nach wie vor aus den Reihen der griechischen Polizei (ELAS). Der Prozentsatz soll möglicherweise sogar über 50 liegen. Laut eigener Wählerverzeichnisse der Dienststellen der Zentralen Polizeidirektion Attikas (GADA) wählten insgesamt 2.738 Polizeibeamt_innen in 18 speziellen Wahllokalen. In jedem erhielt Chrysi Avgi Ergebnisse von 16,32 bis 22,32 Prozent der Stimmen. In den direkt benachbarten Wahllokalen, in denen keine Polizeibeamt_innen wählten, lag der Anteil der Chrysi Avgi bei 8 bis 9 Prozent, in Wahllokalen, in denen die ELAS-Offiziere des Polizei-Hauptquartiers wählen gingen, jedoch bei 13 bis 15 Prozent. Dies stellt natürlich auch für aktive Antifaschist_innen eine gefährliche Ausgangssituation für direkte Proteste gegen Chrysi Avgi dar, wie der Artikel im Repressions-Ressort (Seite 46) zeigt. Wie linke Gruppen und Antifaschist_innen in Griechenland auf die Chrysi Avgi reagieren, beleuchten ein Interview mit Antifas aus Kreta (Seite 8) sowie der Artikel „Antifa back in Europe" (Seite 6). Unsere Rezensionen orientieren sich in dieser Ausgabe am Schwerpunkt und beschäftigen sich ausschließlich mit Literatur zu Chrysi Avgi.

Auch in dieser Ausgabe müssen wir wieder Toten gedenken. Das britische antifaschistische Portal „Hope Not Hate" berichtet von einem Mord in Chile. Nachdem der 21-jährige Wladimir Sepúlveda im Oktober 2013 von sechs Männern in San Francisco de Mostazal homophob beleidigt und zusammengeschlagen worden war, verstarb er nach fast sechs Monaten im Koma. Das „Movement for Homosexual Integration and Liberation" spricht von 26 homophoben Morden in Chile seit 2002. In Istanbul starb die 25-jährige Çağla Joker nach einem transphoben Angriff. In Kansas City ermordete der 73-jährige Antisemit und Rassist Franzier Glenn Miller (Ku-Klux-Klan) drei Menschen.

Neben diesen bekannt gewordenen Toten führt die rassistische Abschottungspolitik der EU immer wieder zu einer Vielzahl „unbekannter" Opfer. Wie sich dies an der europäischen Außengrenze Griechenlands darstellt kann auf Seite 14ff. nachgelesen werden. Und auch innerhalb der „Festung Europa" bleiben die Risiken groß, wie ein Beispiel aus Bayern zeigt. Am 24. Mai 2014 starb im Landshuter Gefängnis der dort inhaftierte 28-jährige Flüchtling aus dem Kosovo Muslim H., als er von Beamten der JVA überwältigt werden sollte. Laut Presseberichten „wurde der Gefangene von mehreren Beamten am Boden fixiert, kurz darauf versagten Atmung und Herzschlag" und er verstarb noch im Laufe des selben Tages im Krankenhaus. Gegen acht Beamte wurden Ermittlungen eingeleitet. Der bayerische Flüchtlingsrat setzt sich für die Aufklärung der Todesumstände ein. •

William Corporon (links) und sein Enkel Reat Underwood wurden im April 2014 von einem Ku-Klux-Klan-Mitglied in Kansas City aus antisemitischen Motiven erschossen.

Terri LaMano wurde im April 2014 von demselben Täter erschossen.

Çağla Joker wurde bei einem transphoben Angriff in Istanbul im April 2014 tödlich verletzt.

Im Mai 2014 starb Wladimir Sepúlveda an den Folgen eines homophoben Angriffs in Chile.

# Mit Gewalt ins Rathaus

In Dortmund zeigt sich immer deutlicher, dass die Partei „Die Rechte“ von Christian Worch offen als Nachfolgeorganisation des 2013 verbotenen „Nationalen Widerstand Dortmund“ (NWDO) genutzt wird. Am 25. Mai 2014 griffen knapp 25 Neonazis, darunter nahezu alle Führungspersonen des NWDO, die Wahlparty der demokratischen Parteien im Rathaus an. Mit Faustschlägen, Pfefferspray und Flaschenwürfen versuchten sie, in das Gebäude einzudringen. Dabei riefen sie „Deutschland den Deutschen. Ausländer raus“ und stimmten später die erste Strophe des „Deutschlandliedes“ an. Vor dem Eingang hatten sich zahlreiche Antifaschist_innen und Politiker_innen den Angreifern in den Weg gestellt. Zehn von ihnen wurden verletzt.

Angeführt wurde die Gruppe von Die Rechte-Spitzenkandidat Siegfried Borchardt, der an diesem Tag ins Rathaus gewählt wurde. Ebenfalls beteiligt waren Dennis Giemsch (NWDO-Anführer, jetzt Die Rechte-Vorstand), Sven Kalin (Mörder des Punkers Thomas Schulz) und Michael Brück (Die Rechte-Kandidat und NWDO-Führungsperson).

Die Polizei erschien erst nach 20 Minuten mit genug Einsatzkräften, um die Neonazis zu stoppen. Dabei hatte Die Rechte den Marsch aufs Rathaus vorher indirekt im Internet angekündigt. Beamte vom Staatsschutz waren anfangs im Rathaus, verließen das Gebäude aber eine Stunde vor dem Auftauchen der Neonazis. Nach dem Angriff nahm die Polizei lediglich die Personalien auf und eskortierte die Gruppe zum Bahnhof.

Während die NPD bei der Kommunalwahl in Dortmund nur 1.800 Stimmen erhielt, konnte Die Rechte aus dem Stand rund 2.100 Stimmen (1 Prozent) gewinnen. Damit stellt die Partei nicht nur ein Ratsmitglied, sondern vier weitere Sitze in lokalen Bezirksversammlungen. •

Der Neonazi Timo E. aus Bochum-Langendreer sprüht KO-Spray auf die Politiker_innen vor dem Rathauseingang.

# Flüchtlingsunterkünfte in Tostedt

Als im Jahr 2010 organisierte Neonazis in die Wohnungen von Antifaschist_innen eindrangen und mehrere Menschen zum Teil schwer verletzten, stellte dies keinen Einzelfall rechter Gewalt dar, sondern reihte sich ein in den Alltag des niedersächsischen Tostedt. Die Tostedter Neonazi-Szene gilt als eine der gewaltbereitesten in Deutschland. Zwar nahmen rechte Aktivitäten in und um den Ort in den letzten zwei Jahren ab, trotzdem bestehen noch immer ein hohes Mobilisierungspotenzial und eine uneingeschränkte Gewaltbereitschaft seitens der Neonazis. Zudem sind Neonazis, wie der wegen Totschlags verurteilte Stefan Winkler (ehem. Silar), fest in die 13.000 Einwohner_innengemeinde integriert und in Schützen- und Sportvereinen oder der Feuerwehr vertreten. Im Zuge der Hochphase rechter Angriffe auf alternative Jugendliche, die letztendlich zu den Adressat_innen staatlicher Repression wurden, formulierte der ehemalige Polizeisprecher der Samtgemeinde eine Position, die viele Ortsansässige teilten: „Tostedt ist bunt und Braun ist auch eine Farbe“. In genau dieser Gemeinde sollen nun insgesamt 161 Asylbewerber_innen in zwei Containerdörfern untergebracht werden. Dieses, sich aktuell realisierende Vorhaben, stieß ab der ersten Stunde auf Protest. Im Februar 2014 erschienen der rechte Nachwuchskader Kevin A. und weitere Mitglieder der Kameradschaft „NW Tostedt“ auf einer internen Informationsveranstaltung zu den Unterkünften und äußerten ihren rassistisch motivierten Unmut. Vierzig weitere Neonazis warteten vor dem Veranstaltungsgebäude. Es folgten eine Onlinepetition gegen die Unterkünfte, die mittlerweile mit 242 Stimmen beendet ist, und die Gründung einer „Bürgerinitiative Tostedt“, die rassistische Texte im Internet verbreitet. In sozialen Netzwerken ist diesbezüglich von „kriminellen Negern“ und „Zigeunern“ die Rede, gegen die es sich „illegal zu bewaffnen“ gilt. Erfahrungsgemäß ist zu befürchten, dass zukünftige Übergriffe von Neonazis auf die Geflüchteten von der Gemeinde bzw. der Polizei entpolitisiert werden, oder Vorfälle absichtlich nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Ein Grund mag die mangelhafte Auseinandersetzung mit der immer noch vorhandenen Neonazi-Problematik sein, ein anderer der rassistische Hegemonie in der Dorfgemeinschaft (Vgl. AIB Nr. 99). •

# Magdeburger Richter: Rassismus kein tragendes Motiv

Mit einem Schock für die Betroffenen endete am zweiten Mai 2014 am Landgericht Magdeburg der Prozess gegen neun Neonazis wegen eines rassistischen Angriffs auf einen Imbissbetreiber, seine Lebensgefährtin und seinen Bekannten in Bernburg. Im September 2013 hatten zwei der Angeklagten auf dem Bahnhof der sachsen-anhaltischen Kreisstadt zunächst den 34-jährigen Betreiber eines Döner-Imbisses und seine Freundin rassistisch beleidigt. Dann waren alle neun über den Betroffenen hergefallen. Selbst als dieser zu Boden ging, traten noch vier der Neonazis vor allem auf den Kopf des Bewusstlosen ein. Auch seine Lebensgefährtin und der Bekannte wurden verletzt, als sie helfend eingreifen wollten. Die Staatsanwaltschaft hatte den teils vorbestraften Angeklagten aus der Schönebecker Kameradschaftsszene u.a. versuchten Totschlag und gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Damit hatte sie das rassistische Tatmotiv vernachlässigt, das zu einer Anklage wegen versuchten Mordes geführt hätte. Nach 15 Verhandlungstagen sprach das Gericht das Urteil: Fünf Angeklagte wurden frei gesprochen - darunter Francesco L., der 2006 unter rassistischen Beleidigungen einen 12-jährigen schwarzen Deutschen in Pömmelte über eine Stunde hinweg malträtiert hatte. (Vgl. AIB Nr. 71) Vier Neonazis wurden wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung zu Haftstrafen bis zu acht Jahren und zwei Monaten schuldig gesprochen. Rassismus habe zwar „mitgeschwungen", tragend für den Angriff sei er allerdings nicht gewesen. Die Aussage der Freundin bezüglich der rassistischen Beleidigungen sei nicht glaubhaft. Auch sei nicht auszuschließen, dass sich die männlichen Betroffenen bewaffnet hätten. Darin sei dann der Hauptgrund für den Angriff zu finden. Staatsanwaltschaft, Rechtsanwälte und der Hauptbetroffene haben gegen das Urteil Revision eingelegt. Wegen des hohen Kostenrisikos für den Geschädigten ruft die Mobile Opferberatung zu Spenden auf. •

# Nicht nur geistige Brandstifter

**Brandenburgs NPD und die Kommunalwahlen:**

Mit ihrer KandidatInnenliste für die Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 hat die Brandenburger NPD landesweit für Empörung gesorgt. Während die Neonazi-Partei „Sicherheit, Recht und Ordnung" zu zentralen Wahlkampfthemen auserkor, wurde ruchbar, dass viele der NPD-KandidatInnen selbst vorbestraft sind. Etliche darunter wegen schwerer und schwerster Delikte. Zu nennen ist etwa Michel Müller, Kandidat aus dem Havelland. Wegen einer rassistischen Hetzjagd auf Flüchtlinge zum Jahreswechsel 1999/2000 wurde er wegen Beihilfe zu versuchtem Mord zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Mittlerweile ist Müller auch Organisationsleiter der Landes-NPD. Im Wahlkampf klagte er über die Untaten von „sogenannten Flüchtlingen" und hielt es für angebracht, in diesem Zusammenhang zu fordern: „Mord und Totschlag am 25. Mai abwählen".

In Joachimsthal trat Thomas Haberland an. Dieser brannte zusammen mit einem Mittäter 1992 eine ehemalige Häftlingsbaracke in der Gedenkstätte für das Konzentrationslager Sachsenhausen nieder. Die Brandstiftung hatte international für Entsetzen gesorgt. Haberland wurde damals ebenfalls zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Aus Bad Belzig wiederum stammt NPD-Kandidat Pascal Stolle. Er war 1997 an einem brutalen, fast tödlich verlaufenen Überfall von Neonazis auf Mitglieder einer Punkband beteiligt. Er musste eine fünfjährige Haftstrafe antreten.

Nur einige weitere der Brandenburger NPD-Kandidaten: Benjamin Kuhirt (Havelland) war ein Anführer der verbotenen Kameradschaft „Sturm 27" und zuletzt 2008 wegen eines Körperverletzungsdelikts aktenkundig geworden. NPD-Kandidat und „Die Rechte"-Mitglied Robert Gebhardt (Märkisch-Oderland) ist wegen diverser Delikte vorbestraft und war Anführer der Kameradschaft „Märkisch Oder Barnim". In Oranienburg kandidierte Reimar Leibner, um sein Mandat zu verteidigen. Er wurde wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt. Kandidat Andreas Rokohl (Barnim) war zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er einem Neonazigegner gedroht hatte: „Dich hat man damals vergessen." Die NPD reagierte auf Presseberichte zu ihren kriminellen Kandidaten erstaunlich hilflos. Landesparteisprecher Florian Stein kommentierte gegenüber der „Märkischen Allgemeinen Zeitung", die Kandidaturen hingen auch mit der „schwierigen Personalsituation" zusammen. Die Biografien würden auf die NPD-Zielgruppen ohnehin nicht abschreckend wirken: „Ich denke, das wird bei unseren Wählern keine Auswirkungen haben." Auch versprach Stein, dass die Kandidaten nicht vorhätten, im Wahlkampf Gewalt auszuüben. Am 1. Mai 2014, wenige Tage vor diesen Statements, hatte es ausgehend von einer NPD-Kundgebung in Frankfurt/Oder Übergriffe auf GegendemonstrantInnen gegeben. Ein Antifaschist musste ambulant im Krankenhaus behandelt werden.

Vor den Kommunalwahlen 2008 hatte die Kandidatur von Alexander Bode für Aufregung gesorgt. Bode war Haupttäter der tödlich verlaufenen rassistischen Hetzjagd von Guben 1999. Er ist weiterhin NPD-Aktivist. Damals hatte Landesparteichef Klaus Beier die Bode-Kandidatur als Beispiel für die erfolgreiche „Resozialisierung" eines Straftäters zu verkaufen versucht. Insgesamt stellte die NPD bei den Brandenburger Kommunalwahlen 2014 landesweit 115 KandidatInnen auf. Nachdem sie zuvor 27 Mandate inne hatte, kann sie nun 49 MandatsträgerInnen in die kommunalen Parlamente schicken. •

TITEL

# Antifa back in Europe?

## Ein Bericht über das „Europäische Antifatreffen“ in Athen

VON JOHN MALAMATINAS UND SVEN WEGNER

Vom 11. bis 13. April 2014 trafen sich in Athen hunderte Antifaschist_innen aus über zwanzig Ländern, um über Strategien gegen den europaweiten Aufstieg der „extremen Rechten“ zu beraten. Mit Workshops, Filmvorführungen und Podiumsdiskussionen wurde sich über die jeweilige Situation vor Ort ausgetauscht, Akteure der „extremen Rechten“ verglichen und gemeinsame Perspektiven entwickelt. Auf die Durchführung von Folgetreffen und gemeinsamen Aktionstagen konnte sich geeinigt werden.

Organisiert wurde das „Europäische Antifaschistische Treffen“ von der antifaschistischen Koordination Athen-Piräus, an der sämtliche antifaschistische Stadtteilversammlungen, politische Organisationen der Linken und wenige Gruppen des sogenannten antiautoritären Raums teilnahmen. Das Bündnis entstand nach den Wahlerfolgen von „Chrysi Avgi“ („Goldene Morgenröte“) im Juni 2012 und organisierte u.a. die breiten Demonstrationen nach der Ermordung des antifaschistischen Rappers Pavlos Fyssas durch Neonazis im September 2013.

Foto: Sven Wegner

Unter dem Motto „Für ein Europa frei von Faschismus, Rassismus und Sexismus. In einer Welt der Freiheit und sozialer Solidarität“ fanden an drei Tagen Workshops, Podiumsdiskussionen und zahlreiche kulturelle Veranstaltungen statt. Tagungsort war, wie üblich für politische Treffen und Festivals in Griechenland, eine Universität — in diesem Fall die „Fakultät für feine Künste“. Nach dem Eröffnungsplenum am Abend wurde der neu erschienene Dokumentarfilm „Fascism Inc.“ vorgestellt, eine sogenannte Crowdfunding-Dokumentation über das Aufkommen des Neofaschismus in Griechenland und Europa.

Selbstredend nahm die Situation in Griechenland viel Raum ein. Die Wahlerfolge der griechischen Neonazipartei „Goldene Morgenröte“, die rassistischen Übergriffe der letzten Jahre und das aktuelle Verfahren gegen griechische Neonazis bieten genügend Stoff für Diskussion und Austausch. Einer der Höhepunkte aus griechischer Sicht war die „Vorstellung eines Observatoriums gegen Faschismus und Rassismus in den Medien“, an der vor allem viele griechische Journalist_innen teilnahmen. „Wir haben unsere Arbeit nicht gut gemacht“, konstatierte Elefteria Koumantou vom Radiosender „Athen 98.4“. Weiter stellte sie fest, dass „in den Jahren, in denen wir die Goldene Morgenröte aufdecken sollten, als sich ihre Wahlergebnisse in Athen erhöhten, es nicht gemacht haben“ und „stattdessen einige von uns die Parlamentarier einluden und sich mit ihrem Sommerurlaub beschäftigten“.

Spannend wurde es auch im Workshop über die „Theorie der zwei Extreme“. Hier wurde die Anwendung der Extremismustheorie, also die Gleichsetzung von linken und sozialen Bewegungen mit der „extremen Rechten“ seitens europäischer Regierungen analysiert. Ein Aktivist aus Dresden beleuchtete die deutsche Perspektive auf

Foto: Sven Wegner

den Begriff, der in den 1970er Jahren durch die Verfassungsschutzbehörden eingeführt und später auf europäischer Ebene übernommen wurde. Bemerkenswert ist hier das Vorgehen der griechischen Behörden. Nach dem Mord an Fyssas wurden unter Berufung auf eben jene Theorie Ermittlungen wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung nicht nur gegen Mitglieder von „Goldene Morgenröte", sondern auch gegen die „öko-soziale Anti-Goldminen-Bewegung" auf der Halbinsel Chalkidiki eingeleitet. Vor allem bei der Repression wurde und wird in Griechenland nicht gespart: Neueinstellungen bei der Polizei, technologischer Fortschritt mit Hilfe ausländischer Geheimdienste, Antiterrorgesetze, Planungen zum Bau von Hochsicherheitsgefängnissen. Die „neuen-alten Ziele" dieser Repression sind die sozialen Bewegungen, die sich gegen die Krisenverwaltung wehren und auch antifaschistische Kämpfe, die sich überall im Land, in verschiedensten Formen, entfalten. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Geheimdiensten und Neonazis ist lange bekannt — der „tiefe Staat", wie der Journalist Dimitris Psarras diese Struktur nennt, ist bittere Realität. Zu spüren bekommen dies vor allem Migrant_innen. Im Zuge der Frontex-Aktion „Xenios Zeus" („gastfreundlicher Zeus") verfolgt, verhaftet und misshandelt die griechische Polizei schon seit zwei Jahren unkontrolliert viele papierlose Migrant_innen.

Auch Aktivist_innen des „...ums Ganze! Bündnisses" waren zusammen mit ihren Partner_innen der transnationalen Plattform „Beyond Europe" mit einem eigenen Workshop zum „Aufstieg der extremen Rechten und möglichen Gegenstrategien", an dem sich Antifaschist_innen aus Ungarn, Bulgarien, Frankreich und Italien beteiligten, vertreten. Dabei kam es zu einem konkreten Austausch von praktischen Ideen. So wurde beispielsweise diskutiert, wie das Konzept der antifaschistischen Blockaden in Dresden in anderen Länder, z.B. zum jährlichen „Imia-Aufmarsch" der griechischen Neonazis, adaptiert werden könnte. Außerdem stellten Aktivist_innen aus Dortmund schon in der Eröffnungsversammlung ihre schwierigen Erfahrungen mit der westdeutschen Neonaziszene vor und erläuterten die lokalen Zustände, die sich mit denen in manchen Athener Stadtteilen vergleichen lassen.

Anderseits fiel besonders die Abwesenheit einiger Gruppen aus Griechenland auf. Außer der Gruppe „Antiautoritäre Bewegung" („AK"), die sich stets um eine Verknüpfung der Kämpfe bemüht, waren nur wenige „antiautoritäre/anarchistische" Initiativen und „autonome" und „antigriechische Antifagruppen" anwesend. Erstere lehnen eine Zusammenarbeit mit der parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken ab und betrachten den Vorstoß seitens „AK" zur Bildung einer „antifaschistischen Front" als unnötig. Historisch ist dies auf die Trennung „der Linken" und „der Anarchie" seit dem Fall der Militärdiktatur zurückzuführen. Die Ablehnung der Generation der Militärdiktatur und die Abgrenzung zur historisch gescheiterten Generation der offiziellen Linken, besonders der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE), führten in den 1980ern zur rasanten Entwicklung einer antiautoritären Szene. Die autonomen Antifagruppen grenzen sich sowohl von „der Anarchie", als auch von „der Linken" ab, weil sie u.a. eine mangelnde Reflexion zum Aufstieg von „Goldene Morgenröte" kritisieren. Die Ursachen des Aufstiegs sehen sie nicht nur in der aktuellen multiplen Krise, sondern auch in einem tief in die griechische Gesellschaft eingeschriebenen Rassismus und Nationalismus. (Siehe AIB 97)

Am letzten Tag des Treffens wurde von allen Anwesenden eine Deklaration verabschiedet, die schon zu Beginn als Vorschlag der Koordination Athen-Piräus vorlag. Dort heißt es: „Siebzig Jahre nach dem 2. WK und der Niederlage des Faschismus, steht Europa der Herausforderung des Aufstiegs einer nazistischen, rassistischen extremen Rechten gegenüber." Die Abschlussversammlung konnte sich auf drei Aktionstage einigen. Im Mittelpunkt stand der 8. November: Mit Bezug auf den Jahrestag der Novemberpogrome von 1938, soll zu einem europaweiten, dezentralen antifaschistischen Aktionstag mobilisiert werden. Auch die Jahrestage der Ermordung von Pavlos Fyssas in Athen (18. September) und Clement Meric in Paris (5. Juni) durch Neonazis geben Anlass für zwei weitere Tage des koordinierten „Gedenkens und Aktionen". Darüber hinaus soll eine gemeinsame Internetplattform zu Gegeninformation, Austausch und Koordinierung von Aktionen errichtet werden. Die transnationale Kooperation stand das ganze Wochenende, auch mit Blick auf die Europawahlen, ganz klar im Vordergrund der Diskussionen. Die Ergebnisse der Europa- und Kommunalwahlen dürften die Befürchtungen bestätigt haben: Vor allem in Griechenland scheint der Neofaschismus kein kurzlebiges Phänomen zu sein, und hat sich als stabile politische Kraft etabliert. •

TITEL

# „Die Antifa hat es mit viel Mühe geschafft, auf den Straßen dominant zu sein."

## INTERVIEW MIT ARIS MELIGALAS VOM GRIECHISCHEN KOLLEKTIV BECOLLECTIVE AUF KRETA

***Wie treten Chrysi Avgi oder auch andere faschistische Bewegungen in Griechenland derzeit auf?***

Neben der Chrysi Avgi (C.A.) gibt es zur Zeit keine anderen faschistischen Bewegungen, zumindest wenn wir den Ausdruck Bewegung ernst nehmen wollen. Es gibt verschiedene rechtskonservative Formationen am Rande, die sind aber kaum erwähnenswert. Phänomene wie die Autonomen Nationalisten gibt es nicht (mehr). Im Großen und Ganzen hat sich C.A. alles Faschistoide und Nationalistische, was es im Land gibt, einverleibt: MonarchistInnen, MilitaristInnen, Kollaborateure des 2 Weltkrieges, AnhängerInnen der Diktatur, RassistInnen u.s.w.

Erwähnenswert ist, dass die Nea Dimokratia, die führende Regierungspartei, schon während der letzten Wahlen (2012) einen großen Teil der Agenda von C.A. übernommen hat, um das Leck ihrer auslaufenden Wählerschaft zu dämmen. Das ist insofern ein Fehler gewesen, da die extrem rechten WählerInnen dann doch lieber das Original vorziehen.

***Hat sich im Auftreten von Chrysi Avgi etwas geändert, seitdem nach dem Mord an Pavlos Fyssas im vergangenen Herbst wegen des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen sie ermittelt wird, und ein Parteiverbot im Raum steht?***

Ja, hier hat sich schon ziemlich viel verändert. Es ist aber wichtig, noch einen Faktor einzubinden und das wäre die Exekution der zwei Mitglieder von C.A. in Neo Iraklio im letzten Winter. Von dem militanten „wir machen alle platt"-Gehabe ist nicht mehr viel übrig. Die seriöse Opferrolle, die die Partei zur Zeit spielt, ist da viel passender und wahrscheinlich auch clever, da es der C.A. bisher nicht gelingt, ihre (beeindruckend stabile) Wählerschaft (zwischen 8 und 15 Prozent) zu mobilisieren.

Während der Repressionswelle standen kaum mehr als ein paar hundert Leute dem in Handschellen abgeführten Parteiführer zur Seite. Die Exekution der zwei Mitglieder von C.A. Anfang November 2013 hat auch nicht mehr AnhängerInnen auf die Straße bringen können. Am jährlichen Aufmarsch Ende Januar 2014 nahmen auch nicht mehr als 2000 Leute teil. Andererseits kann die C.A. ihren schwer angeschlagenen, paramilitärischen Apparat kaum einsetzen, da das ein gefundenes Fressen für die Staatsanwaltschaft und das Oberste Gericht wäre, um die Partei zu verbieten.

Die Strategie von C.A. ist einfach und wahrscheinlich auch effektiv: Die Situation aussitzen und auf das Gerichtsverfahren vorbereiten, denn am wahrscheinlichsten ist, dass die meisten der führenden Mitglieder wieder freigelassen werden, da das Beweismaterial nicht stabil genug ist.

Die Angriffe auf Emigrant_innen, Linke und anarchistische Strukturen haben im Großen und Ganzen aufgehört. Ausnahme war eine Mobilisierung Ende Januar 2014 im Stadtteil von Keratsini in Athen, wo eine Demo von 100 Neonazis die Gedenktafel an der Stelle, wo Pavlos Fyssas ermordet wurde, demolierte, die anarchistische Struktur Resalto angriff und dort die Fensterscheiben einschlug.

Um noch mal auf die Exekution zurückzukommen: Der größte Teil der Linken und Anarchist_innen hatte große Schwierigkeiten, die Aktion als notwendig und politisch korrekt in der Öffentlichkeit zu vertreten. Die Debatte führte bald zu der beliebten Theorie der Provokation, die sogar so weit ging, dass vermutet wurde, der Anschlag sei von den Neonazis selbst durchgeführt worden, um die Opferrolle zu unterstreichen. Fakt ist, dass der größte Teil der C.A. von der Exekution extrem eingeschüchtert wurde, der befürchtete Vergeltungsanschlag blieb auch aus.

***Wie würdest du generell den staatlichen Umgang mit Chrysi Avgi bewerten?***

Vor nicht allzu langer Zeit gab es einen Skandal, als ein Ratgeber des Präsidenten (P. Baltakos), ein bekannter Rechter, sich mit I. Kasidiaris (Sprecher der C.A. und Bürgermeisterkandidat in Athen) über die Festnahmen unterhielt, ohne zu wissen, dass Kasidiaris ihn mit einer versteckten Kamera aufgenommen hatte. Da wird von Baltakos unter anderem erwähnt, dass der Justizminister und der Minister für Öffentliche Sicherheit die zuständigen StaatsanwältInnen, die die Akte C.A. in den Händen hatten, unter Druck gesetzt haben, um die Führung der Partei in Gewahrsam zu nehmen, obwohl es keine handfesten Beweise gibt.

Das Hauptziel war also, die Zustimmungsquoten von C.A. zu drücken, da diese total außer Kontrolle geraten sind, und die Partei immer selbstbewusster wurde. Das geht so weit, dass sie sogar als drittstärkste Partei im nächsten Parlament sein könnte und das will wirklich niemand – jeder aus anderen Gründen natürlich. Tatsache ist, dass die ganze Aktion ein Schuss nach hinten wird, denn die Quoten steigen, und da wird es schwierig, sehr schwierig, die C.A. zu verbieten und ihre Führung hinter Gittern zu halten.

Es gab eine Zeit (vor dem Mord an Fyssas), wo man in der Nea Dimokratia ernsthaft überlegte, eine Koalition mit C.A. einzugehen. Da dies aber auf internationaler Ebene nicht toleriert würde und im Land sicher zu einer Eskalation geführt hätte, hat man sich dann doch entschieden, die heiße Kartoffel der Justiz zuzuwerfen.

***Kann man sagen, dass die C.A. mittlerweile isoliert ist, oder hat sie noch irgendwelche Netzwerke oder Unterstützung außerhalb der Parteistrukturen?***

Das ist zur Zeit schwer zu beantworten. Wir haben kein Bild vom Netzwerk der C.A. in Polizei und Armee, von ihren Geldgebern u.s.w. In den Medien hört man nicht viel, die Partei selbst hält ihre Karten verdeckt. Es ist aber anzunehmen, dass die C.A. in aller Stille dieses Netzwerk weiter ausbaut. Die Frage ist, inwieweit die drittstärkste Partei im Parlament überhaupt isoliert sein kann.

***Was bedeutet der rasante Aufstieg von Chrysi Avgi und ihre Präsenz auf der Straße für die linke Bewegung in Griechenland und auf Kreta?***

Es ist notwendig, eine Trennung zwischen dem Aufstieg (Wahlstimmen) und der Präsenz auf den Straßen zu machen, denn die gleichen sich zum Glück nicht aus: Wenn die Präsenz auf gleicher Ebene wäre wie die Wahlergebnisse, dann... Adieu.

Die Antifa hat es mit viel Mühe und auch so manchen Niederlagen trotzdem geschafft, auf den Straßen dominant zu sein. Ohne Polizeischutz würde die C.A. sich nie trauen aufzutauchen, und das gilt für fast ganz Griechenland, mit Ausnahme von ein, zwei Stadtteilen in Athen. Das klingt vielleicht etwas optimistisch, und es kann sich sicher auch wenden.

Hier muss man dazu sagen, dass es eine Phase vor und eine nach dem Mord an Fyssas gibt: Vor dem Mord litten am meisten die Migrant_innen, seit dem Mord ist die C.A. kaum noch existent auf den Straßen. In den letzten Wochen gab es täglich Konfrontationen, als die C.A. versuchte, Wahlkampagnen durchzuführen. In Kreta hat es die C.A. nie geschafft, öffentlich ohne massiven Polizeischutz aufzutreten, und sogar dann waren sie nicht sicher.

***Wie sieht die antifaschistische Gegenbewegung auf Kreta aus? Wie lässt sich das Verhältnis der Antifa auf Kreta zur Bevölkerung oder auch anderen linken Gruppen beschreiben — gibt es da eine Solidarisierung oder punktuelle Zusammenarbeit?***

Die Antifa auf Kreta ist auf drei Gebieten tätig: Der Aufklärung, der „Feuerwehrpolitik", also die Faschisten nicht ungestört öffentlich auftreten zu lassen und sie zu konfrontieren, wenn sie es versuchen, und als drittes das Pressing, also bestimmten Mitgliedern von C.A. das Leben schwer zu machen.

Die Antifa besteht zum größten Teil aus Gruppen und Personen der antiautoritären Bewegung und ein paar Gruppen der außerparlamentarischen Linken und ist in allen großen Städten der Insel präsent. Auf Kreta fand die C.A. bis jetzt wenig Anklang, antifaschistischer Kampf hat hier Geschichte, an die man anknüpfen kann. Die überwiegend demokratische Einstellung der Bevölkerung machte es möglich, gemeinsam gegen die Faschisten zu kämpfen, und das mit großem Erfolg, sowohl in den Städten als auch in den Dörfern. Es ist natürlich nicht alles rosig, aber im Großen und Ganzen ist die Situation unter Kontrolle.

***Gab und gibt es eine Zusammenarbeit bzw. gegenseitige Unterstützung zwischen antifaschistischen Strukturen und Migrant_innen in Bezug auf die C.A.?***

Nicht so wirklich. Mit Ausnahme der linken Gruppe K.E.R.F.A, die da gute Arbeit geleistet hat. Mehr darüber unter www.antiracismfascism.org. Mit ein bißchen Geduld findet man da auch Texte auf Englisch. Sehr interessante Infos und Dokumentationen über Rassismus, C.A. und die Krise gibt es unter http://crisis-scape.net/.

Foto: seven_resist (CC BY-NC-SA 2.0)

***Vor welchen Schwierigkeiten steht ihr momentan?***

Was die Antifa in Kreta angeht, ist derzeit unsere größte Schwierigkeit, eine gemeinsame Analyse und Strategie für die Zukunft auszuarbeiten und gleichzeitig die Sache warm zu halten, da es von Seiten der C.A. kaum Regung gibt. Nur Wenige haben wirklich Lust, sich mit Antifakram zu beschäftigen.

Und noch etwas ganz anderes: Ein interessanter Punkt war die Stellungnahme der C.A. zu den Entwicklungen in der Ukraine und der rechten Revolte in Kiew. Sie war unerwartet distanziert am Anfang und am Ende sogar verurteilend.

Hier (www.youtube.com/watch?v=nJk3puKHMjU) ein Link mit einer Erklärung von C.A. (auf Englisch). Es wäre interessant, die Haltung der anderen europäischen Faschisten zu dem Thema zu vergleichen und zu erforschen, wie die Beziehungen zwischen ihnen und ihren Kameraden in Osteuropa so aussehen. Das könnte sich in der Zukunft als sehr hilfreich erweisen. •

**TITEL**

Die griechische Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) ist grenzübergreifend zum Aushängeschild der neonazistisch inspirierten, extremen Rechten geworden. Mit hegemonialem Anspruch setzt sie neue Strategien und Konzepte durch und erntet breite Unterstützung in Europa. Dieser Text widmet sich ihrem Einfluss auf (sub-)kulturelle Vereinigungs- und Radikalisierungstendenzen innerhalb der europäischen extremen Rechten und zeichnet geschichtliche Kontinuitäten in einem sich wandelnden Spektrum nach.

# Mäander in Bewegung

**VON MAIK FIELITZ**

Es ist kaum mehr überraschend, den hakenkreuzähnlichen Mäander — das Parteisymbol der Chrysi Avgi — bei Kundgebungen und Demonstrationen, in Fußballstadien, auf Konzerten oder der Kleidung von Neonazis und faschistischen Gruppen in ganz Europa (und teils auch darüber hinaus) wiederzufinden. Griechische Nationalfahnen werden gehisst, um Anteilnahme am Erfolg der Chrysi Avgi zu nehmen und die Partei gegen staatliche Repression und antifaschistische Interventionen ideologisch, finanziell und materiell zu unterstützen. Für sie steht fest: „Golden Dawn is Greece!“[1]



V.l.n.r: Die Neonazi-Politker Roberto Fiore (Forza Nuova/Italien), Antonis Gregos (Chrysi Avgi/Griechenland) und Nick Griffin (BNP/England) bei dem Neonazi-Kongress „Europa erwacht“ am 1. März 2014 in Rom.

### „Ein neues Europa“

Der Bezug zur Chrysi Avgi baut auf deren kontinuierlich transnationale Ausrichtung auf. Bereits kurz nach ihrer Gründung als neonazistische Szenezeitschrift 1983 nahm man Kontakt zu europäischen Faschisten und (Alt-)Nazinetzwerken wie dem spanischen CEDADE aber auch rechtsterroristischen Gruppen wie der Afrikaner Weerstandsbeweging in Südafrika auf. Persönliche Kontakte zentraler Akteure nach Italien und Russland weiteten dieses Netz aus, wobei sich dessen Ausgestaltung ständig änderte.

Dabei stellte sich Chrysi Avgi in die Tradition „des deutschen Nationalsozialismus und des neuen Europas der Waffen-SS“, das „ein leuchtendes Beispiel in einer dunklen Epoche“[2] gewesen sei. Ausdruck dessen war die Organisation im internationalen Nazi-Netzwerk NSDAP-AO sowie die Teilnahme an den jährlich stattfindenden Waffen-SS-„Heldengedenken“[3] in Budapest oder den Demonstrationen in Dresden. Auch spielt der Mythos um Rudolf Hess eine zentrale Rolle: So nehmen griechische Neonazis fälschlicherweise an, dass Hess eine griechische Mutter gehabt hätte.[4] Die Adaption jeder Art von Nazi-Kitsch und die ideologische Durchsetzung in Griechenland verschaffte ihr ein authentisches Ansehen in der internationalen Szene.

Dieses wurde gerade auch durch subkulturelle Aktivitäten ausgeweitet. So gründete sich 1999 mit finanzieller Unterstützung der Partei die griechische Sektion des Blood & Honour-Netzwerks.[5] Weiterhin kommt ein großer Teil des griechischen NS Black Metal Spektrums aus den Reihen der Chrysi Avgi.[6] Ähnliches galt für die durch die heutigen Abgeordneten Ilias Panagiotaros und Antonis Gregos geleitete Hooligangruppe der Nationalmannschaft Galazia Stratia (Blaue Armee), die eng mit den Fans von Lazio Rom kollaborierte und durch pogromartige Überfälle Ansehen erlangte.[7] Die tiefen Bindungen zur neonazistischen

Musik- und Hooliganszene Europas ermöglichen es, internationale Beziehungen aufrechtzuerhalten und gemeinsame Diskurse herauszubilden.

Mit der Entscheidung, sich parlamentarisch aufzustellen, konzentrierte sich Chrysi Avgi in den 2000ern mehr auf europäische Parteibündnisse wie die European National Front. In Anlehnung an das deutsche „Fest der Völker" organisierte Chrysi Avgi aber auch internationale Musikfestivals, wo Politik und Subkultur als Einheit auftreten. Erst jüngst erschien auf dem deutschen Label PC Records ein Sampler, dessen Titel allmählich zum Bekenntnis extrem rechter Gruppen geworden ist: „I stand with Golden Dawn".[8]

**Vorbild und Schrittmacher Chrysi Avgi**

Zu einer Zeit, in der die extreme Rechte in Europa inneren Spaltungen ausgesetzt war/ist und sich der Trend zu kleinen, geschlossenen Gruppen allmählich durchsetzt, wirkt der Aufstieg der Chrysi Avgi — eine zentral organisierte, nicht vor NS-Referenzen oder Gewalt zurückschreckende Partei mit einem starken Fokus auf außerparlamentarische Massenmobilisierung — katalysierend. Die Verbindung von Straßenkampf und parlamentarischer Vertretung bei gleichzeitig erhöhter Wahrnehmung durch Medien und Politik — verbreitete durch die Erschließung neuer Wählerkreise Euphorie in ganz Europa.

Mit Aussicht auf ähnliche Erfolge kopieren verschiedenste Gruppen die Strategie der Chrysi Avgi. Essensausgaben nach „ethnischen Kriterien" finden nun auch in Spanien durch die neonazistische MSR oder in Italien unter der Ägide des langjährigen faschistischen Partners Forza Nuova statt.[9] Aber auch auf Namen und Symbole scheint es kein Copyright zu geben. In Ungarn, Italien und England gründeten sich mehrere Parteien, die sich in ihrer Namensgebung und/oder Symbolik direkt an Chrysi Avgi orientieren.[10]

Besonderen Eindruck macht allerdings das Straßenbild der Chrysi Avgi. Militärische Organisation, einstudierte Rituale, eindeutige Symboliken und aggressiver Habitus imponieren über die Ländergrenzen hinweg. Die zentrale „Imia"-Demonstration im Februar avanciert daher seit Jahren zu einer der größten Neonazidemonstrationen und gleichzeitig Koordinierungsgelegenheit für die extreme Rechte Europas. Nicht umsonst verteilen internationale Foren Einladungen zu diesem Event und kommen zu dem Schluss: „The heart of the White world beats in Athens".[11]

**Von der Szene für die Szene...**

Mit der Verhaftung der Parteispitze im September 2013 und der Erschießung zweier Mitglieder im November 2013 ist der „Mythos Chrysi Avgi" international nur noch weiter gewachsen. Die in Untersuchungshaft Sitzenden werden als politische Gefangene und die Gefallenen als Märtyrer der (transnationalen) Bewegung verehrt.[12] In mindestens 30 Ländern fanden Solidaritätsaktionen statt, die eine neue Verbundenheit untereinander ausdrückten. Selbst in Ländern wie Mexiko, Kolumbien und Ecuador fühlten sich Neonazis von den Ereignissen angesprochen. Anhand dieser nationalistischen Solidaritätswelle verdeutlicht sich nicht nur die zentrale Stellung der Chrysi Avgi in internationalen Neonazi-Netzwerken, sondern auch ihre hegemoniale Position, Gruppen im Ausland in der Ausrichtung zu beeinflussen und transnationale Handlungs- und Aktionsfelder auszubilden, was wiederum forcierend auf nationale Kontexte zurückwirkt.

Es ist auffällig, wie schnell sich die Nachrichten rund um Chrysi Avgi verbreiten — und wie schnell international auf Ereignisse reagiert wird. Dabei helfen verschiedene Foren und Kanäle. So betreiben Sympathisant_innen der Chrysi Avgi einen englisch-sprachigen „Newsroom", der aktuelle Entwicklung für ein internationales Publikum zugänglich macht. Ebenso tauschen sich Neonazi-Aktivist_innen über Online-Foren über den aktuellen Stand der Dinge aus. Eine besondere Stellung nimmt das Portal stormfront.org ein, aus dessen griechischer Sektion sich die erste sogenannte „Auslandszelle" der Chrysi Avgi in New York gründete. Jene versucht sowohl die Diaspora als auch Neonazis aus den USA über Podcasts, direkte Aktionen und Vernetzungsaktivitäten, an Chrysi Avgi zu binden. Seit einigen Monaten bietet nun auch der sogenannte „Freundeskreis Golden Dawn" um Matthias Fischer vom „Freien Netz Süd" / „Dritten Weg" regelmäßige Updates über die Lage, organisiert Spenden und versucht so den Zusammenhalt der europäischen Neonazis zu stärken.

**Ausblick**

Als Chrysi Avgi während einer Serie von rassistischen Übergriffen im Juni 2012 ins nationale Parlament einzog, sah dann auch der Vorsitzende Nikolaos Michaloliakos eine weitere Vision des Erfolges: „Das Europa der Nationen ist zurück. Griechenland ist nur der Beginn."[13] Der Einzug ins Europaparlament wird die gegenseitige Unterstützung wohl noch weiter vorantreiben, obwohl (oder gerade weil) fast alle Partnerparteien schlecht abschnitten. Der Aufstieg der Chrysi Avgi hat erheblich dazu beigetragen, dass extrem rechte Interessen breiteren Widerhall finden. Mehr und mehr stellte sich aber auch die polarisierende Wirkung der Chrysi Avgi auf die extreme Rechte Europas heraus. Spektrenübergreifend sah sich so gut wie jede extrem rechte Partei veranlasst, sich für oder gegen die Partei zu positionieren.[14] Dies verdeutlicht die Konturen einer extremen Rechten, die immer mehr als transnationale Bewegung auftritt. •

**1** www.stormfront.org/forum/t1040963/%23post12096646 **2** Zitat des Parteivorsitzenden Nikolaos Michaloliakos, in: Dimitris Psarras (2012): Η μαύρη βίβλος της Χρυσής Αυγής S. 250. **3** Maegerle, Anton (2002): Ein Europa ohne Grenzen, in: Tribüne 162 (41), S. 170. **4** http://ethniko.net/blog/rudolf-hess-greek **5** Tipaldou, Sofia (2012): Rock for the Motherland. White Power Music Scene in Greece, in: Shekhovstov, Anton; Jackson, Paul: White Power Music: Scenes of extreme-right cultural resistance, S. 49. **6** http://ethniko.net/blog/golden-dawn-and-black-metal **7** www.youtube.com/watch?v=0qh1aOU_tZ0&feature=related **8** http://pcrecords.net/contents/de/d23.html#p5931 **9** Leonardo Bianchi (23.03.2013): Golden Dawn and Italian Neo-Fascism: A Love Story. Online verfügbar unter: http://www.crisisrepublic.com/golden-dawn-and-italian-neo-fascism-a-love-story **10** In Italien gründete sich die Partei Alba Dorata (übersetzt: Goldene Morgenröte) mit dem Mäander als Parteisymbol, in Ungarn spaltete sich Magyar Hajnal (Ungarische Morgenröte) von Jobbik ab und in England gründete sich die Bewegung The New Dawn aus der Unterstützergruppe British Friends of Golden Dawn. **11** http://whiteresister.com/index.php/programs/322-golden-dawn-announces-the-official-date-for-the-big-annual-imia-march-every-white-nationalist-is-invited **12** Die Parole „Ihr Opfer, unser Auftrag" oder „Märtyrer eines neuen Europas" zirkulieren auf mehreren Sprachen. **13** http://fullcomment.nationalpost.com/2012/05/11/peter-goodspeed-flirting-with-fascism-why-europe-cant-shake-its-weakness-for-nazism **14** http://freundeskreisgoldendawn.wordpress.com

TITEL

# Chrysi Avgi: Gewalt als Politik, Polizei als Partner

Die neonazistische, griechische Partei Chrysi Avgi oder „Goldene Morgenröte" erlangte bei den griechischen Parlamentswahlen im Juni 2012 6,92 Prozent der Stimmen und zog mit 18 Sitzen in das Parlament ein. Die Anzahl der Parteibüros der Chrysi Avgi lag im Oktober 2012 bei circa 60. Die Neonazipartei verfügt über eine Jugendorganisation, die „Jugendfront", die die Zeitschrift „Antepithesi" (Gegenangriff) herausgibt und eine gleichnamige Radiosendung macht. In einigen weiterführenden Schulen hat sie sogar die Schülervertretungen beherrscht. Nationalistische Hooligans von Galazia Stratia (Hellblaue Armee) sind eng mit Chrysi Avgi verbunden. Unterstützer der Partei finden sich auch in der griechischen NSBM-Musikszene, darunter die Bands Der Stürmer, Legion of Doom sowie Naer Mataron.

Aufgrund der laufenden Ermittlungen wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung macht Chrisi Avgi ihre Mitgliederzahl und die Höhe des Parteivermögens nicht öffentlich. Auf jeden Fall ist sie in 61 Ortsgruppen unterteilt, nicht alle davon verfügen jedoch über eine der „Sturmstaffel" genannten Schutz- und Überfallgruppen der Partei. Außerdem gibt es diverse Untergruppen der Partei, so z.B. die „Frauenfront", Essensverteilergruppen und die „Grüne Gruppe".

### Polizei und Neonazis eng verbunden

Überdurchschnittlich hohe Wahlergebnisse erreichte die Neonazipartei in den Wahllokalen, in denen mehrheitlich Polizeibeamte wählten. Dort erlangte sie bei den Parlamentswahlen im Juni 2012 teilweise zwischen 17 und 25 Prozent. Im September 2013 wurden insgesamt 319 Polizisten, zwei Seepolizisten und 104 Polizeireviere unter die Lupe genommen, um eventuellen Kontakte mit Chrisi Avgi aufzuspüren. Zehn Polizisten wurden solche Kontakte nachgewiesen und mindestens vier führende Beamte wurden strafversetzt, weil sie in die Partei verstrickt waren, während drei Weitere aus dem gleichen Grund in U-Haft sitzen. Hierbei handelt es sich unter anderen um den Polizeihauptkommissar des berüchtigten Reviers des Athener Stadtbezirks Agios Panteleimonas (wo Chrisi Avgi ihre erste national befreite Zone ausgebaut hat) in dessen Besitz u.a. unzählige Waffen und Drogen beschlagnahmt wurden. Verhaftet wurde auch der persönliche Wächter des Parlamentariers Kostas Barbarousis, der öffentlich bei Überfällen gegen ausländische Kleinhändler in der Stadt Mesologi mitgewirkt hatte.

Nachdem die Ermittler_innen innerer Angelegenheiten der Polizei dicke Akten zu den Beziehungen zwischen Chrisi Avgi und Polizei bekommen haben, wird aktuell weiter ermittelt. Drei Polizisten sollen demnächst wegen Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung im Zusammenhang mit ihrer Beihilfe zur Ermordung von Pavlos Fissas angeklagt werden. Die öffentlich gewordenen Funkgespräche der in der Nacht der Ermordung des jungen Antifaschisten vor Ort befindlichen Polizisten waren zusätzlich schockierend.

Am 28. September 2013 wurden der Parteivorsitzende Nikolaos Michaloliakos, Parteisprecher Ilias Kasidiaris, mehrere weitere Abgeordnete und andere führende Mitglieder der Partei wegen des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung festgenommen, ebenso ein Polizist, der beim Mord an Fyssas anwesend gewesen sein soll, sowie eine Polizistin in Piräus, der vorgeworfen wird, die Partei über laufende Ermittlungen informiert und in ihrem Haus ein Waffenarsenal angelegt zu haben.



Der Chrysi Avgi-Abgeordnete Kostas Barbarousis (links) mit dem Chrysi-Avgi-Mitglied Giorgos Roupakias (rechts). Im September 2013 erstach dieser den linken Aktivisten und Hip-Hop-Musiker Pavlos Fyssas (Killah P).

### Gewalttätige Politik

In den Ermittlungen sind 32 Hauptfälle aufgeführt, die geschätzte Zahl steigt aber gemäß dem „Netz zur Auflistung von rassistischer Gewalt“ auf 166 Fälle mit 320 Opfern allein im Jahr 2013. Die hohe Zahl der Opfer ist auch auf die Vorfälle im westgriechischen Amaliada zurückzuführen, wo Aufseher der Erdbeerenplantagen auf 150 protestierende Arbeiter geschossen und 35 von ihnen verletzt haben.

Antonios Androutsopoulos, (auch „Periandros“), damalige rechte Hand von Parteichef Michaloliakos, attackierte am 16. Juni 1998, nach einer Kundgebung der Chrysi Avgi vor einem Athener Gerichtsgebäude Antifaschisten mit Knüppeln. Unter den schwer verletzten Opfern war der junge, linke Student Dimitris Kousouris.

Im Jahr 2008 warfen Angehörige der Partei Granaten in ein Zentrum für Einwanderer in Athen. Im September 2011 wurde ein afghanischer Asylbewerber in Athen angegriffen. Beteiligt soll auch Themis Skordeli gewesen sein, die für die Chrysi Avgi kandidiert hat und Teil einer Athener „Anti-Migranten-Patrouille“ war. Mittlerweile sitzt auch sie in U-Haft. Im Juni 2012 wurden Vouldis und der Abgeordnete Ilias Panagiotaros festgenommen. Sie sollen einen 31jährigen Pakistani attackiert haben. Unter den Festgenommenen war auch die Tochter von Nikolaos Michaloliakos. Der Sprecher der Partei, Ilias Kasidiaris, sorgte im Juni 2012 in einer Live-Sendung für einen Eklat, als er die beiden Parlamentarierinnen Liana Kanelli und Rena Dourou angriff. Gegen Kassidiaris lief ein Prozess wegen illegalen Waffenbesitzes und Mittäterschaft bei einem Raubüberfall. Er wurde freigesprochen. Im Gerichtssaal dominierten Mitglieder von Chrisi Avgi, da die Polizei jegliche Eintrittskontrolle unterlassen hatte. Im September 2012 kam es in Rafina zu gewalttätigen Angriffen von Mitgliedern der Chrysi Avgi auf Marktverkäufer mit vermeintlichem Migrationshintergrund. Zuvor kontrollierten die Abgeordneten Giorgos „Kaiadas“ Germenis und Iotis Iliopoulos Verkaufslizenzen.

Der Abgeordnete Kostas Barbarousis führte im selben Moment einen Schlägertrupp zu einem Einwanderermarkt in der Kleinstadt Mesolongi. Barbarousis war bei diesen Übergriffen auf mehreren Videoaufnahmen zu sehen. Der offizielle Leibwächter von Barbarousis, ein Polizist, wurde auf einem Video als Angreifer identifiziert und sitzt mittlerweile in U-Haft. Im April 2013 verletzte der Abgeordnete Giorgos Germenis beim Versuch, den amtierenden Bürgermeister von Athen, Giorgos Kaminis zu attackieren, ein 12jähriges Mädchen. Germenis wird auch beschuldigt, dass er versucht hätte, eine Schusswaffe zu ziehen.



Ilias Panagiotaros, Abgeordneter der Chrysi Avgi, wurde wegen des Verdachtes der Bildung einer kriminellen Vereinigung verhaftet. Hier als Redner vor dem Imia Denkmal in Athen.

### Eine kriminelle Vereinigung

Die Justiz ermittelt wegen Totschlags, Körperverletzung, Erpressung, Sprengstoffanschlägen und Geldwäsche. 20 Abgeordnete und Parteifunktionäre der Partei wurden verhaftet. Von den Ermittlungen sind 31 Mitglieder der Partei betroffen, darunter neun Abgeordnete des Parlaments. Gegen den Parteivorsitzenden Michaloliakos und den Abgeordneten Giannis Lagos wurde Untersuchungshaft angeordnet. Drei Abgeordnete, unter ihnen Parteisprecher Kasidiaris, wurden gegen Auflagen vorläufig auf freien Fuß gesetzt. Michaloliakos verblieb in Haft, ebenso die Abgeordneten Christos Pappas und Giannis Lagos. Im Januar 2014 wurden Giorgos Germenis, Panagiotis Iliopoulos und Efstathios Boukouras in Untersuchungshaft genommen. Ihnen wird vorgeworfen, Schlüsselrollen in einer kriminellen Organisation innezuhaben, die für zahlreiche Angriffe auf Migranten verantwortlich gemacht wird. Ihre Schlüsselrolle soll darin bestehen, die Befehle geliefert und Aufgaben an die Mitglieder verteilt zu haben.

### Gründung der „Ersatzpartei“ Ethniki Avgi

Anfang Januar 2014 stellte die Chrysi Avgi die neugegründete Partei Ethniki Avgi oder „Nationale Morgendämmerung“ vor, die aktiv werden sollte, falls die Chrysi Avgi als kriminelle Vereinigung verboten würde. Die Satzung der Ethniki Avgi, ist weitgehend identisch mit der der Chrysi Avgi, jedoch fehlen alle Klauseln, die als Anhaltspunkte für kriminelle Zielsetzungen gewertet werden könnten. Die Regierung hat jedoch ein Verbot vor den Wahlen unterlassen, denn so ein juristischer Eingriff hätte womöglich zur weiteren Verstärkung der Partei geführt. •

TITEL

# Grenzenlose Menschenrechtsverletzungen

## Flüchtlingspolitik in Griechenland

VON MATILDA BOMBOLONE

Foto: noborder network (CC BY 2.0)

Fast täglich erreichen die Öffentlichkeit Berichte über im Mittelmeer ertrunkene Flüchtlinge. Im Herbst 2013 machte die Katastrophe vor Lampedusa, als 360 Menschen kurz vor dem rettenden Strand der italienischen Insel ertranken, Schlagzeilen. Trotz des Massensterbens versuchen Menschen weiter und in den letzten Monaten sogar wieder vermehrt, von Nordafrika oder der Türkei aus, nur mit Hilfe eines kleinen Bootes nach EU-Europa zu gelangen.

Während die Behörden Italiens zuletzt mehrere Rettungsaktionen vermeldeten, teilt die griechische Küstenwache fast nur Unglücke und Opferzahlen mit. Erst am 5. Mai sanken zwei Boote vor der Küste Griechenlands im östlichen Ägäischen Meer. Dabei seien mindestens 22 Menschen ertrunken, sieben weitere würden vermisst, 36 Menschen seien gerettet worden. Die Flüchtlinge waren offenbar von der türkischen Küste gegenüber der Insel Samos gestartet. Als sie ein Notsignal sendeten, befanden sich die beiden Boote rund sechs Seemeilen nördlich von Samos. Nach Angaben von Nachrichtenagenturen hatte die Küstenwache zunächst vier Leichen im Meer geborgen. Die weiteren 18 Toten seien später in den Maschinen- und Aufenthaltsräumen der gekenterten Boote entdeckt worden. „Es war schlimm. Eine Frau hielt in ihren Armen ihr Kleinkind. Beide waren ertrunken", sagte ein Augenzeuge im griechischen Rundfunk.

Die Ursachen dieses jüngsten Unglücks sind bislang unklar. In der Region herrschte gutes Wetter ohne starke Winde. Noch am Vortag hatte die griechische Küstenwache 146 Migrant_innen im offenen Meer zwischen der Halbinsel Peloponnes und Malta aufgegriffen.

### „Pushbacks" an den Grenzen

Auf die dramatische Lage für Flüchtlinge speziell an der griechisch-türkischen Grenze macht auch ein neuer Bericht der Nichtregierungsorganisation Amnesty International von Ende April aufmerksam. Die Menschenrechtsorganisation spricht darin von „unhaltbaren Zuständen" und fordert die EU-Kommission auf, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland einzuleiten.

Mehrere der insgesamt 148 Flüchtlinge, die Amnesty International befragen konnte, berichteten von „Pushbacks", also Zurückweisungen an der griechischen Grenze. Ihnen seien Pässe und Geld weggenommen worden. Teilweise mussten sie sich vor den Grenzbeamten nackt ausziehen. Anschließend seien sie mit Waffen bedroht und in kleinen Booten zurück in die Türkei abgeschoben worden.

Amnesty wirft Griechenland daher vor, das Verbot zu verletzen, Menschen in ein Land zurückzuschicken, in dem ihr Leben in Gefahr ist. Das Non-Refoulement-Prinzip (Prinzip der Nichtzurückweisung) ist das Kernstück der Genfer Flüchtlingskonvention (Artikel 33). Die Rückführung von Flüchtlingen verstößt somit gegen internationales Recht. Die Regierung in Athen müsse den aufgegriffenen Flüchtlingen vielmehr dabei helfen, Asyl zu beantragen, fordert Amnesty auch mit Blick auf die eindeutige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Dieser urteilte 2012, dass Flüchtlinge nicht auf See zur Umkehr gezwungen werden dürfen. Sie müssen an Land die Möglichkeit erhalten, Asylanträge zu stellen.

Auf ähnliche „Pushback"-Fälle machte zuletzt im November auch Pro Asyl aufmerksam. Allein nach Angaben der von der Flüchtlingsorganisation interviewten Augenzeug_innen seien binnen eines Jahres mindestens 2000 Menschen völkerrechtswidrig zurückgewiesen worden. Auch hier berichteten Flüchtlinge, dass sie oft willkürlich stundenlang ohne Wasser und Nahrung eingesperrt und auch misshandelt worden seien. Immer wieder hätten ihnen maskierte und bewaffnete Angehörige von Spezialeinheiten Wertsachen und Ausweise abgenommen und sie dann in ihre seeuntüchtigen Boote oder in den Grenzfluss Evros zurückgeworfen, darunter auch besonders schutzbedürftige Kinder, Babys und Kranke.

Pro Asyl spricht in seinem Bericht von systematischer Verletzung der Menschenrechte und kritisiert nicht nur die grie-

chischen Behörden. Das Asyl- und Migrationssystem in dem Mittelmeerstaat werde maßgeblich durch die Europäische Union unterstützt und finanziert. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex ist seit Jahren in Griechenland im Einsatz.

Neben der Ägäis gibt es zwischen der Türkei und Griechenland eine zweite wichtige Fluchtroute: die entlang des Grenzflusses Evros. Seit nunmehr fast zwei Jahren wird diese Grenze durch einen 12,5 Kilometer langen Zaun und 1.800 griechische Polizisten vor ungewollten Zuwanderern „geschützt". Wärmebildkameras sowie Land- und Flusspatrouillen kommen sogar auf insgesamt 40 Kilometern Strecke zum Einsatz. Frontex hilft auf Bitten der griechischen Regierung kräftig mit, eine 24-stündige Überwachung zu gewährleisten. Angeblich soll dort dennoch die „sichere Einreise", die auch in den Schengen-Verträgen vorgesehen ist, möglich sein. Die Bundestagsabgeordnete Annette Groth (Die Linke) erfuhr jedoch bei ihrer letzten Reise im März, dass es in der Praxis keinen Unterschied mache, „ob ein Mensch illegal die Grenze übertreten hat, oder die legale Möglichkeit genutzt wurde, da die Menschen in die gleichen Auffanglager überstellt werden".

**Menschenunwürdige Internierungslager**

Unendlich schwer haben es nicht nur Flüchtlinge und Migrant_innen an der Grenze zu Griechenland und damit EU-Europa, sondern auch jene, die von den Behörden als „illegale Migrant_innen" eingestuft werden. Angaben zur Zahl der Eingewanderten sind in Griechenland schwer zu bekommen und fallen je nach politischem Kontext, in dem sie benutzt werden, höchst unterschiedlich aus. Es ist davon auszugehen, dass mehrere zehntausend Flüchtlinge und weitere hunderttausende Papierlose im Land sind. Viele wollen eigentlich in einem anderen EU-Land einen Asylantrag stellen, dürfen jedoch aufgrund der EU-Dublin-Verordnung Griechenland nicht verlassen. Nur in dem Land, das sie als erstes betreten, können sie um Asyl bitten.

Dies ist umso schlimmer, da Griechenland kein funktionierendes Asylsystem hat — von der Möglichkeit, tatsächlich Schutz zu erhalten, ganz zu schweigen. Im Gegenteil: die Behörden sperren illegal Eingewanderte sogar zur Abschreckung ein, lassen sie neuerdings bis zu eineinhalb Jahre in dunklen, dreckigen Zellen vor sich hin vegetieren. In „detention centers" oder Polizeistationen landen auch Menschen, die gerade erst einem Krieg entkommen sind, wie zurzeit viele Syrer_innen. Dort herrschen menschenunwürdige Zustände, wie Besuche immer wieder beweisen.

Die Lage von Flüchtlingen in Griechenland ist den deutschen Behörden nicht verborgen geblieben. Auch 2014 wird es keine Rückschiebungen nach Griechenland geben. Das Bundesinnenministerium hat seinen Erlass, mit dem Dublin-Überstellungen nach Griechenland ausgesetzt werden, um ein weiteres Jahr verlängert. Die Aussetzung gilt seit 2011.

**Made by EU**

Grund für weiteres Handeln sieht die Bundesregierung aber nicht, ebenso wenig wie die gesamte EU und ihre Mitgliedsstaaten. Griechenland darf zwar so ehrenhafte Aufgaben wie die halbjährliche EU-Ratspräsidentschaft übernehmen (noch bis Ende Juni), das krisengebeutelte Land wird aber in Migrationsfragen weder unterstützt noch gefordert. Nicht einmal das Aufstreben neofaschistischer Gruppierungen und der Anstieg rassistischer Straftaten wird ernstlich angeprangert.

Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen wollen die Tatenlosigkeit nicht hinnehmen. Pro Asyl etwa fordert, die Rechte von Flüchtlingen zu achten und dass Frontex seine Operationen in Griechenland einstellt. Weiterhin sollten alle EU-Länder ihre Visabestimmungen lockern, Familienzusammenführungen erleichtern und Visa aus humanitären Gründen für Flüchtlinge im türkischen Transit erteilen. So würde ein sicherer und legaler Zugang in die EU ermöglicht.

Dieser ist dringend nötig, betrachtet mensch die Zahl der bereits im Mittelmeer gestorbenen Flüchtlinge. Nach Recherchen des neuen Projekts europäischer Journalist_innen mit dem Titel „The Migrants' Files" sind seit dem Jahr 2000 23.000 Menschen auf dem Weg nach Europa ums Leben gekommen oder als vermisst gemeldet worden — weit mehr als bisher angenommen.

Aber auch diese Zahl konnte bisher nicht für ein Umdenken in der EU-Flüchtlings- und Migrationspolitik sorgen. Allein die Maßnahmen zur Abwehr von Flüchtlingen wurden zuletzt verschärft, etwa mit dem im Dezember gestarteten Überwachungssystem Eurosur (European Border Surveillance System). Damit sollen Polizei und Küstenwache Informationen über die Bewegung von (Flüchtlings-)Booten EU-weit austauschen können. Nur wenige Europaabgeordnete sehen das Projekt kritisch. Die Grünen-Politikerin Ska Keller gehört dazu und betrachtet Eurosur als einen weiteren Baustein in der Abschottungspolitik. „Mit Eurosur sollen Flüchtlingsboote [...] abgefangen werden, ehe sie die europäischen Gewässer überhaupt erreichen. Damit wird ihnen ihr Recht auf Asyl verwehrt." Die Europaabgeordnete Cornelia Ernst (Die Linke) weist auf die Kosten des neuen Überwachungssystems hin: „Eurosur ist ein rund 340 Millionen Euro teures Investitionsprogramm für die Rüstungsindustrie, mit dem sich an dem Flüchtlingsdrama, das sich im Mittelmeer abspielt, nichts ändern wird." Sie fordert die Abschaffung von Eurosur und Frontex.

Doch damit steht Ernst wohl auf verlorenem Posten. Seit Januar wurden 42.000 Einwanderer an den EU-Grenzen aufgegriffen, dreimal so viele wie im gleichen Zeitraum 2013. Frontex teilte Mitte Mai 2014 seine neuesten Zahlen mit. Nur im Jahr des Arabischen Frühlings 2011 sei die Flüchtlingszahl bislang höher gewesen. Die Grenzschützer von Frontex rechnen damit, dass die Zahl im Sommer noch drastisch anwächst. In den Sommermonaten ist das Wetter besser, so dass sich in der Regel in dieser Zeit mehr Flüchtlinge über das Mittelmeer nach Europa aufmachen. •

**Verweise:** Urteil Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte zum Gebot der Seenotrettung; http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx#{%22dmdocnumber%22:[%22901565%22],%22itemid%22:[%22001-109231%22]}; The Migrants' Files: www.detective.io/detective/the-migrants-files; www.groth.die-linke-bw.de/uploads/media/Reisebericht_Nordgriechenland_Kurzversion.pdf

**NS-SZENE**
Analyse und Hintergründe
der extrem rechten Facebook-Gruppe
„Weil Deutsche sich's noch trau'n!"

# „Patriotisches Menschenmaterial"

Wenn sich Salafisten in der Öffentlichkeit präsentieren, rufen nicht selten verschiedene Strömungen der rechten Szene zu Protesten auf: Sogenannte „rechtspopulistische" Parteien wie Pro Deutschland, die völkische Identitäre Bewegung (IB), die Islamfeinde von der German Defence League (GDL) und manchmal auch die NPD. Zuletzt traten bei solchen Anlässen auch rechte und neonazistische Fußball-Hooligans in Erscheinung. Diese vernetzten sich über die Facebook-Gruppe „Weil Deutsche sich's noch trau'n!". Die genaue Betrachtung dieser Gruppe und ihrer Exponenten bietet einen Einblick in die Verfasstheit und Organisierung rechter Hooligans.

Die Brigade Bochum ist mit zwei Dutzend Mitgliedern in dem extrem rechten Hooligan-Forum vertreten. Etliche ihrer Mitglieder sind bei den Rockerclubs Gremium MC und Black Seven.

### „Dritte Halbzeit" gegen Salafisten

Vor allem wenn Pierre Vogel alias Abu Hamza, der bekannteste Vertreter salafistischer Gruppen in Deutschland, mit seinem Verein „Schlüssel zum Paradies" auftritt, mobilisieren rechte Gruppen ihre Anhänger_innen dagegen, weil er offensiv und selbstbewusst in „ihre" Innenstädte drängt. Tatkräftige Unterstützung bekamen sie in diesem Jahr mehrfach von Hooligans. Im Februar 2014 versuchte in Mönchengladbach eine Gruppe von etwa 150 GDL-Aktivisten und Hooligans mit Feuerwerkskörpern und Flaschenwürfen zu einer Kundgebung mit Pierre Vogel vorzudringen, was die Polizei verhinderte. „Deutschland, Deutschland'-Rufe und Pyrotechnik sorgten für das passende Ambiente", befand das neonazistische Internetportal „Wacht am Rhein". Der rechte Blog PI-News berichtete: „Abgefeuerte Bengalos und Bierflaschen-Wurfgeschosse" hätten die Salafisten „in arge Bedrängnis" gebracht.[1]

Im März 2014 tauchten rund 200 rechte Hooligans mit der Parole „Deutschland den Deutschen" in Mannheim auf, um eine Salafisten-Kundgebung zu attackieren. Sie warfen mit Flaschen, Böllern sowie Feuerwerkskörper und versprühten Reizgas. Fünf Polizisten wurden verletzt. Die Polizei nahm vier Hooligans fest, 16 weitere wurden zeitweilig in Gewahrsam genommen. Die Angreifer waren nach Medienberichten „größtenteils polizeibekannt" und aus verschiedenen Städten angereist, unter anderem aus Stuttgart, Kaiserslautern und Karlsruhe. PI-News berichtete erfreut, man hätte vor Ort auch Fußballfans aus Frankfurt getroffen.[2]

Ende März 2014 versammelten sich in Hannover Anhänger und Anhängerinnen der GDL, der Identitären Bewegung, von Pro Deutschland und der rechtspopulistischen Wählergemeinschaft „Die Hannoveraner" zu Protesten gegen Pierre Vogel. Unterstützung erhielten sie von einer Gruppe von etwa 15 Hooligans, die die Teilnehmenden der salafistischen Kundgebung einzuschüchtern versuchten. Im Verlauf der Gegenaktionen kam es zu Eierwürfen, Beleidigungen und einer versuchten Körperverletzung.

### Von Facebook in das „real life"

Ähnlich wie bei den rassistischen Mobilisierungen gegen Flüchtlingsunterkünfte spielen soziale Netzwerke wie Facebook auch bei diesen Mobilisierungen eine große Rolle. Unter dem Motto „Weil Deutsche sich's noch traun!" sammelten sich von Februar bis April 2014 knapp 320 extrem rechte

Hooligans und Neonazi-Aktivisten aus ganz Deutschland in einer geschlossenen, heute nicht mehr existenten Facebook-Gruppe. Initiator war der 35-jährige Marc H. aus Remchingen bei Karlsruhe. Am 15. Februar schrieb er: „Hallo Jungs ... auf Wunsch habe ich jetzt mal eine Gruppe gegründet in der wir uns vielleicht besser über gemeinsame politische Interessen unterhalten können wie z.B. ein Treffen in Gladbach [...] In diesem Sinne-Alles für Deutschland!." Dies ist unschwer als Anspielung auf die Hooligan-Mobilisierung gegen eine weitere angekündigte Pierre-Vogel-Kundgebung in Mönchengladbach im April 2014 zu lesen. „Wir haben vor die Kommunikation unter nationalen Fussballjungs etwas zu verbessern [...] der Anstoß dazu war die Salafisten Demo in MG wo viele Gladbacher als Gegenpol waren" erklärte er in einem Posting. Marc H. schrieb weiter: „Ich denke gerade wir Fussballjungs können was verändern...wir haben schon immer unsere eigene Meinung zum System...Ehre, Zusammenhalt und Stolz sind keine Fremdwörter...das ist wichtig...wenn wir geschlossen auftreten wird es für die Feinde schwierig!". Die Gruppe war vorgesehen für „Hooligans/ Fussballrocker mit nationalem Gedankengut", so Marc H., doch „es darf natürlich trotzdem jeder Kamerad an der Gruppe teilhaben, nur nicht vergessen — Wir sind nunmal auch Hools / Rocker!"

Bereits unter den ersten Administratoren waren bekannte Neonazis wie der Mannheimer Neonaziskinhead Christian Hehl, seit den Kommunalwahlen NPD-Abgeordneter im Gemeinderat von Mannheim. Rasch ging es im Schneeball-System weiter. Der Mönchengladbacher Hooligan George von E. stieß zum Kreis der Administratoren und exponierte sich in der Folgezeit als rassistischer Scharfmacher. Die Blaupausen dafür, was kommen sollte, lieferten Youtube-Videos von Angriffen englischer Hooligans und Aktivisten der English Defense League (EDL) auf Versammlungen von „Islamisten" in verschiedenen englischen Städten. George von E. gab die Parole „Getrennt in den Farben, vereint in der Sache — Alles für Deutschland!" aus und erklärte: „ziel muesste es sein,eine aehnlich druckvolle bewegung wie die edl zu schaffen...obwohl die gegebenheiten sich hier und auf der insel wesentlich unterscheiden..weiter muss ziel sein,eine art organisierte gegenwehr parat zu haben wenn die zeiten haerter werden...und das werden sie ganz sicher". Sein Anliegen fasste er in einem weiteren Posting zusammen: „sehr positiv das sich hier leute aus den unterschiedlichsten schichten und bewegungen befinden.es geht um dinge die hoeher sind als eitelkeiten...wir fussball leute haben es geschafft, nach fast 30 jahren hooliganismus und teilweise erbitterter feindschaft. also egal ob german defence,hooligan,normalo,identitaer ,pro nrw oder npd....wir haben die gleichen ideale und ziele (...) der anfang ist gemacht....patriotisches menschenmaterial mit ehre ,mut und kampfgeist..." Die Diskussionen über Aktionsformen entwickelten ihre eigene Dynamik. Ein Hooligan der Brigade Bochum schlug vor: „Wenn wir ein paar Tage vorher auf den Platz Schweineblut-Fleisch-werfen dann ist der Platz entweiht!", ein Mönchengladbacher favorisierte andere Mittel: „weiss nicht was für auswirkungen buttersäure auf die umwelt hat aber die stinkt wie sau." George von E. ersann sich derweilen militantere Aktionen: „vl nehm ich doch die allah akbar bumm methode....dann knallts wenigstens 1 x richtig".

Die Teilnehmer des rechten Hooligan Forums Ralf Schütthelm „Schüttler" (im Skrewdriver Pullover) und Martin Koch (rechts) posieren in der Kneipe „12ter Mann" in Kaiserslautern. Martin Koch ist Betreiber der Kleidermarke „Adrenalin Fighting Sportswear".

So mancher bekannte sich offen zum Nationalsozialismus. Der Zwickauer Andreas S. postete ein Foto mit Hakenkreuzfahne, bekam dafür statt Widerspruch den Ratschlag: „Würde ich aus bekannten Gründen rausnehmen, sonst ist die Gruppe hier gleich raus." Obwohl „reine" Fußballthemen nur selten angerissen wurden, war dies einigen schon zu viel. Ein Düsseldorfer Hooligan schrieb: „Ich frag mich grad ernsthaft ob das hier eine fussball gruppe ist oder ob es hier doch noch um politisches geht!" worauf eine GDL-Anhängerin aus Mönchengladbach bemerkte: „Vielleicht sollte das endgültig mal geklärt werden! Ich habe mit Fussball nämlich nichts am Hut!"

### Die April-Mobilisierung nach Mönchengladbach

Initialzündung der Gruppe waren die Proteste gegen den öffentlichen Auftritt von Pierre Vogel in Mönchengladbach am 7. Februar 2014, in dessen Folge dieser verkündete, im April wieder in die Stadt am Niederrhein zu kommen. George von E. schrieb: „Feb. mg...gegen die salafisten-april..geben wir ihnen den rest!". Thorsten S., Sprecher der Brigade Bochum, untermauerte dies: „Wir sollten Moenchen-Gladbach als ersten Auftritt festhalten!" (...) „Das Hauptding sollte in Gladbach sein!!!!". Um die Reise der Kameraden nach Mönchengladbach attraktiver zu machen, kündigte George von E. eine „after party" in einem „club in unserer altstadt" an, „headliner soll —passenderweise— herr frank schröder aka dj hooligan sein". Gruppen-Gründer Marc H. sagte zu, einen Bus mit Hooligans aus Süddeutschland zu organisieren, Bochumer Hooligans kündigten ihr Erscheinen an und Remko Sch. aus dem niederländischen Venlo bemerkte, dass sich die militante Neonazi-Gang „Combat 18 Nederland" über eine Einladung freuen würde. Zugleich versprach er, die „C18 Deutschland Kameraden" zu informieren. Der bekannte neonazistische Kameradschafts-Aktivist Jan Z. von der Kaiserslauterner Hooligangruppe „First Class Limburgerhof" kündigte „fuer das Ding in MG" eine Delegation der „Lautrer aus der Vorderpfalz" zur Unterstützung an. Ralf Schütthelm („Schüttler"), eine exponierte Person der Kaiserslauterner Hooligantruppe „Rot-Front" und Veranstalter von Konzerten mit der extrem rechten Band Kategorie C, war voller Vorfreude, „da ,meines Erachtens nach,der Na-

tionale Mob,auf Demos VIEL ZU DEFENSIV AGIERTE BISHER,hoffe ich das da neuer Wind in die Sache kommt...".

Doch das Match fiel aus. Pierre Vogel kam nicht noch einmal nach Mönchengladbach.

**Das Netzwerk der „nationalen Fußballjungs"**

In der Facebook-Gruppe bildeten die Fußballszene bzw. das Bekenntnis zum Fußball und der Hass auf Muslime die Klammer für Rechte und Neonazis verschiedener Strömungen und Gruppen: Die „nationalen Fußballjungs", Hammerskins, rechte Rocker, Aktivisten der Identitären Bewegung und der German Defense League (GDL). Letzteren gab George von E. zu verstehen: „marc..ihr und die gdl werdet noch in form gebracht... kein zweifel.." Das Forum war eine fast reine Männerwelt: Von den 320 Personen, die die Gruppe durchliefen, waren drei Frauen.

Ein Aktivist der Hooligan Vereinigung GnuHonnter aus Darmstadt posiert vor einem Transparent der GnuHonnters.

Das Beispiel Mannheim, wo die bisher größte rechte Hooligan-Mobilisierung gegen eine Pierre-Vogel-Kundgebung auf die Beine gestellt werden konnte, verdeutlicht die brisante Zusammensetzung der Islam-Hasser. Aus dem Mannheimer Nahbereich fanden sich im Forum Personen der neonazistischen Hammerskins, ein Protagonist der neonazistischen Anti-Antifa, der NPD-Kandidat Christian Hehl, Mitglieder der Mannheimer Hooligangruppe „The Firm" und Personen aus dem örtlichen Rocker-Milieu.

Einige Teilnehmer der Gruppe gehörten bereits dem Netzwerk Blood & Honour (B&H) an, das in Deutschland im Jahr 2000 verboten wurde: Christian Hehl, Ralf Schütthelm und der Hamburger Thorsten de Vries, der später im Vorstand der Hamburger NPD und im Milieu des regionalen Hells Angels MC landete. Oder auch Markus Frntic aus Kirchheim am Neckar. Letzterer war Führungsperson der Blood & Honour-Sektion Württemberg und gründete 1999 aus B&H heraus die Neonazi-Gruppe „Furchtlos und Treu". Bei der Gruppe wurden 2004 im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz unter anderem 2.500 Schuss Munition, 500 g formbare Sprengmasse und eine Sprengschnur sichergestellt.

Tatsächlich machten bekannte Exponenten von NPD und Kameradschaften in der Facebook-Gruppe kaum mehr als ein Dutzend Personen aus. Mitglieder und Anhänger anderer Gruppen waren hingegen weitaus zahlreicher vertreten, beispielsweise von der Identitären Bewegung und aus dem Kreis des Rockerclubs Gremium MC.

So bot Marcel V. aus dem hessischen Fulda Ende März an, 20 Mitglieder der „Identitären aus Fulda ins Boot [zu] holen". Nach kritischem Einwand des Forum-Machers Marc H. („Sind das denn Fußballjungs?") reduzierte V. den Kreis und sieben „Identitäre" aus Marburg und dem Raum Fulda stießen zur Gruppe hinzu — unter ihnen befand sich Daniel O. aus Fulda, seit Jahren die zentrale Figur einer dort ansässigen Gruppe von Hammerskins. Weitere zum Teil bekannte „Identitäre", die in dem Forum aktiv waren, kommen aus dem Rhein-Main-Gebiet, Mannheim, Mönchengladbach und Ostwestfalen.

Bei über einem Dutzend Mitgliedern der Facebook-Gruppe lässt sich eine Zugehörigkeit zu Rockerclubs feststellen, etliche weitere zeigen über Freundeslisten, Facebook-Gruppen und Partybilder eine deutliche Nähe zu Rockern. Besonders im Blickpunkt steht das Bochumer Chapter des Gremium MC. Es scheint, als sei diese Ortsgruppe des bundesweit aktiven Rockerclubs personell weitgehend identisch mit dem Kern der Bochumer Hooligan-Truppe Brigade Bochum. Weiterhin vertreten waren mindestens zwei Personen des Karlsruher Gremium-Chapters, darunter Ralf Schütthelm, der schon seit vielen Jahren dem Rockerclub angehört. Auch der Hamburger Forums-Teilnehmer und HSV-Fan Heiner G. ist Member des Gremium MC. In den frühen 1980er Jahren war er Anführer der damals berüchtigten neonazistischen Schlägertruppe Savage Army.

**Comeback der „Alten"?**

Am 1. Mai 2009 wurden in Dortmund 400 Neonazis festgesetzt, die zuvor eine Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes überfallen hatten. Die Schnittmenge der dort aufgetretenen Neonazis zu den Mitgliedern der Facebook-Gruppe „Weil Deutsche sich's noch trau'n!" besteht aus exakt einer Person: Ein 25-jähriger Kameradschaftsaktivist aus dem hessischen Steffenberg, dessen Bekenntnis zu Dynamo Dresden zudem recht aufgesetzt wirkt.

Auffallend ist, dass die jungen und erlebnishungrigen Neonazis in dieser Facebook-Gruppe nur vereinzelt sind. Der absolute Großteil gehört der Generation Ü30 an, Dutzende sind jenseits der 40. Viele haben eine Vergangenheit als neonazistische Skinheads. Doch sie wurden älter, gründeten Familien und zogen sich mehr und mehr aus dem zurück, was allgemein als „aktive Neonaziszene" verstanden wird. Somit verschwanden sie fast alle aus dem Fokus antifaschistischer Beobachtung und aus polizeilichen Rechtsextremismus-Karteien. In den Stadien blieben sie als „die Rechten aus der Kurve" freilich präsent. Nun treten sie (wieder) auch außerhalb der Stadien politisch auf. Es ist keine Repolitisierung, denn entpolitisiert waren sie nie. Vielmehr findet eine Aktivierung bzw. Reaktivierung statt.

Diese „Alten" verstehen die Stadien oder zumindest „ihre" Kurven seit jeher als Refugien einer urdeutschen, reaktionären Männerwelt. Sie wähnten sich quasi unter Artenschutz. Doch „ihr" Schutzraum scheint bedroht: Nicht nur durch die Verordnung, nur alkoholfreies Bier auszuschenken, sondern vor allem durch Aktionstage gegen Homophobie, durch Kampagnen gegen Rassismus oder durch Frauen, die in „ihrer" Männerbastion gleichberechtigt mitwirken

wollen. Die „alten Werte" schweißen nun die zusammen, die sich noch vor wenigen Jahren feindselig gegenüber standen. Ihr Selbstbewusstsein, erwachsen aus der Erkenntnis, viele und zunehmend auch jüngere Mitstreiter zu finden, expandiert nun über die Stadien hinaus und kulminiert im Kampf gegen Islam und Salafisten, die — so wird es empfunden — immer massiver in „ihre" Städte und „ihre" Territorien eindringen würden. Da sich gerade die Gruppe um den Ex-Boxer Pierre Vogel recht selbstbewusst und wehrhaft gibt, ist der Rahmen für das „Match" abgesteckt.

Die „Politik" der Facebook-Gruppe lässt sich tatsächlich nicht auf die militante Islamfeindschaft reduzieren. Vielmehr offenbart sich in den Themen, Kommentaren, Karikaturen etc. die geschlossene reaktionäre Männerwelt. Der Hass gegen Linke und insbesondere gegen „die Antifa" nimmt darin breiten Raum ein. Und nachdem eine Piraten-Politikerin im Februar im Rahmen einer Aktion der Gruppe Femen anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg mit der Parole „Thanks Bomber Harris" aufgetreten war, ergoss sich in den Kommentaren eine Flut nicht zitierfähiger Gewalt- und Vergewaltigungsphantasien.

## Rechte Hooligan-Offensive auch in den Stadien

Dass seit Anfang 2013 flächendeckend ein Aufschwung rechter Fan- und Hooligan-Gruppen festzustellen ist, lässt sich unter anderem auf „Erfolge" zurückführen, die die Rechten für sich verbuchen: Anfang 2013 zogen sich die Aachener Ultras aus dem Stadion zurück. Sie waren wiederholt Angriffen der rechten Fan-Gruppe Karlsbande ausgesetzt und wurden dabei von Stadt, Verein und Fanprojekt sträflich im Stich gelassen.[3] Dies hatte offenbar eine Signalwirkung auf rechte Alt-Hooligans. Im September 2013 eskalierte der Konflikt in Braunschweig. Die Ultras Braunschweig wurden von Rechten gewaltsam aus einem Block vertrieben, die Vereinsführung verdrehte nachfolgend die Täter-Opfer-Rollen und belegte die Ultras Braunschweig mit einem Auftrittsverbot im eigenen Stadion. In Kaiserslautern, seit Jahren schon einer der Brennpunkte rechter Mobilisierung in den Stadien, bestimmten die Führungspersonen der Hooligan-Gruppen „Rot-Front" und „First Class Limburgerhof" schon vor Jahren, dass Antirassismus im Stadion nicht geduldet würde. Wenngleich sich der Verein mittlerweile öffentlich gegen Neonazis ausspricht und anti-rechte Fans durchaus Unterstützung erfahren, scheut sich die Vereinsspitze nach wie vor, entschlossen gegen die große, etablierte Szene um die Rot-Front-Hooligans vorzugehen.

Aktivisten der GnuHonnters u.a. aus dem Raum Stuttgart/Esslingen, Kassel, Dortmund, Essen, Hamburg, Duisburg präsentieren sich Jahr 2013 für ein Gruppenfoto.

Die 320 Teilnehmenden der Gruppe „Weil Deutsche sich's noch trau'n" sind kein bundesweiter Spiegel rechter Hooligangruppen. Das Forum war sehr „südwestlastig". Beinahe ein Drittel der Teilnehmenden — fast 100 Personen — rekrutierten sich aus den Fanszenen von Borussia Mönchengladbach und VFL Bochum. Unter den 50 „Gladbachern" befanden sich alte und jüngere Hooligans, vereinzelt Aktivisten von Kameradschaften und Identitären sowie eine Person, die sich als Mitarbeiter im Mönchengladbacher Stadionsicherheitsdienst zu erkennen gab. Überhaupt kristallisiert sich Mönchengladbach als Problemfeld heraus: Die Gladbacher Fangruppe „bisbetica diva" berichtet, sie sei beim Heimspiel gegen Hertha BSC Berlin am 22. März 2014 im eigenen Stadion aus Reihen Gladbacher Fans massiv attackiert worden, als sie ein Banner gegen Homophobie am Zaun anbrachte.

Die Bochumer in der Facebook-Gruppe sind dominiert von dem sich nach Außen „unpolitisch" gebenden Fanclub Brigade Bochum, der mit zwei Dutzend Personen zudem die mitgliedsstärkste Gruppe in dieser Facebook-Gruppe stellte. Aus den Fankreisen des 1. FC Kaiserslautern waren knapp 20 Personen, größtenteils aus dem Kreis der Rot-Front-Hooligans, zu finden. Andere Vereine waren mit knapp zehn Personen vertreten: VFB Stuttgart (Hooligans und Neonazis der Gruppen Neckar-Fils und Legion Süd), Karlsruher SC, Waldhof Mannheim, Borussia Dortmund. Die neuen Bundesländer waren stark unterrepräsentiert, neonazistische Hooligans des BFC Dynamo Berlin bildeten die stärkste Gruppe im „Osten", kleinere Personenzusammenhänge kamen aus Jena, Dresden, Cottbus, Zwickau.

## Die GnuHonnters

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf das Forum übten Angehörige des Hooligan-Netzwerkes GnuHonnters aus. Mindestens ein Dutzend Personen des Forums sind eindeutig den GnuHonnters zuzurechnen, etliche andere demonstrieren ihre Nähe zu der Gruppe. Auch der Scharfmacher der Gruppe, der Mönchengladbacher George von E., gehörte bis Anfang 2014 den GnuHonnters an, verließ diese aber mittlerweile. Die GnuHonnters, abgeleitet von „New Hunters" (Neue Jäger), wurden 2012 gegründet. Mittlerweile sollen ihnen 300 Personen angehören. Die GnuHonnters setzten das Signal: Es geht doch, wir können uns vereinsübergreifend organisieren. Mit festen Mitgliedschaften und Aufnahmekriterien sammeln sie seitdem Hooligans von Vereinen aus ganz Deutschland. Mit einer Ausnahme: Schalker dürfen auf Betreiben der GnuHonnters aus der Dortmunder Borussenfront nicht mitmachen. Credo des Netzwerkes ist die „Herstellung alter Werte, keine Antifa im Stadion und Meinungsfreiheit zurückgewinnen." Auch wenn ihre Sprache hier schon deutlich nach rechts ausschlägt: Eine homogene extrem rechte oder gar neonazistische Gruppe sind die GnuHonnters nicht. Anders als das Forum „Weil Deutsche sich's noch traun'n", das sich ex-

plizit als politische Plattform verstand, funktionieren die GnuHonnters als sozialer Zusammenschluss, in dem die Politik nicht (immer) im Vordergrund steht und der auch bewährten Hooligan-Kameraden offensteht, die mit Politik nicht viel am Hut haben wollen. Die GnuHonnters wehren sich dagegen, als rechte Gruppe dargestellt zu werden und verweisen darauf, dass ihnen auch „Türken" und „Libanesen" angehören. Tatsächlich finden sich in ihren Reihen auch

Forums-Teilnehmer aus Karlsruhe und Bochum (vorne) posieren auf einem Party Foto des Rockerclub „Gremium MC".

zwei Hooligans mit türkischen und libanesischen Migrationshintergrund (aus Duisburg und Bochum).

Tonangebend im Netzwerk der GnuHonnters sind Hooligans aus Dortmund, Kassel und Stuttgart. Die Dortmunder werden repräsentiert von „Alten" der Borussenfront, unter anderem von Sascha Rudloff, der bis November 2013 Bezirksvertretungsabgeordneter der NPD im Dortmunder Stadtteil Evingen war, dann zur Neonazi-Partei „Die Rechte" übertrat und für diese bei der Kommunalwahl im Frühjahr 2014 erfolglos kandidierte. Die starke Stuttgarter GnuHonnters-Fraktion wird von Personen von „Neckar-Fils" und „Legion Süd" gestellt. Neckar-Fils, eine Hooligantruppe des VFB Stuttgart, wurde 1979 gegründet und war bis Mitte der 1990er Jahre personell stark identisch mit der neonazistischen Stuttgarter Skinheadszene. Diese differenzierte sich um 1995 aus: Die einen organisierten sich zunehmend politisch und gingen zum Teil in der örtlichen Blood & Honour-Struktur auf, die anderen fokussierten sich auf Fußball und Neckar-Fils. Doch es blieben viele Schnittstellen bestehen. Neckar-Fils gelang es in den vergangenen Jahren, eine jüngere Generation von rechten Fans, zum Teil bekennenden Neonazis, zu integrieren. Diese profilierten sich durch Provokationen und Drohungen gegenüber antirassistischen Fans, bei denen sich die „Alten" meist beobachtend im Hintergrund hielten. Schließlich trat auch der Führungskreis von „Neckar-Fils" um den heute 47-jährigen Stuttgarter Andreas L., einem exponierten Neonaziskinhead der frühen 1990er Jahre, wieder eindeutig neonazistisch auf — im Forum „Weil Deutsche sich's noch trau'n", innerhalb der GnuHonnters, am Rande von Neonazi-Aufmärschen und durch massive Drohungen gegenüber als links angefeindeten Stuttgarter Fans. Wie in Aachen und Braunschweig (und Kaiserslautern, Duisburg, Karlsruhe, Mannheim etc.) nahm ausgehend von Neckar-Fils der Druck auf nicht-rechte Fans auch beim VFB Stuttgart zu. Am 3. Mai griffen zwei Dutzend Rechte und Neonazis von Neckar-Fils auf einer Party in Stuttgart ohne Vorwarnung Personen einer nichtrechten Stuttgarter Ultragruppe an. Die Ultras wehrten sich und die Neckar-Fils-Schläger wurden von der Party und aus dem Stadtteil vertrieben.

**Verlagerung extrem rechter Erlebniswelt**

Eigentlich stand an diesem 3. Mai 2014 noch ein anderes Event an. Pierre Vogel trat in Nürnberg auf. Der Termin kursierte im Forum „Weil Deutsche sich's noch trau'n". Doch eine Hooligan-Mobilisierung kam nicht zustande. Es war der letzte Bundesliga-Spieltag und der „Gastgeber", die Hooligans der Nürnberger Red Devils, hatten andere Sorgen, da ihrem Verein 1. FC Nürnberg an diesem Tag das entscheidende Spiel gegen den Abstieg bevorstand. So verloren sich nur knapp 10 Hooligans aus den Reihen der Red Devils und des aus den Red Devils hervorgegangenen Rockerclubs Bombers MC auf dem großen Platz, auf dem die Gegenproteste stattfanden. Die Polizei wies sie an, sich in einen abgesperrten Bereich zu begeben, wo sich vor allem die rechtspopulistische Partei „Die Freiheit" aufgestellt hatte. Das wollten sie nicht und trollten sich. „Die Freiheit" war ihnen doch zu bieder und in Anbetracht des eigenen Häufleins und dem großen Polizeiaufgebot war an diesem Tag kein Match zu erwarten.

Nachdem die Gruppe „Weil Deutsche sich's noch trau'n" abgemeldet wurde, wichen die Exponenten in andere Gruppen aus. Ob die Mobilisierung rechter Hooligans gegen „den Islam" mit den Auftritten in Mannheim, Mönchengladbach und Hannover ihren Höhepunkt überschritten hat oder dies nur die Vorboten für etwas waren, was sich in Zukunft als ein extrem rechter Kristallisationspunkt etablieren könnte, wird sich bald zeigen. Es wird nicht zuletzt davon abhängen, ob Politik und Polizei daran interessiert sind, einen militanten Anti-Islam-Wanderzirkus durch das Land ziehen zu lassen. Zudem haben viele Mitglieder der Facebook-Gruppe „Weil Deutsche sich's noch trau'n" etwas zu verlieren. Sie haben zum Teil gute Jobs, einige sind Kleinunternehmer, ein Hooligan aus Franken arbeitet beispielsweise in leitender Funktion bei einem großen Versicherungs-Unternehmen. Sie wurden fast alle durch das Facebook-Forum, in dem sie sich in einem geschützten Raum glaubten, als Personen identifizierbar.

Die Auftritte in Mannheim, Mönchengladbach und Hannover sowie die Offensive rechter Fans und Hooligans in den Stadien ist aber auch ein Indiz der Verlagerung extrem rechter Aktionsfelder. Weg von den Aufmärschen, die durch antifaschistische Blockaden häufig zu stationären Kundgebungen minimiert werden und von polizeilichen Großaufgeboten unter Kontrolle gehalten werden. Hin zu neuen Aktionsfeldern, Räumen und Bündnispartnern, wo man in unübersichtlichen Massen agieren kann und die tatsächlich noch Kampf und Erlebniswelt versprechen. Zum Beispiel in den Stadien und gegen Salafisten. •

**1** Vgl. bnr.de: „Ungewöhnliche" Zusammenarbeit von Tomas Sager am 04.04.2014. **2** Vgl. bnr.de: „Ungewöhnliche" Zusammenarbeit von Tomas Sager am 04.04.2014. **3** Vgl. LOTTA 55: Explosive Mischung: Die Fanszene von Alemannia Aachen dominieren Neonazis und rechte Hools

# Der „Club 88" in Neumünster wurde geschlossen.

**VON: AUTONOME ANTIFA-KOORDINATION KIEL**

Jahrelang war der 1996 eröffnete „Club 88" im Neumünsteraner Stadtteil Gadeland Anlauf- und Treffpunkt für organisierte Neonazis aus ganz Europa. Die 88 steht in der Neonazi-Szene für die Buchstaben HH im Sinne von „Heil Hitler". Seit einigen Wochen ist nun bekannt, dass der Club Ende Januar 2014 geschlossen wurde. Damit verliert die Neonazi-Szene einen ihrer zwischenzeitlich wichtigsten Treffpunkte in Norddeutschland.

Bereits seit Monaten war es sehr ruhig im Umfeld des „Club 88", größere Veranstaltungen hatte es in den letzten Jahren nur noch selten gegeben, Ende Januar verschwand das prägnante Eingangsschild an dem schwarzen Gebäude. Was zur Jahrtausendwende noch einer der beliebtesten Anlauforte der organisierten und subkulturellen Kameradschafts-Szene war, mit Anziehungskraft für Neonazis aus ganz Europa, wurde in seiner Endphase nur noch als regionaler Treffpunkt von Neonazis aus dem Umfeld der AG Kiel und AG Neumünster genutzt und fungierte zwischenzeitlich sogar als Treffpunkt der „Bandidos", nachdem sich mehrere langjährige Protagonisten der „Club"-Szene wie z.B. Peter Borchert und Alexander Hardt der Rockergang angeschlossen hatten. Zuletzt wurde er schließlich fast gar nicht mehr genutzt.

Schon seit etwa 2004 nahm die Bedeutung des „Club 88" als täglicher Treffpunkt für Neonazis ab, was wohl nicht zuletzt auch an den antifaschistischen Aktivitäten lag, die regelmäßig gegen den Club vorgingen und ihn in die Öffentlichkeit brachten.

Nach achtzehn Jahren hat die Neonazi-Aktivistin Christiane Dolscheid nun den Betrieb ihrer Kneipe aufgegeben, nachdem sie sich die schlecht laufende Kneipe finanziell nicht mehr leisten konnte und in der Neumünsteraner Neonazi-Szene vergeblich nach Nachfolgern gesucht hat. Die Stadtverwaltung hat daraufhin die Konzession beendet, nachdem sie sich jahrelang angeblich nie in der Lage sah, rechtlich gegen die offensichtliche Verherrlichung des Nationalsozialismus durch den „Club 88" vorzugehen.

Die Neonazi-Aktivistin Christiane Dolscheid (unten) war Betreiberin des „Club 88" in Neumünster (oben). Eine „Christiane (Club 88")" stand auch auf der „Garagenliste" mit Kontakten des späteren NSU-Mitgliedes Uwe Mundlos.

Mittlerweile hat sich seit 2005 aber ein neuer Treffpunkt für eher unorganisierte Neonazis in Neumünster hervorgetan: die Kneipe „Titanic" in der unmittelbarer Nähe zum alternativen und unkommerziellen Jugendzentrum AJZ. Von hier gingen immer wieder Provokationen und Übergriffe gegen BesucherInnen des AJZ aus, was die Attraktivität der „Titanic" für junge Neonazis gegenüber dem „Club 88" in der Vergangenheit gesteigert hatte. Die Betreiber der „Titanic", Horst Micheel sowie sein Sohn Pascal Micheel, traten 2013 für die NPD bei den Kommunahlwahlen in Neumünster an. Auch Treffen der NPD haben schon in der Kneipe stattgefunden, ebenso wie Zusammenkünfte der Rockergruppe „Bandidos"[1]. Regelmäßige Veranstaltungen, vom Dart-Turnier bis zum gelegentlichen Liederabend mit neonazistischen Liedermachern, runden das Programm ab.

Der Zustand der lokalen rechten Szene ist trotz einer momentan auszumachenden Schwäche der organisierten Strukturen in Schleswig-Holstein vergleichsweise stabil. Zwar ist das einst gut vernetzte Kameradschaftsspektrum, das den „Club 88" früher getragen hat, gealtert, personell ausgedünnt und in der ursprünglichen Form nicht mehr existent, mit Mark Proch sitzt nichtsdestotrotz ein NPD-Abgeordneter im Neumünsteraner Rathaus. Die Schließung des „Club 88" ist ein Rückschlag für die schleswig-holsteinische Neonazi-Szene, auch wenn er wahrscheinlich aufgrund der Alternativen verkraftbar ist. •

**Mehr Infos und Geschichte der „Club 88"-Proteste:**
clubdichtmachen.blogsport.de
antifanms.blogsport.de
www.antifa-kiel.org
quimera.noblogs.org

1 http://andiesubstanz.noblogs.org/club-88-und-titanic-nazi-business-as-usual-in-neumunster/

NS-SZENE

Kaum war nach dem Rücktritt und Austritt von Holger Apfel (Vgl. AIB Nr. 102) wieder etwas oberflächliche Ruhe in die NPD eingekehrt, gab es bereits Anfang des Jahres den nächsten Streit in der Partei. Diesmal im Fokus: der Generalsekretär Peter Marx.

# Personalquerelen in der NPD

Marx (Foto oben) begann seine Karriere bei der NPD bereits im Alter von 15 Jahren und war unter anderem Bundesvorsitzender des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB). Er studierte Rechtswissenschaften, was er aber ohne Abschluss beendete. Vor allem seit dem Einzug der NPD in die Landesparlamente von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern war Marx im Hintergrund immer wieder in zahlreichen Positionen tätig. Zunächst hatte er die Geschäftsführung der sächsischen Fraktion inne und wechselte dann 2006 als Geschäftsführer und Pressesprecher zur NPD-Fraktion nach Mecklenburg-Vorpommern. Der aus Rheinland-Pfalz stammende Marx ist außerdem Landesvorsitzender der NPD im Saarland. Trotz seiner wichtigen Hintergrundarbeit für die Professionalisierung der Arbeit der NPD ist Marx in der Partei hoch umstritten.

Begonnen hatte die Affäre um Marx mit der ehemaligen Pornodarstellerin Ina Groll alias „Kitty Blair". Groll war selbst nie Mitglied der NPD, trat aber als Werbefigur für die Partei auf. Sowohl in den sozialen Netzwerken als auch auf der Straße war sie für die Partei aktiv. So verteilte sie in der Weihnachtszeit 2013 als „NPD-Weihnachtsfrau" Werbematerial und Süßigkeiten in Duisburg. Nach den ersten Medienberichten brach sowohl in der NPD als auch in der weiteren extremen Rechten insgesamt eine Debatte los, die in einer regelrechten Hetzkampagne gegen Groll mündete. Der ganze Sexismus und Rassismus der extremen Rechten trat deutlich hervor. So war es nicht nur ihre vormalige Beschäftigung in der Pornoindustrie sondern auch die Tatsache, dass sie Sex mit schwarzen Darstellern gehabt habe, die die Szene empörten. Im selben Zuge tauchten auch Bilder einer Geburtstagsfeier von Ende Februar auf, an der sowohl Groll als auch Marx teilgenommen hatten. Gefeiert hatte Jaqueline „Jacky" Süßdorf, die Inhaberin der Kneipe „City Train" in Saarbrücken. In der Kneipe direkt am Bahnhof der Stadt sammelt sich ein Publikum irgendwo zwischen extremer Rechter und Rockermilieu. Gleichzeitig agiert Süßdorf auch als Wahlkämpferin für die

Foto: Facebook

Ina Groll posierte anläßlich einer NPD-Veranstaltung mit dem früheren NPD-Chef Udo Voigt im Internet.

NPD. Unter anderem hatte Ina Groll einige Bilder der Feier auf Facebook gepostet. Darauf zu sehen waren Striperinnen, ein Geburtstagskuchen in Penisform und mittendrin ein offensichtlich sehr amüsierter Peter Marx. Im Zuge der zu diesem Zeitpunkt bereits hochgekochten Streitigkeiten um Groll sorgten die Bilder ebenfalls für eine ausführliche Diskussion in Partei und Szene. Mitte März erklärte die Parteiführung: „Sie [Ina Groll] darf in keinem Fall zu NPD-Veranstaltungen und sonstigen Aktivitäten aller Art zugelassen werden". Da Groll kein Mitglied der Partei war, konnte es keinen Ausschluss geben. Gleichzeitig beschloss das Parteipräsidium einstimmig, dass der Parteivorsitzende, Udo Pastörs, Marx zum Rücktritt auffordern solle. Doch bis Anfang April kam dieser der Aufforderung offensichtlich nicht nach. Erst bei einer Parteivorstandssitzung am 5. und 6. April 2014 trat Marx von seinem Amt zurück. In der Pressemitteilung zur Sitzung heißt es:

„Nach den innerparteilichen und zuletzt zunehmend öffentlichen Debatten um den Generalsekretär fand auch hierzu eine Aussprache statt. Peter Marx erklärte, dass er sich persönlich nichts hat zu Schulden kommen lassen, sein Amt jedoch aus Verantwortungsbewußtsein zur Verfügung stellt, um der Partei die Möglichkeit zu eröffnen, diese Debatte zu beenden und sich den wichtigen anstehenden Aufgaben zuwenden zu können."

Bereits einige Tage zuvor hatte der unter Druck stehende Generalsekretär die Parteiführung scharf kritisiert. So hatte sich ein Mitglied des Parteivorstandes an die Medien gewandt und die Geschichte nach außen getragen. Vor allem zeigte sich aber in Marx' Statement am 3. April, dass weiterhin erhebliche Spannungen in der Partei herrschen und sein Abwahlantrag im Vorstand nicht ausschließlich mit den aufgetauchten Bildern zu tun hatte. „Mir wurde bestätigt, daß der Abwahlantrag der (JN!) bereits lange vor der jetzt herangeführten Geburtstagsfeier gestellt wurde", heißt es in Marx' kurzer Erklärung. Kaum einen Tag nach seinem Rücktritt als Generalsekretär machte Marx jedoch deutlich, dass er keineswegs vorhat, aus den Führungsgremien der Partei zu verschwinden: „[...] nachdem ich gestern als Generalsekretär der NPD zurückgetreten bin, möchte ich an dieser Stelle betonen, daß ich nach wie vor Sitz und Stimme im Parteivorstand habe", ließ der Geschasste auf seiner Facebook-Seite verlauten. Am 8. April 2014 berief er dann den Landesvorstand der NPD-Saar ein und stellte hier die Vertrauensfrage. Der Landesvorstand bestätigte Marx einstimmig in seinem Amt, womit er weiterhin als Landesvorsitzender im Vorstand der Bundespartei vertreten ist.

Wohl auch aufgrund der wichtigen Wahlen wurde es dann ruhiger um die NPD und ihre Skandale. Marx fokussierte sich bei seiner Arbeit offensichtlich auf das Saarland. Immer an seiner Seite der NPD-Nachwuchsanwalt Peter Richter. Wie schon im Nachgang der Apfel-Affäre zeigte sich aber vor allem, dass Udo Pastörs nicht der radikale und hart durchgreifende Parteivorsitzende ist, den alle erwarteten. Erneut war Pastörs in der Öffentlichkeit kaum wahrzunehmen. Dies mag auch an seinen bis dato wohl engen Verbindungen zu Marx liegen, lässt ihn aber wenig souverän erscheinen. Auch am Rücktritt von Marx zeigt sich derzeit deutlich, wie stark es unter der Oberfläche der NPD kocht. Nach dem Weggang von Apfel sind die Streitigkeiten in der Partei keineswegs geklärt. Egal ob die Apfel-Affäre, Ina Groll oder Peter Marx: Bisher wurden diese Vorgänge ausschließlich über die Führungsgremien der Partei geregelt, ohne dass die Basis beteiligt war. Der große Rückhalt von Udo Voigt bei der Wahl zum Spitzenkandidaten zur Europawahl hat aber deutlich gezeigt, dass zumindest die Delegierten der Partei nicht geschlossen hinter ihrem Parteivorsitzenden Udo Pastörs stehen, der zuletzt seine Kandidatur sogar zurückzog, weil er keinen aussichtsreichen Listenplatz hätte erreichen können. Für Ende des Jahres wird nun ein Bundesparteitag angekündigt, auf dem die angehäuften Streitigkeiten geklärt werden sollen. Dabei dürfte vor allem der stellvertretende Bundesvorsitzende, Karl Richter, der zuletzt auch öffentlich nicht mit seiner Kritik hinter dem Berg hielt, eine zentrale Rolle spielen. Richter und seine Lebensgefährtin Sigrid Schüßler dürften derzeit wohl zu den größten Kritikern der eigenen Partei gehören. Entscheidend für die Entwicklung der NPD werden vor allem die Ausgänge der Kommunal- und Landtagswahlen in diesem Jahr sein. Hier wird sich entscheiden, ob Fraktionen als Machtpunkte weiterbestehen (Sachsen) oder neue entstehen (Thüringen). Daher werden die Wahlergebnisse auch auf die innerparteiliche Machtstruktur erhebliche Auswirkungen haben. •

BRAUNZONE

# Gegen jeden „Genderismus“

## Familienpopulismus erhält neuen Aufwind

**Von Juliane Lang**

Im selbsterklärten „Kampf gegen den Genderismus“ und mit populistischen Forderungen zur Besserstellung „deutscher Familien“ hat die extreme Rechte strömungsübergreifend Themen ausgemacht, von denen sie sich Anschluss an Diskurse im bürgerlichen Mainstream verspricht. Unter Schlagwörtern wie „Raubtierfeminismus“, „Frühsexualisierung von Kindern“ oder „Kulturmarxismus“ setzen derzeit mehr denn je Familienpopulist_innen unterschiedlicher politischer Couleur zum Rundumschlag gegen die moderne Gesellschaft an und verhandeln eine Palette an Themen: vom gesellschaftlichen Umgang mit Homosexualität bis zur Rolle von Frauen und Männern in modernen Gesellschaften, von Abtreibungspolitiken bis zur Kindererziehung, von staatlichen und suprastaatlichen Familienpolitiken bis hin zum „Mythos Multikulti“. Bedroht erscheinen (die heterosexuelle, ethnisch deutsche) Familie, das „deutsche Volk“ und die „deutsche Kultur“. Während eine derartige Krisenrhetorik von Seiten der extremen Rechten bekannt ist und in erster Linie der (Re-) Manifestierung der völkischen (hier: Geschlechter-) Ordnung dient (Vgl. AIB 100), finden sich extrem Rechte mit der Hetze gegen den „Genderismus“ derzeit in einem Fahrwasser mit einer Vielzahl familienpopulistischer Akteur_innen wieder.

Foto: Screenshot youtube.com

### „Kampf dem Genderismus“

Fundamentalistische Christ_innen, Maskulist_innen[1], Rechtspopulist_innen, und die selbsternannten „Wutbürger_innen“ von nebenan fühlen sich herausgefordert von den Kritiker_innen einer „natürlichen“ Ordnung der Geschlechter. Zur Disposition steht nicht weniger als die heterosexuelle Norm im gesellschaftlichen Zusammenleben — und damit die Gesellschaft an sich. „Die Gender-Ideologie (...) zerstört das Wertefundament unserer Gesellschaft. (...) dann ist der Kulturverfall unausweichlich.“, malt das Bündnis „Besorgte Eltern“ aus Köln ein Bedrohungsszenario ganzer Kulturen und ruft zu Demonstrationen gegen staatliche Bildungs- und Gleichstellungspolitiken auf. Solche und ähnliche Demonstrationen haben in den letzten Monaten bundesweit zugenommen: in Stuttgart ruft ein „Aktionsbündnis Elternrecht wahren — Stoppt Gender-Ideologie und Sexualisierung unser Kinder!“ nun schon zur vierten Demonstration „Ehe und Familie vor! Stoppt Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder“ auf, in München wurde eine für den 10. Mai 2014 geplante Demonstration unter dem Motto „Demo für alle: Gegen Gender-Ideologie, Pädophilie und Frühsexualisierung unserer Kinder an Kitas und Grundschulen“ von den Veranstalter_innen — dem Bündnis „Besorgte Eltern Bayern“ — kurzfristig abgesagt. In der Schärfe ihrer Rhetorik unterscheiden sie sich in Teilen nur wenig von extrem rechten Kampagnen. Offiziell distanzieren sie sich jedoch von offen neonazistischen Gruppierungen und Parteien, so etwa in München von der NPD-nahen „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) um den NPD-Kader Karl Richter. Zugleich heißt es etwa bei der Unterstützer_inneninitiative „Schützt unsere Kinder“: „Der Kampf gegen die Umerziehungsversuche einer kleinen Gruppe von Ideologen und Lobbyisten kann nicht alleine geführt werden. (...) Deshalb sind alle willkommen, die sich den verhängnisvollen Entwicklungen der letzten Jahre entgegenstellen wollen: Anhänger aller Religionen, Konfessionen, politischen Einstellungen und Wertesysteme, soweit sie die Gender-Mainstreaming-Ideologie ablehnen und die Zerstörung der Familie aufhalten.“ (zukunft-familie.org). Über politische Lager hinweg wird ein anti-moderner Diskurs

Europäische Redner im Schatten des Kölner Doms: Mathias Ebert, Béatrice Bourges, Farida Belghoul, Alain Escada (v.l.n.r.)

Foto: Max Bassin

über die Ordnung der Geschlechter, die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften sowie nicht-normative Lebensweisen gespeist, in welchen sich die extreme Rechte problemlos einreihen kann.

## Demo für alle

Mit Neid blicken all jene Akteur_innen nach Frankreich, wo die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im vergangenen Jahr Hunderttausende auf die Straße gebracht hat. Anlässlich der Pläne der Baden-Württembergischen Landesregierung, sexuelle Vielfalt als Querschnitt im Rahmenlehrplan aller weiterführenden Schulen zu verankern, wähnten Familienpopulist_innen die Gelegenheit, einen ähnlichen Protest auch in Deutschland auf die Straße zu bringen. Gabriel Stängle, Realschullehrer und Prädikant der evangelischen Landeskirche, initiierte im Dezember 2013 eine (Online-) Petition unter dem Titel „Keine Bildungsreform unter den Farben des Regenbogens" und entfachte damit eine öffentliche Debatte. Binnen zwei Monaten kamen über 190.000 Unterschriften zusammen, davon etwa 82.000 aus Baden-Württemberg. Dabei gibt ein Blick auf die Petitionsseite bereits einen Überblick über das Spektrum, das hier mobilisiert: In der Sidebar „Woher kommen Unterstützer" werden mehrheitlich neurechte, maskulistische[1] und christlich-fundamentalistische Seiten wie die der Jungen Freiheit, Politically Incorrect, Kopp-Verlag, der Freien Welt oder der Pius-Bruderschaft genannt.

Kurz nach Abschluss der Petition am 27. Januar 2014 rief das Stuttgarter Bündnis in Anlehnung an das französische Vorbild der „Manif pour tous" zur ersten „Demo für alle" am 01. Februar 2014 auf dem Stuttgarter Schlossplatz auf. Auf der Liste der Redner_innen und Unterstützer_innen der Demonstration finden sich neben familienpopulistischen Vereinen und Initiativen prominente Antifeminist_innen: so etwa Gabriele Kuby, die 2010 von der NPD im Sächsischen Landtag als Expertin für Gleichstellungspolitik geladen wurde und regelmäßig in neurechten und Grauzonen-Publikationen veröffentlicht, sowie Beatrix von Storch, rechtskonservativer Flügel der AfD und Strippenzieherin im konservativ-familienfundamentalistischen Netzwerk rund um die „Zivile Koalition e.V." und die Plattform „Freie-Welt.net". Nach Beobachtungen von Stuttgarter Antifaschist_innen werden Neonazis und Neurechte auf den Demonstrationen von den Veranstalter_innen geduldet.[2] RNF und NPD in Baden-Württemberg berichten somit wohlwollend über den Protest und rufen zur Teilnahme an den Demonstrationen auf.

## Gefährliche Allianzen

Antifaschist_innen aus Süddeutschland benennen die Bündnisse, die sich in Baden-Württemberg seit etwa einem halben Jahr zusammentun, treffend als „gefährliche Allianzen" und stellen fest: „Bei den homophoben Protesten versammeln sich verschiedene offen rechte, rechtspopulistische, christlich-fundamentalistische und faschistische Gruppierungen und bilden zu einem bestimmten Thema eine Allianz. Eine gefährliche Dynamik, welche verschiedenes reaktionäres Potential bündelt, welches ansonsten kaum gemeinsame Berührungspunkte noch Zusammenarbeit hinbekommt."[3] Diese Einschätzung lässt sich auch auf andere Bündnisse wie „Besorgte Eltern" aus Köln oder Bayern übertragen. Ohne die Teilnahme extrem rechter oder rechtspopulistischer Gruppierungen und Einzelpersonen kleinreden zu wollen, liegt die Gefahr dieser „Allianzen" eben nicht in der offenen Unterstützung der Demonstrationen von Seiten der neonazistischen Rechten, sondern darin, dass hier anlassbezogen Bündnisse geschmiedet werden, die sich inhaltlich nicht weit entfernt von völkischen Familienpolitiken bewegen. Die Familie als heterosexuelle Gemeinschaft von Mann-Frau-Kind dient den hier benannten Akteur_innen als Garant einer traditionellen Geschlechterordnung, jede Form der Liberalisierung von Lebensweisen und Familienmodellen als „gesellschaftszersetzend". Familie gerät hier zur Ideologie, mit der auf populistische Weise Politik gemacht und um die Zustimmung breiter Massen geworben wird. Es ist damit zu rechnen, dass familienpopulistische Bündnisse nicht verstummen werden und um Einfluss im gesamtgesellschaftlich virulenten Diskurs um die Ordnung der Geschlechter buhlen: „Die Demo am 5. April hat gezeigt: Die Gegner des ‚Bildungsplanes 2015' haben den Kampf um die öffentliche Meinung gewonnen."[4] Damit dies nicht zum Status quo wird, ist es an emanzipatorischen Bündnissen, dem sich im Aufwind befindlichen Familienpopulismus etwas entgegenzusetzen und rechte Diskurse nicht nur dort anzugehen, wo neonazistische Parteien wie die NPD offen mit am Start sind. •

**1** Zum Maskulismus Vgl. Claus, Robert (2012): Antifeminismus in Bewegung. Maskulismus zwischen angestrebter Salonfähigkeit und vulgärem Frauenhass. In: Lotta — antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen. S. 5—7. **2** www.antifa-stuttgart.tk **3** Bündnis gegen gefährliche rechte Allianzen: www.gegenrechteallianzen.tk **4** „Besorgte Eltern" Köln, 8.5.2014.

**BRAUNZONE**

Im September 2012 durfte sich Peter Fitzek an einem seiner Ziele wähnen. Vor einer andächtigen Zuschauerschaft ließ sich der Mann aus Wittenberg in Sachsen-Anhalt zum Souverän des „Königreichs Deutschland“ krönen. Auf den mittelalterlichen Pomp einer Kaiser-Krönung konnte dabei nicht verzichtet werden und so empfing Fitzek purpurnen Mantel, Schwert, Zepter und Reichsapfel, um anschließend als König zu seinen Untertanen zu sprechen. Ein Grundkönigreich war da mit dem Neun-Hektar-Areal eines ehemaligen Krankenhauses am Stadtrand und einigen anderen Grundstücken bereits vorhanden.

# Souverän Peter und die Königreich (Neu)Deutschland GmbH und Co. KG

## Wie ein Wittenberger Esoteriker zum Selfmade-Imperator wurde

So skurril die beschriebene Szene auch anmuten mag: die Krönung ist zu einem medial vielbestaunten Ereignis geworden. Von lokalen und überregionalen Zeitungen bis hin zu TV-Reportagen wurde ausführlich berichtet, und die Zeremonie kann weiterhin im Internet bewundert werden. Mit der Neugründung des „Königreichs Deutschland“ hat Fitzek zumindest Aufmerksamkeit erreicht. Dass es ihm dabei nur um die Rettung der (deutschen) Welt geht, findet bei jeder Gelegenheit ausführlich Erwähnung. In seiner Krönungsansprache erklärte „Peter Imperator Fiduziar“, wie sich Fitzek seither nennen lässt, dass es nun soweit sei, „den Deutschen nach über sechzig Jahren endlich wieder eine Heimat zu geben“. Womit deutlich wird, dass Fitzek und seine Anhänger eine weitere Spielart der sogenannten Reichsregierungen sind. (Vgl. AIB 98).

Seinen Anhängern ist die Notwendigkeit, einen „wirklichen“ deutschen Staat zu gründen, längst vertraut und auch Fitzek behauptet die Nicht-Existenz der Bundesrepublik Deutschland als Staat bereits seit vielen Jahren — nicht nur in seinen esoterischen Seminaren und bei der Begründung der Alternativ-Währung „Engelgeld“. Auf dem weiten Feld der Truther, Verschwörungsideologen und Reichsgründer ist Fitzek mit seiner Variante des Reiches etwas Besonderes. Verglichen mit den konkurrierenden Scheinmonarchien und Phantasie-Regierungen hatte er ein für eine gewisse Zeit funktionierendes Geschäftsmodell entwickelt und hörig folgende Untertanen um sich versammelt. Dies dürfte nicht zuletzt darin begründet liegen, dass Fitzek seit vielen Jahren an einem Geflecht aus esoterischen Erweckungsprodukten, spirituellem Krimskrams und antisemitischer Verschwörungstheorie feilt und dabei Verkäuferqualitäten beweist, auch wenn die heil-suchenden Tourist_innen der Lutherstadt einen Gutteil seiner Kundschaft ausmachen dürften.

Das Phänomen Reichsbürger beschäftigt in jüngster Zeit auch die Behörden. In der „Verwaltungsrechts-Zeitschrift“ (12/12), einer gemeinsamen Publikation verschiedener Bundesländer zu Landes- und Kommunalverwaltung, wird davor gewarnt, dass die sogenannten Reichsbürger Verwaltungshandeln zu untergraben und die Behörden zu delegitimieren versuchten. Der wesentliche Rat der Verwaltungsfachleute zum Umgang: keine Diskussionen (insbesondere über die Existenz von Staaten) und die konsequente Anwendung bestehender Gesetze und Verordnungen.

### Engel für den Einkauf

Angefangen haben Fitzek und Anhänger mit Seminaren zur Lebenshilfe, Ernährung und Esoterik, wenngleich auch hier schnell extremere Ausprägungen erreicht wurden. Neben gesunder Ernährung und Ähnlichem gehörte bald auch „Neue Germanische Medizin“ zum Angebot des Wittenberger „Lichtzentrums“. Einen entscheidenden Entwicklungsschritt bedeutete die Einführung des „Engelgeldes“, das zunächst im Stadtgebiet etabliert wurde. Doch bereits beim Verbreiten der regionalen Ersatzwährung zeigten sich Unterschiede zu ähnlichen Projekten. So konnte Fitzeks „Engelgeld“ (mittlerweile auch die „Neue Deutsche Mark“) zwar zum Kurs 1:1 eingetauscht werden, ein Rücktausch blieb jedoch ausgeschlossen. Mit

den „Engeln“ konnte nur an entsprechenden Akzeptanzstellen gekauft werden. Trotz der schlechten Konvertibilität erreichte der Engel zumindest zeitweise eine hohe Verbreitung in der Stadt. Auch in anderen Regionen wie in Halle (Saale) oder der Region Neuruppin wurden Versuche bekannt.

Mit einer Ersatzwährung allein wollte man sich freilich nicht zufrieden geben, denn damit würde sich die Welt nicht von „Zinsknechtschaft“ und „internationaler Hochfinanz“ befreien lassen, wie Fitzek seine Mission erklärte. Bereits vor der Staatsgründung entstanden die „Neudeutsche Gesundheitskasse“ und die „Rentenkasse“, in die Fitzeks Anhänger statt in reguläre Versicherungen einzahlen sollten. Laut einer Anklage vom Dezember 2013 ist von mehr als 300.000 Euro unerlaubter Einnahmen auszugehen, wie die örtliche Zeitung berichtete. Seit spätestens 2010 erhielt Fitzek von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) wegen seiner Versicherungs- und Bankgeschäfte wiederholt Unterlassungsaufforderungen, fühlte sich daran aber offenbar nicht gebunden.

Rund ein Jahr nach der „Staatsgründung“ wurde im vormaligen Esoterikladen in der Wittenberger Innenstadt die „Königliche Reichsbank“ eröffnet. Vor zahlreichen Gästen inszenierte Fitzek seinen vorerst letzten Coup, der ein weiteres Mal mediale Aufmerksamkeit erzeugte und offenbar auch einige Sparer lockte. Eigenen Angaben zufolge wird Geld von mehr als 300 Anlegern verwaltet. Unter den Gästen der Eröffnungsfeier war auch der deutsche (Ex)-Neonazi Nick Greger, der später dem Magazin „Vice“ erklärte, er sei als Gesandter eines Staates und Diamantenhändler dort gewesen, um diplomatische Beziehungen auszuloten. (Zu Greger und seinem fanatischen Kampf gegen den Islam vgl. AIB Nr. 98)

Mit seiner „Staatsbank“ scheint Fitzek den Bogen überspannt zu haben. Einerseits musste sich der Selfmade-Monarch mit enttäuschten Anhängern auseinandersetzen. Andererseits stieg der Behördendruck. Im April 2013 wurden Liegenschaften des „Königreichs“ im Auftrag der Bafin durchsucht und Unterlagen beschlagnahmt, die unerlaubte Praktiken belegen sollen. Im Oktober 2013 beliefen sich die Strafandrohungen bereits auf etwa 900.000 Euro. Hinzu kamen Forderungen des Landkreises Wittenberg sowie Prozesse wegen Fahrens ohne Führerschein. Schließlich hatte sich Fitzek — in bester Reichsbürgermanier — bei Verkehrskontrollen auf den von seinem eigenen „Königreich“ ausgestellten Führerschein berufen und Bußgeldbescheide der „illegitimen Systembehörden“ ignoriert.

Foto: Screenshot der Website Königreich Deutschland

Der „König von Deutschland“ Robert Fitzek (mitte) und der (Ex-) Neonazi und „Minister für Einwanderung und auswärtige Angelegenheiten“ der „Republik Castellum“ Nick Greger (rechts) posieren im Internet anläßlich der Eröffnung der „Königlichen Reichsbank“. (Vgl. AIB Nr. 98 und Nr. 102)

In einem der Prozesse schlug die Richterin sogar vor, Fitzek solle sich auf Schuldunfähigkeit hin untersuchen lassen — offenbar aufgrund seiner unkontrollierten Renitenz. Fitzek hingegen fühlt sich psychisch wie physisch auf dem Zenit und geht seinerseits zum Angriff über. Via Internet werden seine Anhänger zur Vergeltung gegen namentlich benannte Strafverfolger aufgerufen.

Auch wenn er trotzig verkündet, sich dem Druck nicht beugen zu wollen: einige Vorkehrungen scheint er trotzdem getroffen zu haben. 2011 hatte er sich noch die alleinige Vertretungsberechtigung für den „Ganzheitliche Wege e.V.“ eintragen lassen. Im Oktober 2013 zog er sich aus der Verantwortung beim einzig eingetragenen Verein hinter seinem gesamten (Neu) Deutschland- und „Königsreichs“-Konstrukt zurück. Dort sind nun getreue Fitzek-Anhänger eingetragen. Auch auf den Webseiten tragen mittlerweile andere die Verantwortung, und die Überweisungen — etwa für die je Teilnehmer rund 400 Euro teuren „Einbürgerungskurse“ — gehen auf das Konto eines der wenigen, verbliebenen Untertanen.

Von Durchsuchungen und Prozessen offenbar wenig beeindruckt versucht Fitzek, seine Pläne weiter zu verfolgen. Auf den Webseiten des Königreiches finden sich Ankündigungen zu weiteren Seminaren und stolz wird die Eröffnung einer neuen Handelsplattform verkündet. Die neueste Gründung im Reich nennt sich „Kadari“ („Kauf das Richtige“) und ist als eine Art Ebay für die Anhänger des Königreichs angelegt. Eine im März zur Vollstreckung der erhobenen Zwangsgelder durchgeführte Razzia nutzte Fitzek, um sich einmal mehr als Medienphänomen zu präsentieren. Die Bild berichtete bspw. beinahe ganzseitig.

Für den Fall weiterer Verurteilungen kann seine Durchlaucht vielleicht seine Drähte nach Paraguay nutzen. Einem ehemaligen Anhänger zufolge hat er dort Immobilien. Außerdem prahlt Fitzek gern damit, dass der südamerikanische Staat diplomatische Beziehungen zum „Königreich“ habe.

Um seine Verbindungen außerhalb des eigenen kleinen Königreiches zu pflegen, ließ sich Fitzek auch an einem der neuen Wallfahrtsorte der Verschwörungstheoretiker und Reichsideologen blicken: am 12. Mai 2014 reiste er zur Montagsmahnwache nach Berlin. •

**ANTIFA**

In Hamburg gibt es zwei Institutionen, die sich um die Betreuung und Begleitung von NS-Verfolgten kümmern. Eine von ihnen ist der ambulante Pflegedienst „Solidarische Hilfe im Alter“(kurz: „Solihilfe“). Dieser wurde 1996 gegründet: Ausgangspunkt waren die aus Altersgründen zunehmenden Anfragen der NS-Verfolgten und ihrer Angehörigen, welche Hilfen im Fall von Erkrankungen und/oder Pflegebedürftigkeit bestehen. Die 1995 neu eingeführte Pflegeversicherung sollte speziell auch für diesen Personenkreis zugänglich gemacht werden. Unser Ziel ist es bis heute, insbesondere NS-Verfolgten eine adäquate ambulante Versorgung anzubieten und sie bei der Inanspruchnahme entsprechender Leistungen des Sozialsystems zu unterstützen.

# Antifaschistisch das Alter genießen

**VON PETRA SCHONDEY UND PETRA VOLLMER**

Dass die Solihilfe Pflegebedürftige jeden Alters betreut und im gesamten Hamburger Stadtgebiet aktiv ist, ergab sich aus der Zielgruppe. Ergänzend zum Pflegeangebot wird mit psychosozialen Hilfsdiensten, sozialen und politischen Institutionen zusammengearbeitet, die von den Kund_innen der Solihilfe genutzt und besucht werden. Der Erhalt der sozialen Bindungen der betreuten Menschen gehört zu den Grundpfeilern der Unternehmensphilosophie.

Aus diesem Grund „teilt“ sich die Solihilfe mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme zwei Freiwilligenstellen, die die von keiner Seite getragenen Aufgaben wahrnehmen: Begleitung zu Veranstaltungen und Exkursionen im Rahmen des Begegnungscafés ehemals NS-Verfolgter, gemeinsame Friedhofsbesuche, Einkäufe und andere Hilfen im Alltag.

In den vielen Jahren unseres Bestehens sind zu den Kund_innen aus der eigentlichen Zielgruppe auch viele andere hinzugekommen: Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit psychischen, sozialen und/oder Suchtproblemen sowie Menschen, die uns über Freunde, Nachbarn, Ärzte etc. kennengelernt haben.

Es gibt weder für Kund_innen noch für Mitarbeiter_innen Bedingungen für die Aufnahme bzw. Mitarbeit, sofern diese unsere vorrangige Orientierung an den Interessen ehemals NS-Verfolgter sowie unsere antifaschistische und antirassistische Grundhaltung sympathisch finden und unterstützen.

Die Solidarische Hilfe im Alter SHA GmbH berücksichtigt die spezifischen Bedürfnisse, Probleme, Einstellungen und Lebenslagen, die sich aus politischer und sozialer Verfolgung, Flucht und Migration ergeben. Dieser Anspruch wird getragen und realisiert durch die beschäftigten Kranken- und Altenpfleger_innen, die Haushaltshilfen, einen Psychologen und Verwaltungsfachleute.

Hand in Hand geht die Arbeit des Pflegedienstes mit der zweiten Institution, dem Verein „Psychosoziale Arbeit mit Verfolgten e. V.“, der nach seinen Möglichkeiten ehemals NS-Verfolgte ehrenamtlich unterstützt.

Hinter dem sperrigen Namen verbirgt sich ein Verein, den 1996 Mitglieder und ehrenamtliche Mitarbeiter_innen in Verfolgtenverbänden (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten VVN/BdA), Vereinen (Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes in Hamburg e.V.) und Projekten (Antirassistisches Telefon Hamburg/Café Exil) in Hamburg gründeten.

„Psychosoziale Arbeit mit Verfolgten e.V.“ in Hamburg bietet ehemals NS-Verfolgten, ihren Angehörigen und Freund_innen Beratung und psychosoziale Hilfen an. Die Unterstützung wird bei Problemen der Betroffenen geboten, die aufgrund ihres Alters und damit verbundener Krankheit und Gebrechlichkeit entstehen. Anlass sind oft Krisensituationen, die professionelle und/oder freiwillige Hilfen im Alltag (dauerhaft) notwendig machen.

Die (finanziellen) Mittel, die Krankenkassen, Pflegekassen und/ oder Versicherungs- und Sozialleistungsträger für die Organisation von Unterstützung und Hilfe im Alltag bieten, sind schwer zugänglich und reichen in der Regel nicht aus. Viele Bedürfnisse und Notwendigkeiten (Kommunikation, soziale Kontakte) werden gar nicht berücksichtigt.

Ziel ist es, ein den besonderen Lebenswegen und Bedürfnissen Verfolgter und ihrer Angehörigen angemessenes Angebot von Alltagshilfen sowie ein unterstützendes Netz von Information, Beratung und Begleitung zu entwickeln. Dies versteht sich im Land der NS-Täter und einer Nachkriegsgeschichte, die von Härte, Abwehr, Verdrängung und Bagatellisierung der Folgen für die Opfer der NS-Verfolgung und

Vernichtungspolitik geprägt ist, keineswegs von selbst.

Ein besonders wichtiger Anknüpfungspunkt der Arbeit besteht zum einen in der Kooperation mit den Verfolgtenverbänden, zum anderen im Herstellen von Gelegenheiten, die Betroffenen selbst zu beteiligen, auch wenn sie sich nicht mehr aktiv in die Vereinsarbeit einbringen können.

Wir arbeiten kontinuierlich am Aufbau von ehrenamtlichen Besuchskontakten, an der Begleitung zu Veranstaltungen und Organisation von Treffen sowie Hilfestellung für die Aufrechterhaltung sozialer Kontakte. Die Sammlung, Bearbeitung und Vermittlung von biografischem Material spielt dabei eine besondere Rolle. Lebensgeschichten können in einem lebendigen Kontakt zwischen den Generationen ein hervorragender Bezugspunkt sein.

Hervorzuheben bei den Aktivitäten ist sicherlich die Mitarbeit im Begegnungscafé ehemals NS-Verfolgter, das seit sechs Jahren für NS-Verfolgte und ihre Familien/Freund_innen einmal im Monat stattfindet. Bei Kaffee und Kuchen, vor und nach einem kurzen Rahmenprogramm, können die Gäste miteinander ins Gespräch kommen. Es werden auch gemeinsame Exkursionen, Besuche von KZ-Gedenkstätten, Veranstaltungen und Museen angeboten.

Das Projekt wird seit seiner Gründung über eine Zuwendung der Hamburger Sozialbehörde gefördert. Das versetzt die Planungsgruppe in die Lage, Exkursionen und Kulturbeiträge ohne Eigenanteil der Besucher_innen zu planen und für den Dezember-Termin eine Weihnachtsfeier mit Kulturprogramm und phantasievollen Geschenken für alle Besucher_innen zu veranstalten. Bis heute sind diese Veranstaltungen gut besucht.

Getragen wird die Vereinsarbeit von ehrenamtlich tätigen Menschen zwischen 20 und 70 Jahren, die sich gemäß ihren Möglichkeiten einbringen. Über viele Jahre konnte eine Freiwilligenstelle angeboten werden, die zurzeit aus finanziellen Gründen nicht besetzt ist. •

**Weitere Infos:**
www.solihilfe.de und
www.psychosoz-arbeit.org

ANTIFA

# Internationale Proteste gegen SS-Gedenkmarsch in Riga

VON FRANK BRENDLE

„Die haben hier eine eigene Willkommenskultur", scherzte Hans Coppi, Vorsitzender der Berliner VVN-BdA, als der Bus aus Berlin am Abend des 15. März 2014 endlich in Riga ankam. Schon bei der Abfahrt am Berliner Ostbahnhof hatte sich die (deutsche) Polizei vor Ort ein Bild von den Antifas gemacht. An der litauisch-lettischen Grenze wurde der Bus, Schengen hin, Schengen her, zwei Stunden angehalten, die Personalien der 25 Reisenden erfasst und alle mitgeführten Plakate fotografiert. Kurz vor Riga gab es dann inmitten eines Schneesturmes einen weiteren, diesmal vierstündigen Stopp, weil die Verkehrspolizei bei einer „zufälligen" Kontrolle irgendetwas am Fahrtenschreiber auszusetzen hatte.

Das behördliche Misstrauen speiste sich aus dem Ziel der Reisenden: Protest gegen den alljährlichen Waffen-SS-Gedenkmarsch wird in Lettland gar nicht gern gesehen.

Denn dort ist die Ehrung der „Lettischen Legion", also der Angehörigen der 14. und 19. Waffen-SS-Division, keine Sache einer „extremistischen" Minderheit, sondern gesellschaftlicher Mainstream. Es ist kein typischer Neonazimarsch. Es gibt kaum Parolen, an der Spitze der in diesem Jahr rund 2.000 SS-VerehrerInnen marschiert ein evangelischer Pastor, die Strecke führt vom Dom zum Freiheitsdenkmal, das an die Unabhängigkeitsbewegung von 1918 erinnert. Damit werden die SS-Leute in die Kontinuität der „antibolschewistisch" gedeuteten Unabhängigkeitskämpfer gestellt. Von 1991 bis 1998 war der „Tag der Legionäre" am 16. März (Jahrestag einer Schlacht gegen die Rote Armee) gar ein staatlicher Feiertag, was auf Drängen der Europäischen Union rückgängig gemacht wurde.

Fotos: Frank Brendle

An der Wertschätzung der SS-Leute hat das nichts geändert: Man solle sich vor den Gefallenen verneigen, weil diese für ihr Vaterland gestorben seien, äußerte sich etwa Staatspräsident Andris Berzins im Jahr 2012. Und auf der Homepage des lettischen Außenministeriums findet sich ein ausführlicher Text, der die ehrenwerten Motive der Waffen-SS-Kämpfer verteidigt und sie mit den Worten in Schutz nimmt, sie hätten sich zwischen zwei Übeln entscheiden müssen (Sowjets oder Nazis) und sich für die Nazis entschieden, „weil sie den Anschluss an die westliche Zivilisation suchten". Da sieht man, wo die Totalitarismusthese letztlich die Zivilisation verortet: Dort, wo Auschwitz war.

Zu den Protesten gegen den Marsch kommen nur wenige Dutzend Menschen — daher der Wunsch nach antifaschistischer Unterstützung aus dem Ausland. Voriges Jahr war Joseph Koren von „Lettland ohne Nazismus" (Latvija bez Nazism, LBN) auf Einladung der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) erstmals in Berlin, um über den SS-Marsch zu berichten. Dabei wurden auch Kontakte zur VVN-BdA geknüpft, die schließlich dazu führten, dass beide Verbände in diesem Jahr einen Bus nach Riga organisierten.

Schon in den letzten Jahren konnten immer wieder einige „VIPs" für die Proteste gewonnen werden, etwa Gert Weisskirchen, früherer SPD-Bundestagsabgeordneter und OSZE-Beauftragter zur Bekämpfung des

Antisemitismus, und Efraim Zuroff vom Jerusalemer Simon-Wiesenthal-Zentrum. Unter den diesjährigen DemonstrantInnen war auch Martina Renner, Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke.

Eine Busladung deutscher AntifaschistInnen war allerdings ein Novum — und machte die LettInnen hellhörig: Schon auf der Autobahn wurden sie nicht nur von der Polizei, sondern auch von einem nationalistischen Fernsehsender abgefangen, der ihnen danach auf Schritt und Tritt folgte. Deutsche im Bus, Deutsche in der Kellerbar ihres Hotels, auf dem Spaziergang durch die Altstadt und vor einer Polizeiabsperrung — der Sender konnte gar nicht genug von den ungewöhnlichen Gästen kriegen, die er seinem Publikum als „Kommunisten" vorstellte.

Auch für die AntifaschistInnen aus Deutschland war der Ausflug keine Routine. Nicht nur weil 28 Stunden Hinfahrt und 20 Stunden Rückfahrt bei knapp 24 Stunden Aufenthalt alles andere als ein gemütlicher Wochenendausflug sind. Noch am Abend des 15. März 2014 war nicht restlos geklärt, welche Proteste an welchem Ort eigentlich genehmigt sind und welche nicht. Auch nach einer mitternächtlichen Tatortbesichtigung mit Joseph Koren blieben noch Fragen offen. Das lag teilweise an den Behörden, aber auch daran, dass „Lettland ohne Nazismus" es weniger mit transparenten Entscheidungsprozessen hat, sondern eher mit der Ballung von Informationen und Kompetenzen bei wenigen Einzelpersonen. So war Joseph Koren von „Lettland ohne Nazismus" chronisch überlastet und kaum in der Lage, den Informationshunger der deutschen Gäste zu stillen.

Die setzten dafür beim Protest auf dem Domplatz ihren Kopf durch: Sich hinter die Gitter zu verziehen, die von der Polizei in einer Ecke des Platzes hergerichtet worden waren, kam für sie gar nicht in Frage. „Ich kann die Aufforderung gerne weitergeben, aber ich glaube nicht, dass die auf mich hören", so der deutsche „Reiseleiter" zum Ansprechpartner von „Lettland ohne Nazismus". Die SS-MarschiererInnen, die nur mit wenigen Metern Abstand an der Kundgebung vorbeizogen, wurden mit „Schande"-Rufen (auf russisch) bedacht. Danach hieß es für die Antifas: Beine in die Hand nehmen und Richtung Freiheitsdenkmal eilen, wo ebenfalls ein umgittertes Areal bereitstand, das dann komplett binational ignoriert wurde. Die Polizei nahm's hin, waren es insgesamt doch kaum mehr als 50 DemonstrantInnen.

Die Gäste aus Deutschland stellten also rund die Hälfte der Gesamtproteste, was durch ihre (englisch- und lettischsprachigen) Transparente und Plakate auch sichtbar wurde. Entsprechend groß war das Interesse von Medien und BürgerInnen. Ob sie nicht in Wirklichkeit doch aus Russland seien, wollten sie wissen. Nein? Aber russische Vorfahren hätten sie doch wohl? Und es sei ihnen schon klar, dass das Geld für ihre Anreise aus dem Kreml käme? Nationalistische LettInnen haben nur drei Erklärungen dafür, warum jemand etwas gegen die Waffen-SS haben könnte: Entweder ist man schwul, russisch oder Jude bzw. Jüdin. Tatsächlich haben fast alle der einheimischen ProtestiererInnen Russisch als Muttersprache. Als ethnische/r Lettin/Lette ist man für die SS oder man schweigt.

Nach dem Wochenende gab eine Abordnung der Dortmunder Neonazi-Partei „Die Rechte" bekannt, dass sie auch in Riga gewesen sei und freundliche Kontakte zu „nationalbewussten" Letten habe knüpfen können. Erbost zeigten sie sich über eine „rechtspopulistische Splittergruppe" im SS-Marsch: „Sie zeigten Schilder, mit denen die deutsche und sowjetische Herrschaftszeit in Lettland gleichgesetzt wurden". Die lettische Regierung ist sich darüber im Klaren, dass eine offene Unterstützung des Marsches in der EU rufschädigend sein kann. Nur unter internationalem Druck lässt sie sich zu einem Minimum an Distanz bewegen.

Hatte im letzten Jahr Regierungschefin Laimdota Straujuma ihr Kabinett aufgefordert, dem Marsch fernzubleiben, die Teilnahme zweier Minister dann aber doch widerspruchslos hingenommen, zog sie in diesem Jahr die Zügel an. Der Umweltminister wurde wegen angekündigter Marschteilnahme kurzerhand gefeuert. Auch wenn die Beteiligung vier einfacher Abgeordneter des nationalistischen Koalitionspartners „Alles für Lettland" folgenlos blieb, ist es für lettische Verhältnisse schon ein Signal, dass der Marsch als (außen)politisches Problem erkannt wird. Auch wenn dieses Mal noch ganz spezielle außenpolitische Erwägungen rund um die Ukraine-Krise mitgespielt haben — die Unterstützung der lettischen durch „westliche" AntifaschistInnen ist ein wirkungsvolles Instrument, um die Freunde der Waffen-SS in Schwierigkeiten zu bringen. •

**Pressespiegel:**
http://oberndorfgedenken.de/riga%20waffen%20ss.pdf

**Der Autor** ist Landesgeschäftsführer der DFG-VK Berlin-Brandenburg.

REGIONAL

# Bückeburger Verhältnisse

Im niedersächsischen Landkreis Schaumburg befindet sich die Residenzstadt Bückeburg mit dem Sitz des niedersächsischen Staatsgerichtshofes, des Landkreisamtes und des Landgerichts. In diesem Landkreis konnten über Jahrzehnte hinweg neonazistische Gruppen und Strukturen meist ungestört agieren und sich verfestigen. In den 1970er und 1980er Jahren waren es vor allem JN- und NPD-Strukturen, die in der Öffentlichkeit ein gewalttätiges Straßenbild prägten, in den Jahren 2000 bis 2007 vor allem freie Kameradschaften, die Antifaschist_innen und Andersdenkende bedrohten, verprügelten oder sogar entführten. Bis heute sind die freien Kameradschaften ein fester Bestandteil der bundes- und insbesondere der norddeutschen Neonaziszene. Im Jahr 2011 organisierten sie den größten Neonaziaufmarsch Norddeutschlands mit internationaler Beteiligung.

### Bückeburg auf dem Weg zur „national befreiten Zone“ ?

Die Repression gegen die extreme Rechte und deren militante Strukturen während des von der Bundesregierung inszenierten „Antifa Sommers 2000“ erzeugte zwar temporäre Ruhepausen und strukturelle Veränderungen. Jedoch erkannten die Neonazis sehr schnell, wie sie der Repression ausweichen und sich reorganisieren konnten. Bis ins Jahr 2007 wurden Staatsanwälte und Polizeibehörden im Landkreis Schaumburg selbst Zielscheibe der extremen Rechten. Einschüchterungen und Bedrohungen an Wohnungen und Arbeitsplätzen waren keine Seltenheit. Als die Kader der Nationalen Offensive Schaumburg (NOS) und ihr Mitbegründer Marcus Winter (vgl. AIB Nr. 79) Bewährungs- und Haftstrafen antreten mussten, änderte sich zum wiederholten Mal die Strategie der Kameradschaft. Die alten Mitglieder hielten sich im Hintergrund und organisierten die Gründung neuer Gruppen mit jüngeren Neonazis.

2008 gründeten junge Neonazis mit Unterstützung alter Kader die „Aktionsgruppe Bückeburg“. Wie bereits bei anderen Schaumburger Kameradschaften setzten sich die Mitglieder nicht nur aus Bückeburg, sondern auch aus den benachbarten Ortschaften zusammen. Die Bückeburger Szene wurde so attraktiv, dass Neonazikader wie Christian W. (Barsinghausen) und Daniel Bake (Ahlen) ins Schaumburger Land zogen. Sie unterstützten und erweiterten die hiesigen Strukturen. Beistand erhielt die „Aktionsgruppe Bückeburg“ durch den Hannoveraner Neonazizirkel „Für ein besseres Hannover“. Ab 2011 traten sie unter dem Namen „Autonome Nationalisten Bückeburg“ auf. Mit dem Ziel, eine „national befreite Zone“ zu errichten, kam es zu gezielten Einschüchterungsversuchen und brutalen Angriffen auf alternative Jugendliche und Antifaschist_innen. Durch ein Klima der Angst prägten die Neonazis die Stadt. Besonders für jugendliche Andersdenkende wurde jede Teilnahme am öffentlichen Leben, sogar der Schulbesuch, gefährlich.

### Gegenwehr 2012 / Extremismustheorie vs. antifaschistischer Widerstand

Erst als sich ein antifaschistischer Selbstschutz organisierte, der den Neonazis auch auf der Straße Paroli bot, wandelten sich die Verhältnisse. Die Intervention der Antifa-Zusammenhänge sorgte für mehr Sicherheit und Bewegungsfreiheit für alternative Jugendliche in Bückeburg, gleichzeitig erregten die Auseinandersetzungen mediales und polizeiliches Interesse. Wurde in den Vorjahren Neonazigewalt durch Stadtverwaltung und Polizei eher verharm-

Neonazistische Schmierereien blieben in der Region Bückeburg juristisch oft folgenlos.

lost und ein akutes Problem geleugnet, so konnte dies durch das nun überregionale Interesse nicht mehr verschwiegen werden.

Die unter Druck geratene Stadt und ihre rechtlichen Organe sahen plötzlich den bürgerlichen Ruf ihrer Residenzstadt gefährdet. Als Neonazihochburg sollte Bückeburg nicht wahrgenommen werden und Bürger_innen und Tourist_innen sollten sich sicher fühlen.

Die Lösungsstrategie der Stadt war es dann, die notwendige Opposition gegen die Neonazis als Rechts-Links-Konflikt darzustellen. Die Neonazis waren somit nicht mehr Ursache der „Bückeburger Verhältnisse" und die Eskalation konnte ihren Opfern angelastet werden. Polizei und Justiz formierten sich unter der Extremismustheorie und überzogen die progressiven Jugendlichen mit grotesker Repression, während die Neonazis als vermeintliche Aussteiger und unpolitische Mitläufer verharmlost wurden.

**Polizeitaktik 2012 / Bagatellisierung der Neonaziaktionen**

Im Juni 2012 wurde Schüler_innen der Herderschule in Bückeburg der von ihrer Politiklehrerin angeforderte Polizeischutz verwehrt. Etwa 20 Neonazis, vermummt mit weißen Masken, störten daraufhin eine Aktion bei der faschistische Propaganda mit antirassistischen Slogans übermalt wurde. Schüler_innen und Lehrerin wurden dabei bedroht und gefilmt.

Nach Anfragen der Presse zur Bedrohungssituation erschien folgendes Statement der Polizei in der Schaumburger Zeitung: „Überhaupt ist Kommissariatsleiter Werner Steding der Meinung, dass diese denkbar harmlosen Botschaften nicht zur Deeskalation der Lage beitragen, da dadurch neue Angriffe aus der rechten Szene provoziert werden. Auch den Straftatbestand der Einschüchterungsversuche sieht Steding nicht gegeben. Der Neonazi-Auftritt sei als eine spontane Demonstration auf öffentlichem Grund zu bewerten. Einen Verstoß gegen das Vermummungsgesetz will er ebenfalls nicht feststellen können, da „Maskerade" bei „friedlichem Protest" toleriert werde. Ein Beispiel dafür seien die Aktionen gegen den Castor-Transport."[1]

Das ist ein gutes Beispiel für die Praxis der Polizei in Bückeburg, volksverhetzende antisemitische Sprühereien nur halbherzig zu verfolgen. Die wenigen Verfahren werden durch die Staatsanwaltschaft meist mit der Begründung eines zu hohen polizeilichen Ermittlungsaufwands, die Täter festzustellen, eingestellt.

**Repression 2013 / Kriminalisierung des linken Spektrums**

Seit Sommer 2013 patrouilliert die örtliche Polizei unterstützt durch Züge der Einsatzhundertschaft Hannover am Wochenende intensiv durch Bückeburg. Ziel ist es, staatliches Engagement zu zeigen und Ansammlungen von vermeintlichen „Extremisten" aufzulösen. Doch vor allem bei linken Jugendlichen werden wiederholt die Personalien festgestellt und gesammelt, sie werden durchsucht und Anhaltspunkte für eine Kriminalisierung gesucht. Dabei kommt es immer wieder zu Provokationen durch die Polizei.

**Zwei Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit:**

Gegen eine Jugendliche kommt es zur Anzeige wegen Beleidigung von Polizeibeamten. In einer ersten Polizeikontrolle trägt sie ein T-Shirt mit dem Aufdruck „FCK CPS". Die Beamten verwarnen die Jugendliche und fordern sie auf, sich nach Hause zu begeben und das T-Shirt zu wechseln, „da das weitere Zeigen des Kürzels „FCK CPS" eine fortwährende Beleidigung der in Bückeburg eingesetzten Polizeibeamten darstelle". Ein paar Tage später wird sie mit einem Button mit der Aufschrift „FCK CPS" durch die gleichen Beamten kontrolliert, die dann die vermeintliche Ehrverletzung zur Anzeige bringen. Die Jugendliche wird vom Amtsgericht Bückeburg wegen Beleidigung verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, die Abkürzung „FCK CPS" habe mittlerweile einen ähnlichen Bekanntheitsgrad wie die hinreichend bekannte Abkürzung „ACAB", „sodass der beleidigende Inhalt dieses Kürzels außer Frage steht." Dass es sich beim Aufdruck „ACAB", wie vom Amtsgericht Berlin-Tiergarten im Jahr 2000[2] entschieden, wohl eher um eine straflose Beleidigung eines Kollektivs handelt, da dieses Kollektiv aufgrund der unüberschaubaren Masse an Polizisten nicht ausreichend definierbar sei, wird vom Amtsgericht Bückeburg mit der Begründung hinweggefegt, dass es sich bei den Polizeibeamten des Polizeikommissariats Bückeburg „mit etwa 25 in Uniform diensttuenden Polizistinnen und Polizisten (...) wegen dessen überschaubarer Größe um eine hinreichend abgrenzbare Gruppe" handeln würde. Somit gilt für Bückeburg faktisch eine Kleidungsverordnung.

Ein anderer Antifaschist bekommt für Heiligabend ein Aufenthaltsverbot für Bückeburg, angeblich zur Gefahrenabwehr. Die Zustellung der Aufenthaltsverbotsverfügung an seine neue Adresse erfolgte am Morgen des 24. Dezember, zu einem Zeitpunkt, an dem er bereits bei seiner Familie in Schaumburg war. Der Jugendliche war zuvor zur Vermeidung von Auseinandersetzungen mit Neonazis in eine andere Stadt gezogen. Er gilt für die Polizei als wichtige Person der linken Szene. Nach der Familienfeier in einem Dorf im Landkreis will er sich in Bückeburg mit Freunden treffen und wird gegen Mitternacht in einer Kneipe von sechs Polizeibeamten in Gewahrsam genommen. Anschließend lassen ihn die Beamten, die im Streifenwagen nebenher fahren, bis zum Ortsausgangsschild laufen. Von dort muss er dann mehrere Kilometer zu Fuß gehen, um zu seiner Familie zu gelangen.

**Ausblick 2014 / Solidarität ist alles**

Wie aus den vorherigen Absätzen deutlich wird, verfolgen Exekutive und Judikative im Landkreis Schaumburg, die auch mit der lokalen Politik abgesprochen erscheinende Strategie, Neonazitendenzen als Randproblem darzustellen. Neonaziaktivitäten werden verharmlost und linke Gegenwehr wird kriminalisiert. Dieser Grundgedanke der Extremismustheorie führt nicht zu einer Lösung des Neonaziproblems, sondern zu einer Verschärfung.

Eine breite solidarische Unterstützung für die kriminalisierten Antifaschist_innen im Schaumburgerland ist notwendig! •

**1** Schaumburger Zeitung, 20.07.2012 **2** Beschluss vom AG TG vom 19.01.2000, Az: 238 Cs 877/99

REGIONAL

# Ausblendung neonazistischer Gewalt im Allgäu

ANTIRASSISTISCHES JUGENDAKTIONSBÜRO

Am Dienstag, den 6. Mai 2014 verurteilte die Große Strafkammer am Kemptener Landgericht den Neonazi Falk H. nach nur zwei Verhandlungstagen zu elf Jahren Freiheitsentzug mit Alkoholtherapie. Die „vollkommen sinnlose Sauferei und Prügelei" am letztjährigen Tänzelfest in Kaufbeuren (vgl. AIB 100), welche Konstantin M., einem „Mann aus Kasachstan", das Leben kostete, wertete das Gericht als Körperverletzung mit Todesfolge. Zu einer Tatrelevanz des neonazistischen Hintergrundes und Umfeldes des Täters „konnten aber keine konkreten Feststellungen" getroffen werden. Das kritisiert das „Antirassistische Jugendaktionsbüro".

Die Aktivist_innen leisteten Prozessbeobachtung, denn sie wollten angesichts des im Voraus festgestellten neonazistischen Hintergrundes der Tätergruppe etwas dagegensetzen, „wenn Behörden und Bevölkerung wieder in die Deutungs- und Verhaltensmuster zurückfallen, die mit der Aufarbeitung der NSU-Morde erkannt und erledigt werden sollten." Die Befürchtung sei, „dass auch der Fall um Falk H. entpolitisiert und abgehakt wird."

Die Zeugen- und Sachverständigenaussagen zeichneten ein eindeutiges Bild: Am Abend des 17. Juli 2013 um kurz vor Mitternacht verlässt die fünfköpfige Gruppe um Falk H. das Festzelt am Tänzelfest. In der Gruppe ist mit H.'s Neffen Markus V. mindestens ein weiterer Neonazi. Zur gleichen Zeit verlassen drei von den Thüringern offenbar als nicht-deutsch Identifizierte das Festgelände und werden als „Scheiß Polacken" und „Scheiß Russen" beschimpft. Der 36-jährige Thüringer wirft den Dreien vor, „ihr habt damals meine Oma vertrieben" und greift an. Zu zweit halten die Angegriffenen ihre Gegner in Schach, sodass diese mehrfach zu Boden gehen und schließlich aufgeben müssen. Frustriert und wütend über die Niederlage ziehen sich die Angreifer zurück auf das Gelände, wo der unbeteiligte Konstantin M. völlig unvermittelt einen heftigen Faustschlag gegen die Schläfe erhält. Obwohl der 34-Jährige aufgrund eines durch den Hieb ausgelösten Risses einer Arterie hirntot ist, noch bevor sein Körper ganz zu Boden fällt, holt der Thüringer nochmals aus: Ein schwerer Fußtritt gegen den Hals des Familienvaters verursacht weitere schwerwiegende Verletzungen. Anwesende Sicherheits- und Rettungskräfte können nicht mehr tun, als den kurze Zeit später festgenommenen Falk H. als Täter zu identifizieren. Konstantin M. stirbt kurz darauf im Krankenhaus. Das Verfahren des anfangs ebenfalls verdächtigten 22-jährigen Markus V. wird eingestellt und gegen H. eine Anklage wegen Körperverletzung mit Todesfolge in Tateinheit mit versuchtem Mord vorbereitet, während dieser in Untersuchungshaft sitzt. Der 36-Jährige kennt das. In der Vergangenheit wurde er viele Male unter anderem wegen teils erheblichen Gewalttätigkeiten angeklagt und mit Freiheitsstrafen belegt, die allerdings meist zur Bewährung ausgesetzt wurden. Verzeichnet sind 18 Verurteilungen, der Großteil Körperverletzungen, oft in Verbindung mit Hitlergrüßen und „Sieg Heil!"-Rufen. Eine Person wurde verprügelt, weil sie sagte, sie sei links. Die auszugsweise Verlesung eines Teils der Urteile zeichnet das Bild eines äußerst gewalttätigen Neonazis.

Deutlich ist auch das engere Umfeld des Neonazis, so Robert Andreasch von der antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (AIDA): „Bilder mit der schwarzen Sonne der SS finden sich hier genauso wie ein Kokettieren mit der Mordserie des ‚Nationalsozialistischen Untergrunds' (NSU): Markus V. hat eine ‚Pink Panther'-Figur mit Maschinengewehr gepostet. Zu seinen Online-Freunden gehören unter anderem thüringer und sächsische Neonazis, die Jugendorganisation von ‚Pro Deutschland' sowie der aus Bayern stammende, frühere NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt." Das Bild mit der „Pink-Panther"-Figur ziere das Symbol der neonazistischen Internetseite „Infoportal Schwaben", erklärt der Journalist, der sich schwerpunktmäßig seit Jahren mit der bayerischen Neonaziszene beschäftigt.

Der Täter selbst hält sich — von einigen sexistischen Ausfällen abgesehen — auf Facebook eher zurück. Lediglich auf einem Foto offenbart er auf seiner linken Brust ein Tattoo, das eine Lebens- und eine Todesrune zeigt.

Der Täter, der sich an den Vorfall nicht erinnern will, rechtfertigt über seine Verteidigerin die neonazistischen Äußerungen. Falk H. sei eigentlich „eher links", bestimmt aber „nicht rechts" eingestellt, in Antifa- und Punkkreisen unterwegs und hätte somit seine Taten „mehr ironisch" gemeint. Auch der vorsitzende Richter bezeichnet diese Behauptungen als „Quatsch" und erkennt die rechte Gesinnung des Täters an. Eine Tatrelevanz will das Gericht allerdings nicht erkennen und stellt auf eine „völlig sinnlose Sauferei und Prügelei" ab.

Genau das kritisiert das „Antirassistische Jugendaktionsbüro". Ob die Gesinnung des Täters Tatrelevanz hat, sei ohne Prüfung verneint worden. „Selbst die ›ausländer‹-feindlichen und explizit rechten Parolen,

Verurteilt wegen Körperverletzung mit Todesfolge — Neonazi Falk H.

Foto: rh

die auf dem Tänzelfest fielen, wurden nicht debattiert."

### The show must go on

Damit wurde die Forderung eines Tänzelfestbesuchers schließlich eingelöst. „Bitte sagt das Feuerwerk NICHT ab! [...] THE SHOW MUST GO ON!" Tatsächlich zeigt auch das Kemptener Urteil eine fatale Kontinuität im Umgang mit rassistischen Motiven. Sie werden ignoriert und ausgeblendet. Nicht nur, dass es unter anderem diese Haltung überhaupt erst ermöglichte, dass der NSU jahrelang ungestört morden und rauben konnte, während viele seiner Opfer und deren Angehörige verdächtigt, überwacht und eingeschüchtert wurden. Immer wieder will mensch rassistische Motive nicht erkennen. Wer sie trotzdem benennt, stört. So werden Infoveranstaltungen zur lokalen Neonaziszene sowie eine Demonstration nach dem Vorfall kaum besucht. Stadt und Justiz verwenden eine Reihe lächerlicher Kleinigkeiten, um Repression gegen deren Anmelder_innen zu richten. Auf einem Benefizkonzert für die Hinterbliebenen von Konstantin M. wird den auftretenden Künstler_innen gesagt, sie sollten sich gegen Gewalt positionieren, nicht aber von Neonazis sprechen.

Auch der mittlerweile sechs Jahre zurückliegende Mord an Peter Siebert in Memmingen wird weiter entpolitisiert. Die Polizei propagiert nach wie vor eine Beziehungstat, obwohl selbst der Vizepräsident des Landgerichts Memmingen einräumte, dass ein extrem rechter Hintergrund „wahrscheinlich" sei und der Fall wegen eben jenem Verdacht neu geprüft werden soll. In Gedenken an dieses und alle weiteren Opfer neonazistischer Gewalt zogen 400 Menschen unter dem Motto „Remembering means fighting!" an Peter Sieberts sechsten Todestag, dem 26. April 2014, durch die Memminger Innenstadt.

„Fighting" bezieht sich dabei auf ein bitter notwendiges Vorgehen gegen die nach wie vor starke und gefährliche Neonaziszene im Allgäu. Diese formiert sich um Gruppierungen wie „Voice of Anger" oder die „Allgäu-Schwäbische Kameradschaft", deren Bands „National Born Haters", „Codex Frei" und „Faustrecht" oder Unternehmen wie den „EPS Druckshop" in Memmingen, dessen Eigentümer Benjamin E. ebenfalls für den neonazistischen Versandhandel „Oldschool Records" verantwortlich ist.

In der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober 2013 attackieren zwei Mitglieder von „Voice of Anger" drei Antifaschist_innen mit Springmessern und dem Ruf: „Ich schlitz' euch auf!" Daraufhin dringen der Memminger und Kemptener Staatsschutz in Wohn- und Geschäftsräume ein und entwenden Datenträger, Computer und Dokumente. Allerdings nicht, wie zu erwarten wäre, bei Mitgliedern der gewalttätigen Neonazigruppierung, sondern bei Menschen, die sich aktiv gegen Rassismus und Neonazis im Allgäu einsetzen. Angeblich sollen so Zeug_innen ausfindig und die Täter_innen geschnappt werden. Maßnahmen gegen das Umfeld der Täter werden nicht bekannt.

### This show won't go on

Aktivitäten gegen diese und andere Umtriebe in der Region gehen seit Ende 2012 vom selbstverwalteten Jugendzentrum „react!OR" in Kempten aus. Nachdem jahrelange Versuche, mit den örtlichen (städtischen) Jugendeinrichtungen zusammenzuarbeiten, immer wieder scheiterten oder zumindest unbefriedigend ausfielen, war einigen Antifaschist_innen aus der Region klar: „Wenn wir gegen diese Vorgänge effektiv vorgehen und eine emanzipatorische Perspektive in der Provinz entwickeln wollen, müssen wir eigene Strukturen aufbauen." So entstand das JuZe mit Infoladen, Umsonstladen, Offenem Büro und Aktionsmateriallager. Von hier gingen mittlerweile weit über 50 Interventionen und inhaltliche Veranstaltungen aus. Viele der Aktionen — die im Antifa- und Antirabereich stattfanden — wurden vom „Antirassistischen Jugendaktionsbüro" organisiert. Das Aktionsbüro stellt sich dem rassistischen und rechten Treiben in der Region aktiv entgegen und leistet Recherche zu entsprechenden Vorfällen und Strukturen, dokumentiert die Ergebnisse und klärt auf. Mit direktem Support werden Flüchtlinge unterstützt und Bildungsveranstaltungen ermöglichen eine inhaltliche Auseinandersetzung mit und die Entwicklung von emanzipatorischen Positionen.

Trotz finanziellem und personellem Dauernotstand sind die Aktivist_innen überzeugt: „This show won't go on." •

**Weitere Infos** unter www.react.or.ke

**DISKUSSION**

# Antifaschistischer Klassismus?

## Eine Erwiderung

**VON MARIE ANTON**

In bundesdeutschen Mainstreamdebatten findet sich immer wieder die Idee, Rassismus könne sich in einer Gruppe von Menschen oder in einzelnen Subjekten verorten lassen. Beliebt scheint aktuell die Verlagerung in die Unterschicht zu sein. Damit wird an zweierlei angeknüpft: Zum einen an die These, Rassismus sei eine individuelle Fehlleistung, die beispielsweise mit Bildung vermindert werden könne, und zum anderen an den Unterschichten-Diskurs der letzten Jahre, der etwa Erwerbslose als minder denkfähig stigmatisiert.

Wie Rocky Meyer in dem Artikel „Dumme Hellersdorfer Nazi-Prolls. Die Dämonisierung der Arbeiter_innenklasse" (siehe AIB Nr. 102) beschreibt, wirkt genau dieser Mechanismus bei der medialen Aufbereitung der rassistischen Agitationen in Berlin-Hellersdorf. In so manchen Zeitungen wird „die Unterschicht" für den Rassismus verantwortlich gemacht und letzterer entsprechend zurückgewiesen. Dass dabei Rassismus nicht als gesellschaftsstrukturierendes Moment, das Ressourcenverteilung regelt, begriffen wird, sondern nur als Diskriminierungsform, als „Vorurteil", ist augenscheinlich.

Rocky Meyers These, dass antifaschistische Zusammenhänge diese Externalisierung von Rassismus in die Unterschicht vornehmen, also „manches Mal am fragwürdigen Bild des dummen ‚Nazi-Prolls' kräftig mitzeichnen und dadurch den seit Jahren präsenten Unterschichtsdiskurs zum Teil bedienen", trifft aber nicht den Kern des Problems und vielleicht noch nicht mal die tatsächliche Politik von etlichen Antifa-Gruppen.

Vorweg: Zweifellos haben sich Linke mit ihrer politischen Einstellung nicht automatisch frei gemacht von verinnerlichten Klassismen, Rassismen, Sexismen. Keine Frage und irgendwie auch ein alter Hut. Aber: Es gibt keine durchgängige oder dominante antifaschistische Bildersprache, die Klassismus bedient oder den „dummen Nazi-Proll" als Repräsentant des Rassismus ausmacht. Kanther und Co. zierten etliche Plakate in den 1990ern und Sarrazins Karikatur dürfte allen im Gedächtnis sein. „Die Brandstifter sitzen in Bonn" war das Motto der Bundestagsblockade 1993 wegen der massiven Einschränkung des Asylrechts. Auf einem anderen Plakat der Zeit heißt es: „Die große Koalition der Rassisten reicht von Bonn bis Hoyerswerda, von Schönau bis Rostock, von der Regierung bis zum Stammtisch!" Rechte werden — auch in der Bildersprache — so dargestellt, wie sie auftreten. Mal in Jogginghose, mal in Kapuzenpulli, mal in Anzug und mal in Tracht. Symbolisch nur auf die Krawattenträger zu fokussieren, wäre analytisch ebenso falsch wie alleinig auf Jogginghosenträger.

Auch jenseits der Bildersprache wurde Anfang der 1990er Jahre von antifaschistischer Seite unermüdlich auf die herausragende Rolle des Establishments bei den Brandanschlägen hingewiesen. Auch waren es Antifaschist_innen, die immer wieder „intellektuelle Rechte" aus der Deckung holten, die „Neue Rechte" analysierten, die „Junge Freiheit" thematisierten, Burschenschaften als elitäre Seilschaften angriffen und so weiter. Die Deprivations- oder Defizitthese als Begründung für die Entstehung extrem rechter und rassistischer Einstellungsmuster, die diese auf Beeinträchtigungen in der sozialen Situation zurückführt, wird doch gerade in antifaschistischen Zusammenhängen nicht geteilt und ist mehrfach von kritischen Rechtsextremismusforscher_innen zurückgewiesen worden.

Antifaschistischen Zusammenhängen zu attestieren, sie hätten Harald Ewert, der einst mit Deutschlandtrikot bekleidet in vollgepisster Jogginghose seinen rechten Arm in Rostock-Lichtenhagen hob, als zentralen Repräsentanten des deutschen Rassismus hervorgehoben, trifft schlicht nicht die Praxis antifaschistischer Politik seit den 1990er Jahren — auch nicht, wenn das Problem hauptsächlich in den Strukturen verortet wird, die sich „alleinig mit den Nazi-Strukturen vor Ort" auseinandersetzen. Für diese, so Meyer, sei es „irrelevant [...] wo die Orte eines Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung liegen, wie gesellschaftliche Spaltungslinien überwunden werden können — und wo diese Kämpfe schon längst geführt werden". Tatsächlich gibt es Orte in Deutschland, in denen die ganz konkrete Bedrohung durch militante Neonazis gegeben und „Antifa" die einzige verbliebene, linksradikale Struktur ist. Meyers Kritik zielt also hauptsächlich auf antifaschistische Gruppen jenseits von Metropolen, in denen genug Aktive leben, um in vielen Kämpfen aktiv mitzumischen. Es macht einen Unterschied, ob Antifagruppen gezwungen sind, sich direkt mit militanten Neonazis auseinanderzusetzen, oder ob der Raum da ist, sich entscheiden zu können. Es macht einen Unterschied ob Linksradikale in Duisburg, Finsterwalde oder Berlin leben. Die Forderung an antifaschistische Zusammenhänge, sich nicht auf „reine Anti-Nazi-Arbeit" zu fokussieren, ist nicht neu. Aber sie berücksichtigt immer

SPD noch immer und schon wieder trennt: Die grundsätzliche Einstellung zum Recht auf Schutz vor politischer Ver- daß die Union ihren Kurs im Prinzip beibehielt. Hans-Ulrich Klose warnte CDU und CSU praktisch gar nicht davor, nach sich das Recht nahmen, darüber zu entscheiden, wer durchkommt und wer nicht. So hinderten sie sozialdemokrati-

Unter dem Motto „Die Brandstifter sitzen in Bonn" wurde 1993 zur Bundestags-Blockade mobilisiert. Faksimile von Frankfurter Rundschau 27. Mai 1993

noch nicht die unterschiedlichen, regionalen Realitäten und Notwendigkeiten. Die Frage muss doch vielmehr sein, wie antifaschistische Arbeit gemacht wird, mit welchem Politikverständnis, mit welchen inhaltlichen Bezügen und Ausrichtungen, in welchen Bündnissen — zumindest wenn die Kritik nicht eine Kritik der Metropole an der Provinz sein will.

Dass dennoch von antifaschistischer Seite keine Kritik an aktuellen Beiträgen zu vernehmen war, die Rassismus in Hellersdorf in die Unterschicht verschieben, liegt nicht daran, dass die „Kritik daran mit Selbstkritik verbunden" hätte gewesen sein müssen, sondern an einer Schwäche der radikalen, undogmatischen Linken, Klassenverhältnisse in verschiedene Analysen miteinzubeziehen.

Es sind nicht Klassenverhältnisse, die sich auf den Rassismus selbst auswirken sondern sie haben Einfluss auf die gesellschaftliche Bewertung von Rassismus. Was Rocky Meyer für Hellersdorf beschreibt, dass es dort momentan kein Interesse des Establishments an rassistischen Eskalationen wie in den frühen 1990er Jahren gibt und die bürgerliche Presse rassistische Agitationen teils deutlich verurteilt, gilt für andere Orte so nicht. In Duisburg-Bergheim beispielsweise stellt sich die Situation gänzlich anders dar. Während eine „Bürgerinitiative", die sich hauptsächlich aus mittelständischen Immobilienbesitzer_innen zusammensetzt, gegen ein vornehmlich von Bulgar_innen und Rumän_innen bewohntes Haus agitierte, bediente die Regionalpresse samt Polizei und lokaler SPD-Regierung rassistische und antiziganistische Sichtweisen vom „Problemhaus", von „Klaukids", organisierter Kriminalität und Nomadentum. „Das Maß ist voll" titelte die WAZ bereits 2011.

Der Unterschied, der sich zwischen Hellersdorf und Duisburg auftut, ist nicht nur einer des Interesses des Establishments, sondern auch einer der sozialen Zusammensetzung der rassistisch agierenden AnwohnerInnen. Hellersdorf gilt als „Hochburg von Hartz-IV-Empfänger_innen", Bergheim ist, schaut man in die Sozialstatistik, ein Stadtteil mit vergleichsweise wenig Erwerbslosigkeit, hohem Einkommen und höheren Bildungsabschlüssen. Dass die rassistische Agitation in Hellersdorf medial nicht wirklich ankommt, hat sicherlich etwas mit Klassenverhältnissen und dem Unterschichtendiskurs der letzten Jahre zu tun, also damit, dass Teile der Hellersdorfer Bevölkerung in klassistischer Abgrenzung als Externalisierungsfläche für Rassismus herhalten können. Es ist auffallend, dass hingegen die mittelständische Agitation gegen Roma in Duisburg-Bergheim medial gestützt wird. Hier ist keine Spur vom „Nazi-Proll".

Klassenverhältnisse müssen auch als Analyse-Kategorie ernst genommen werden, allerdings nicht in dem Sinne, dass Rassismus als Unterschichtenproblem identifiziert wird, sondern weil aktuell Rassismus mancherorts gegen Klassismus ausgespielt wird. Dieser Mechanismus ist bekannt, beispielsweise wenn es um die Ethnisierung von Sexismus geht. Dass Antifaschist_innen da nicht mitspielen sollten, liegt auf der Hand. •

**GESELLSCHAFT**

Die Einbeziehung feministischer Analysen und Praxis in antifaschistische Politik wird spätestens seit dem Erscheinen des Buches „Fantifa: Feministische Perspektiven antifaschistischer Politik“ wieder vermehrt diskutiert. Seit vier Jahren nimmt das „Bündnis gegen Burschentage“ den Burschentag der Deutschen Burschenschaft (DB) in Eisenach zum Anlass, nicht nur Kritik am derzeit umstrittensten Verbinder-Dachverband auf die Straße zu tragen, sondern auch um zu zeigen, dass antifaschistische Politik einer feministischen Perspektive und Praxis bedarf.

# Gegen alle Männerbünde!

**GASTBEITRAG VOM „BÜNDNIS GEGEN BURSCHENTAGE“**

Wie in jedem Jahr seit der Wiedervereinigung findet auch 2014 der Burschentag der DB am Wochenende nach Pfingsten in Eisenach statt.[1] Nach der großen Debatte um den „Arierparagraphen“ wird diesem Event vermehrte mediale Aufmerksamkeit geschenkt. Die Kritik bürgerlicher Medien, aber auch vieler antifaschistischer Akteur_innen, beschränkt sich, wenn überhaupt, auf das Aufzeigen von personellen Verbindungen zwischen den Burschen und neonazistischen Strukturen sowie den verbandsinternen Streitereien zwischen dem völkischen Flügel der Burschenschaftlichen Gemeinschaft (BG) und der gemäßigten „liberalen“ Initiative Burschenschaftliche Zukunft (IZB)[2]. Zu belegen, dass Burschen völkisch, rechts oder auch neonazistisch sind und damit ihre Brückenfunktion zwischen extremer Rechter und Konservatismus zu verdeutlichen, ist richtig und wichtig, finden sie hier doch Netzwerke, Mittel und Wege für ihre Politik. Insbesondere die DB kann nach ihrem „Selbstreinigungsprozess“ der letzten Jahre, in dem der Großteil der nationalkonservativen Bünde ausgetreten und die offen völkischen und faschistischen verblieben sind, sehr gut in die rechte Ecke gestellt werden. Doch die Kritik an Verbindern allgemein und Burschen im Besonderen kann sich nicht nur auf den Neonazismusbeleg beschränken, da man nur einen Teil der Verbinder damit wirklich trifft und die gesamtgesellschaftliche Bedeutung dieser besonderen Art männlicher Seilschaften — der Männerbund — nicht erfasst wird. Für eine umfassende Kritik bedarf es einer differenzierten Analyse des politischen Spektrums und vor allem eins — einer feministischen Perspektive.

**Burschenschaft, Nation und Patriarchat**

Die Rituale, Werte und das Auftreten der Verbinder wirken seltsam bis komisch und nicht mehr zeitgemäß. Ihre gesellschaftliche Bedeutung in der heutigen Zeit darf — außerhalb von den beschaulichen Unistädten — zu Recht bezweifelt werden. Und dennoch lassen sich an ihnen mal mehr und mal weniger überzeichnet die Kennzeichen der patriarchalen Normalität ablesen — sie sind eine Zuspitzung dessen, worauf die bürgerliche Gesellschaft auch heute noch im Kern ideologisch und historisch fußt. Auch wenn sich gesamtgesellschaftlich die Rollenvorstellungen und Lebensentwürfe aufgrund emanzipatorischer Bewegungen und veränderter kapitalistischer Produktionsverhältnisse stark vervielfältigt haben, bleiben die Kernelemente der patriarchalen Gesellschaft in der Organisation der Burschenschaften erhalten. Seit der Gründung der Urburschenschaft in Jena 1815 haben sich die Burschenschaften als reine Männerbünde organisiert. Es geht dabei nicht nur um den generellen Ausschluss von Frauen, sondern weitergehend um die Voraussetzungen und Konsequenzen dieser Organisationspraxis. Männer kontrollieren die öffentliche Sphäre, während Frauen die Verantwortung über die private Sphäre, die Familie und die Reproduktion, inne haben. Innerhalb der öffentlichen Sphäre organisieren sich die Männer untereinander im Männerbund. Die männliche Freundschaft, die von den Burschenschaftern so oft beschworen und im Lebensbundprinzip verstetigt wird, ist dabei nationalistisch ausgerichtet und stets darauf bedacht, den Vorwurf der Homosexualität auszumerzen. Die Emotionen, die in der rein männlichen Gemeinschaft entstehen, werden auf „Volk und Vaterland“ projiziert. Das Leitbild der Männlichkeit wird durch die starke Hierarchie und disziplinierende Rituale wie die Mensur, also das studentische Fechten und die durchstrukturierten Trinkrituale eingeübt. Das, was sie sich mühsam abtrainieren, verachten sie an anderen. Vermeintlich unmännliches Verhalten wird als „weiblich“ und „schwul“ abgewertet. Es gilt, Härte gegen sich und Härte gegen andere zu üben, statt sich mit Empathie und Solidarität zu begegnen. Wie sehr sich die Burschen in ihrer Männlichkeit bedroht sehen, zeigt das Gewettere gegen Gender-Mainstreaming und die Angst um das Aussterben der „Volksgemeinschaft“. Die Vorstellungen von Volk, Staat und Nation sind unweigerlich mit dem Leben im Männerbund und damit mit dem Geschlechterverhältnis verbunden. Ohne die

Einbeziehung feministischer Analysen übersieht man diese Verschränktheit von völkischem Nationalismus und Geschlecht.[3]

### Feministische Gesellschaftskritik statt Männerklüngel

Das „Bündnis gegen Burschentage" versucht nicht nur inhaltlich, sondern auch in der Praxis die antifaschistische und die feministische Perspektive zu vereinen. Für die Bündnisgruppen, die zum größten Teil gemischtgeschlechtlich organisiert sind, bedeutet das eine stete Reflektion unter Einbezug der Kategorie Geschlecht. Unsere öffentlichen Auftritte wie Diskussions- und Mobiveranstaltungen, aber auch unsere Demonstrationsreihen sollen nicht männlich dominiert sein. Das bedeutet im Umkehrschluss keine reine Quotierung, dass die Frauen* doppelte Arbeit leisten oder Dinge tun, auf die sie keine Lust haben. Es geht dabei mehr um ein qualitatives Verständnis, das beinhaltet, dass wir Aufgaben auch mal nicht erfüllen oder an andere abgeben, wenn klar wird, dass die Kapazitäten dafür nicht reichen. Das schließt auch an unser Politikverständnis an. Die Arbeitsweise soll an Kapazitäten und Bedürfnissen orientiert sein und nicht dem Sachzwang unterstehen, etwas unbedingt erledigen zu müssen. Dabei muss das selbstverständliche Übernehmen von Aufgaben immer wieder hinterfragt werden, denn es passiert allzu häufig, dass aus einem politischen Leistungsanspruch die Bedürfnisse der Einzelnen hinten runterfallen, z.B. wenn ein Podium nur mit Männern* besetzt wird, weil ansonsten keine Kapazitäten vorhanden sind. Das beinhaltet Scheitern an den eigenen emanzipatorischen Ansprüchen und bedarf eines Umgangs damit, denn der politische Erfolgsdruck ist dauernd im Hinterkopf und kann zu Unzufriedenheit und Frustration führen. Das bedeutet nicht reinen „Emotalk", sondern eine kritische Auseinandersetzung mit sich und den anderen sowie sich zu fragen, wie es uns mit der Politik geht. Wir wollen Politik machen, die den Prioritäten und Interessen der Einzelnen entspricht und nicht nur die Dinge erledigen, die von außen an uns herangetragen werden.

Eine wichtige Grundlage unserer Politik ist Empathie, das heißt, nachzuvollziehen warum sich jemand wie verhält, darin den eigenen Standpunkt klar zu machen, Kritik zu formulieren und gemeinsam eine differenzierte Position zu entwickeln. Wir halten es für wichtig, auch bei Diskussionen emotionale Ebenen miteinzubeziehen und uns nicht nur auf einer vermeintlich objektiven und rationalen Basis auszutauschen. Wir führen uns immer wieder vor Augen, dass wir nicht außerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse stehen. Mackertum und Sexismus werden auch in der linken Szene ständig, sowohl nach innen als auch nach außen reproduziert. Deshalb ist eine stete Reflektion unserer Praxis unabdingbar. Das beinhaltet nicht nur inhaltliche Diskussionen über die Standpunkte die wir nach außen tragen, sondern auch eine interne Auseinandersetzung und ein Infragestellen unseres Verhaltens und Umgangs miteinander. So versuchen wir die internen Hierarchien, ob durch gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse, Wissen, Erfahrung oder Selbstbewusstsein, abzubauen und den Druck, sich politisch zu beweisen, herauszunehmen. Dadurch ist mehr Raum zum Ansprechen von Unwohlsein vorhanden. Nicht jede_r muss zu allem bereit sein und es ist völlig legitim, wenn Angst oder Zweifel zu bestimmten Dingen vorhanden sind (z.B. einen Text schreiben, erste Reihe auf einer Demonstration stellen oder einen Vortrag halten).

Nur so halten wir es für möglich, eine feministische Theorie und Praxis, die wir als unabdingbar erachten, in antifaschistische Politik zu tragen. Dazu gehört auch bei einer kritischen Analyse von DB-Burschenschaften nicht nur den Neonazismusbeleg in den Mittelpunkt der Analyse zu stellen, sondern auch die problematische Organisierung im Männerbund an sich zu kritisieren und das darin enthaltene Geschlechterverhältnis sichtbar zu machen. •



1 Gegenmobilisierung unter http://gegenburschentage.blogsport.de/2014/04/02/aufruf-2014-es-geht-wieder-los-2/

2 Ziel der Initiative ist es, „die Burschenschaft [...] von jeglichen extremistischen oder rassistischen Positionen an den politischen und ideologischen Rändern fern zu halten", sie bezieht sich jedoch gleichzeitig auf den „volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff und zum deutschen Vaterland als geistig-kulturelle Heimat des deutschen Volkes", der bereits 1996 die DB spaltete und im Prinzip am ius sangius (deutsch ist, wer deutsche Eltern hat) festhält. Vgl. Gründungspapier der IBZ http://stuttgarter-initiative.de/wp-content/uploads/2012/03/2012-03-03-IBZ-Gr%C3%BCndungsurkunde-scan.pdf

3 Näheres zu unseren Analysen in unserer Zeitung http://gegenburschentage.blogsport.de/material

**RASSISMUS**

Im Juni 2013 wurden verschiedene Rechtsakte vom Europäischen Rat (7. Juni) und Parlament (12. Juni) beschlossen, darunter die neue Dublin-Verordnung. Sie ersetzt die bestehende Dublin-II-Verordnung. Wie ihre Vorgängerin regelt sie die Zuständigkeit zwischen den Mitgliedstaaten für Asylverfahren. Statt eines Systemwechsels bleibt es hier beim Alten: Zuständig sind primär die EU-Randstaaten, wo Asylsuchende erstmals EU-Territorium erreichen. In Details konnten Verbesserungen erreicht werden.

# EU-Asylrechtspolitik

## Neue Dublin-Verordnung: Kein Systemwechsel in Sicht

**VON MAREI PELZER**

Im Zentrum der Auseinandersetzung stand der Vorschlag der Kommission, eine Aussetzungsklausel für Überstellungen in die neue Verordnung aufzunehmen. Mit dieser Klausel wollte die Kommission ein Instrument einführen, mit dem auf Krisensituationen, wie sie seit 2007 für Griechenland offensichtlich sind, reagiert werden kann. Die Klausel sollte erlauben, Überstellungen in einen Mitgliedstaat für — zunächst — ein halbes Jahr auszusetzen, wenn dort das Asylsystem zusammengebrochen und für Asylsuchende kein ausreichender Schutz zu finden ist. Dieser Vorschlag wurde im Lauf der Verhandlungen sehr intensiv diskutiert. Allerdings wurde er im Rat dermaßen von mächtigen Mitgliedstaaten bekämpft, dass er schließlich zurückgezogen worden ist. Stattdessen hat man sich auf ein eher unverbindliches sogenanntes Frühwarnsystem geeinigt.

### Anwendungsbereich (Artikel 1)

Der Anwendungsbereich der Verordnung ist deutlich ausgeweitet worden. Bisher war sie nur anwendbar, wenn ein Antrag auf Asyl gestellt worden war. Künftig wird sie auch dann anwendbar sein, wenn ein Antrag auf subsidiären Schutz gestellt wird. (Anm. d. Red.: Subsidiärer Schutz gilt in Fällen schwerwiegender Gefahren für Freiheit, Leib oder Leben, bei denen das Asylrecht nicht greift.) Die Möglichkeit, der Anwendung des Dublin-Verfahrens zu entgehen, indem der Antrag auf subsidiären Schutz reduziert wird, ist damit künftig ausgeschlossen.

### Überstellungsverbot bei systemischen Mängeln (Absatz 2)

In Umsetzung der Entscheidung des EuGH (Europäischer Gerichtshof) in Luxemburg vom 21. Dezember 2011 wird ausdrücklich geregelt, dass keine Überstellung in einen Mitgliedstaat erfolgen darf, wenn den Asylsuchenden dort Menschenrechtsverletzungen drohen. Vorausgesetzt wird konkret, dass in einem anderen Mitgliedstaat das Asylverfahren und die Aufnahmebedingungen systemische Mängel aufweisen, die eine Gefahr der unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung im Sinne des Artikels 4 der EU-Grundrechtecharta mit sich bringen.

### Recht auf Information (Artikel 4)

Neu geregelt werden bestimmte Verfahrensrechte, deren Nichtbeachtung in der Vergangenheit zu großen Problemen in der Praxis geführt hat. Zum Beispiel werden Asylsuchende regelmäßig nur unzureichend informiert. In der Neufassung der Verordnung ist vorgesehen, dass der Asylsuchende einen Anspruch auf Information hat, sobald der Antrag auf Schutz gestellt worden ist. Dabei soll umfassend über das Dublin-Verfahren, dessen Kriterien und weitere Aspekte informiert werden.

### Persönliches Gespräch (Artikel 5)

Garantiert ist ebenso die Durchführung eines persönlichen Gesprächs — also eine Anhörung zu Aspekten des Dublin-Verfahrens. Diese Anhörung hat zeitnah zu erfolgen. Für Deutschland stellt diese Regelung eine Verbesserung dar. Bisher entfiel eine solche Anhörung vollständig, wenn sich Asylsuchende in Haft befanden. Fand eine Anhörung statt, so in der Regel nicht mit dem Ziel, einer umfassenden Aufklärung zu möglichen Gründen, warum eine andere Zuständigkeit, etwa aus humanitären Gründen, als die des Einreisestaates vorliegen könnte.

### Garantien für Minderjährige (Artikel 6)

Ein wichtiges Ziel der Kommission war es, den Schutz von Minderjährigen zu stärken. In den Erwägungsgründen wird hervorgehoben, dass bei der Anwendung der Verordnung durch die Mitgliedstaaten das Wohl des Kindes im Einklang mit der UN-Kinderrechtskonvention und mit der Grundrechte-Charta zu gewährleisten ist (Erwägungsgrund 13). Dementsprechend legt Artikel 6 der Verordnung fest, dass das

Kindeswohl in allen Verfahren nach dieser Verordnung vorrangig sein soll. Weiter ist geregelt, dass unbegleitete Minderjährige von einer/m Vertreter_in vertreten oder unterstützt werden. Die/der Vertreter_in muss dabei über eine entsprechende Qualifikation und Fachkenntnisse verfügen. Zugleich wird das Recht der Vertreter_in auf Akteneinsicht garantiert. Die neue Verordnung greift auf, dass allein in der Europäischen Union umherirrende Minderjährige oft zu wenig dabei unterstützt werden, in anderen Mitgliedstaaten befindliche Verwandte zu erreichen. Um die Minderjährigen besser zu unterstützen, schreibt die Verordnung vor, dass die Mitgliedstaaten eng miteinander kooperieren und der Möglichkeit der Familienzusammenführung gebührend Rechnung tragen. Der Mitgliedstaat soll zu diesem Zwecke Ermittlungen anstellen. Ausdrücklich ermuntert die Verordnung dazu, auch die Suchdienste von internationalen Organisationen in Anspruch zu nehmen.



**Zustellung des Zuständigkeitsbescheides (Artikel 26)**

Die Zuständigkeitsentscheidung muss den Betroffenen künftig verpflichtend zugestellt werden. Auch dies war in Deutschland nicht immer der Fall. In der Regel wurde der Bescheid erst am Tag der Abschiebung überreicht, sodass Rechtsmittel kaum noch möglich waren. Handelte es sich um Fälle, in denen Asylsuchende im grenznahen Raum aufgegriffen worden waren, so wurde ihnen bei Abschiebungen in der Regel, abgesehen von der sofortigen Zurückweisung, kein eigener Zuständigkeitsbescheid ausgehändigt. Diese Praxis wird in Zukunft nicht mehr zulässig sein.

**Rechtsmittel (Artikel 27)**

Die neue Verordnung regelt erstmals die Garantie für einen einstweiligen Rechtsschutz. Jede_r Asylbewerber_in hat das Recht auf ein wirksames Rechtsmittel. Dabei wird es den Mitgliedstaaten überlassen, zwischen drei Varianten von unterschiedlich stark ausgestalteten Rechtsmitteln zu wählen. Die beste Option wäre eine automatische Aussetzung der Überstellung, solange noch nicht rechtskräftig über alle Rechtsmittel entschieden worden ist. Die schwarz-gelbe Koalition hat sich bereits im Vorgriff auf die neue Verordnung für die schwächste Variante des Rechtsschutzes entschieden: Innerhalb von einer Woche nach Zustellung des Dublin-Bescheides muss die/der Asylbewerber_in einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht stellen, um zu erreichen, dass das Gericht prüft, ob die Abschiebung einstweilig auszusetzen ist. Dies stellt für die deutsche Situation einen großen Fortschritt dar, der erst unter dem Zwang des neuen Unionsrechtes in Deutschland durchgesetzt werden konnte.

**Inhaftierung (Artikel 28)**

Es wird ein neuer Haftgrund für Dublin-Verfahren eingeführt für den Fall, dass eine „erhebliche Fluchtgefahr" besteht. Es muss allerdings eine Einzelfallprüfung vorgenommen werden und die Haft muss verhältnismäßig und so kurz wie möglich sein. Wird während des Dublin-Verfahrens inhaftiert, so verkürzen sich die Fristen zur Durchführung des Dublin-Verfahrens. Der ersuchende Staat muss innerhalb eines Monats das Übernahmeersuchen stellen, der ersuchte Staat muss innerhalb von zwei Wochen antworten, sonst gilt, „Wer schweigt, stimmt zu". PRO ASYL befürchtet, dass die Mitgliedstaaten im Zentrum der EU das beschleunigte Verfahren für inhaftierte „Dubliners" als Einladung ansehen, noch schneller und häufiger zu inhaftieren.

**Der gläserne Flüchtling**

Grundlage für die Wirksamkeit der Dublin-Verordnung ist die zentrale Fingerabdruckdatei Eurodac. In ihr sollen alle neu einreisenden Flüchtlinge erfasst werden. Auch diese Verordnung wurde neu geregelt. Mit der Neufassung sollen nun auch Polizei und andere Sicherheitsbehörden Zugriff auf diese Datenbank haben. So werden Flüchtlinge unter Generalverdacht gestellt. Datenschutzrechtlich ein Skandal. •

**ÜBER DIE AUTORIN:**
Marei Pelzer ist juristische Referentin bei PRO ASYL, Frankfurt/Main. Gekürzte Fassung aus: Der Schlepper Nr. 65/66 — Gemeinsames Heft der Flüchtlingsräte — August 2013, S. 38ff.

Foto: Recuerdos de Pandora (CC BY-SA 2.0)

GESCHICHTE

# „Der Krieg sei uns heilig"

## Zur Entfesselung des Ersten Weltkrieges im Sommer 1914

VON REINER ZILKENAT

„Bevor sich ein Gewitter unter Blitz und Donner entladet, spielen sich ganz bestimmte Vorgänge in der Atmosphäre ab. Die Elektrizitäten scheiden sich, und das Gewitter ist das Resultat einer atmosphärischen Spannung; ob wir diese Vorgänge an äußeren Zeichen erkennen oder nicht, ändert nichts an dem Faktum, dass die elektrische Spannung bestehen muss, bevor das Gewitter ausbricht. In den Palästen der Auswärtigen Ämter stand das politische Barometer seit Jahren auf Sturm. Es stieg teilweise, um neuerlich zu fallen, es schwankte, aber seit Jahren deutete alles darauf hin, dass der Weltfriede gefährdet sei."[1]

Mit diesen bildhaften Worten schilderte der ehemalige österreichisch-ungarische Außenminister Graf Czernin die Lage in Europa vor dem Sommer 1914. Und tatsächlich waren seit der Jahrhundertwende die Spannungen zwischen den imperialistischen Großmächten eskaliert. Vor allem schufen regional begrenzte Konflikte und Kriege die von Czernin angesprochene atmosphärische Spannung, die sich im August 1914 entladen sollte.

1908 hatte die Habsburgermonarchie völkerrechtswidrig Bosnien-Herzegowina annektiert. 1904/05 und 1911 konnte anlässlich der „Marokko-Krisen", als deren Ergebnis der französische Imperialismus seinen ökonomischen, politischen und militärischen Einfluss in Nordafrika erheblich auszudehnen vermochte, ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nur mit Mühe verhindert werden. 1912 und 1913 hatten sich auf dem Balkan das Osmanische Reich, Serbien, Bulgarien, Griechenland, Montenegro und Rumänien blutige Schlachten geliefert. Das Resultat bestand in einer instabilen politischen Lage im Südosten Europas, wo die regionalen Mächte auch weiterhin die Veränderung des territorialen Status quo zum jeweils eigenen Nutzen anstrebten. Es kam hinzu, dass Österreich-Ungarn danach strebte, in absehbarer Zeit die „Südslawen" in die Habsburgermonarchie einzuverleiben und dabei Serbien zu zerschlagen. Das wiederum rief Russland auf den Plan, dessen herrschende Eliten sich als „Schutzmacht" aller slawischen Völker, und damit auch Serbiens, verstanden. Und Deutschland?

Bei alledem ist zu beachten, dass die Politik des deutschen Imperialismus in jenen Jahren zum größten internationalen Gefahrenherd avanciert war. Seit 1897/98 hatte ein maritimes Wettrüsten mit England begonnen, das auf beiden Seiten bisher nicht gekannte finanzielle Mittel verschlang und als offene Kampfansage des Deutschen Kaiserreiches gegenüber der etablierten Weltmacht England interpretiert werden muss. In der bürgerlichen Presse, innerhalb der Generalität, in der Umgebung Kaiser Wilhelms II., bei Exponenten des Großkapitals sowie bei den „nationalen" Verbänden und Parteien wurde ein bevorstehender Weltenbrand als unausweichlich angesehen. Nicht das „ob", sondern nur noch das „wann" und das „wie" standen zur Debatte.

Eine wesentliche Rolle spielte dabei der 1891 gegründete Alldeutsche Verband. Zwar war er mit etwa 40.000 Mitgliedern keine Massenorganisation, dafür reichte sein Einfluss bis in die Vorstandsetagen großer Konzerne, in die Redaktionsstuben bürgerlicher Gazetten, die Hörsäle der Universitäten und in die Kanzleien der Ministerien. Zu seinen Gründern zählten Alfred Hugenberg, von 1909 bis 1918 Vorsitzender des Direktoriums der Firma Krupp und Emil Kirdorf, Generaldirektor der Gelsenkirchner Bergwerks AG, des größten Bergwerksunternehmens in Deutschland. Der Alldeutsche Verband propagierte von Beginn an die zielgerichtete Vorbereitung eines deutschen Angriffskrieges sowie die Errichtung einer autoritären Diktatur im Innern.

Unzählige Flugblätter, Broschüren und Bücher überschwemmten das Land, zahllose Vorträge wurden organisiert, um die Errichtung eines territorial zusammenhängenden deutschen Kolonialreiches in Zentralafrika und die Herstellung der ökonomischen und politischen Hegemonie des deutschen Imperialismus in Mittel- und Südosteuropa, ja bis in den Nahen und Mittleren Osten hinein, zu fordern. Der Gedanke, dass es angeblich zum Nutzen aller Deutschen sei, „Weltpolitik" zu betreiben, und dass es sich bei ihr gleichsam um eine objektive Notwendigkeit handle, sollte im Denken der Bevölkerung verankert werden. So lesen wir in einer 1898 vertriebenen Flugschrift des Verbandes: „Man hält eine deutsche Weltpolitik für einen Traum deutscher Schwärmer, für das Gegenteil der sog. nüchternen Realpolitik. Und dabei ahnt man gar nicht, dass wir bereits in der Weltpolitik mitten drin stehen und dass es sich für uns gar nicht mehr darum handelt, ob wir Weltpolitik betreiben wollen oder nicht. (...) Ohne, dass wir es gemerkt haben, ist auch das Deutsche Reich über die Maße einer europäischen Großmacht zu einer Weltmacht hinausgewachsen. Es handelt sich nur darum, ob Deutschland in der Weltwirtschaft und im Konzert der Weltmächte eine passive oder eine aktive Rolle spielen soll."[2] Der seit 1908 amtierende Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, formulierte in seinem 1912 erstmals unter Pseudonym erschienenen Buch „Wenn ich der Kaiser wär" ganz unverblümt die zu erwartenden „positiven" Folgen eines Krieges für den geistigen und moralischen Zustand des deutschen Volkes: „Der Krieg sei uns heilig, wie das läuternde Schicksal; wie dieses das Leben des einzelnen oder eines Geschlechtes bessern kann oder vernichten, so denke man sich den Krieg und glaube daran, dass nur der im Sinne der Ewigkeit Schlechte und Unbrauchbare unterliegen wird. Heilig sei uns der Krieg, wie das läuternde Schicksal, denn er wird alles Große und Opferbereite, also Selbstlose wecken in unserem Volke und seine Seele reinigen von den Schlacken der selbstischen Kleinheit. Wert sei er uns als der Prüfstein der Kraft und Tüchtigkeit und aller männlichen Tugenden. Willkommen sei er uns als der Arzt unserer Seelen, der mit stärksten Mitteln uns heilen wird."[3]

Zur gleichen Zeit erschien aus der Feder des Generals Friedrich von Bernhardi ein Buch mit dem Titel „Deutschland und der nächste Krieg", das wegen der offen genannten Ziele eines von Deutschland zu provozierenden Krieges im In- und Ausland erhebliches Aufsehen erregte. Bernhardi schreibt über die zu realisierenden Kriegsziele: „Auf die eine oder andere Weise muss mit Frankreich abgerechnet werden, wenn wir Armfreiheit für unsere Weltpolitik gewinnen wollen. Das ist die erste und unbedingte Forderung einer gesunden deutschen Politik, und da die französische Politik auf friedlichem Wege ein für allemal nicht zu beseitigen ist, muss es eben durch Waffengewalt geschehen. Frankreich muss so völlig niedergeworfen werden, dass es uns nie wieder in den Weg treten kann." Der General der Kavallerie rät in aller Offenheit zum Präventivkrieg: Man müsse sich dessen bewusst sein, „dass wir den Krieg um unsere Weltstellung unter keinen Umständen vermeiden können und dass es keineswegs darauf ankommt, ihn möglichst lange hinauszuschieben, sondern vielmehr darauf, ihn unter möglichst günstigen Bedingungen herbeizuführen."[4]

Neben den politischen und militärischen Gesichtspunkten, die bei der Analyse der deutschen Politik vor 1914 von Wichtigkeit sind, müssen die ökonomischen Interessen des deutschen Imperialismus seit der Jahrhundertwende in den Blick genommen werden. In den Jahren vor der Entfesselung des Ersten Weltkrieges hat der Export deutscher Waren und deutschen Kapitals einen gewaltigen Aufschwung genommen. Deutsche Banken sind zu einer ernsthaften Konkurrenz der Kreditinstitute aus England und Frankreich geworden. Sie finanzieren

nicht nur Projekte deutscher Unternehmen im Ausland, sondern tragen durch den Aufkauf von Anleihen auch zur Finanzierung von Staaten bei. Besonders spektakulär war die Finanzierung der „Bagdad-Bahn", eines sehr ambitionierten Infrastruktur-Projektes, das Deutschland mit den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens verbinden sollte. Hier hatte in einem internationalen Bankenkonsortium die Deutsche Bank die Federführung. Es ging bei der Realisierung dieser insgesamt 3.300 Kilometer langen Bahnstrecke um die Verbindung von Konstantinopel mit Bagdad und schließlich Basra am Persischen Golf. Vor allem deutsche Unternehmen und Ingenieure planten und verwirklichten dieses bis dahin größte Infrastruktur-Projekt weltweit. Der deutsche Imperialismus wollte mit der Bagdad-Bahn vielfältige ökonomische, politische und militärische Ziele erreichen. So galt es, den dominierenden Einfluss Englands in dieser Region in Frage zu stellen, aber auch die hier geltend gemachten, strategischen Interessen des französischen Imperialismus und des Zarenreiches anzutasten, ferner den nach Südosteuropa und das Osmanische Reich florierenden Absatz deutscher Waren zu stimulieren und den immer wichtiger werdenden, strategischen Rohstoff Erdöl, dessen Erkundung und Förderung am Persischen Golf begonnen hatte, für die künftige Entwicklung der deutschen Ökonomie zu sichern. Deutsche Industriekonzerne und Banken, das Auswärtige Amt und der Generalstab arbeiteten dabei Hand in Hand.

Arthur Dix, einer der damals führenden Publizisten in Deutschland, schrieb am Vorabend des Ersten Weltkrieges über den „Drang nach Südosten" folgende Sätze: „Die eigenen Interessen des Reiches verweisen uns auf den europäischen Südosten; auf die gemeinsame Freihaltung der mitteleuropäischen, durch Vorderasien führenden Ausgänge nach dem Indischen Ozean hin; auf die wirtschaftliche Annäherung und wechselseitige Kräftigung der Lande zwischen Elbe und Euphrat; auf die Ergänzung unserer volkswirtschaftlichen Produktion durch die Produktion Südosteuropas und die zu entwickelnden vorderasiatischen Kulturen; auf den festen militär-politischen Zusammenhalt der Lande quer durch Mittel- und Südost-Europa in der Abwehr nach Ost und West." Dabei bekam auch das Projekt der Bagdad-Bahn seinen Sinn: „Beim gegenwärtigen Stand der Dinge erscheint daher Bagdad als der eigentliche Knotenpunkt der Kreuzung zweier Welten und Weltverkehrsgebiete."[5] Doch der deutsche Imperialismus beließ es nicht beim Kapital- und Warenexport, nicht bei der Konzipierung hoch fliegender Weltmachtpläne. Es ging um die Umsetzung dessen, was „nationale" Verbände wie der Alldeutsche Verband, der Deutsche Flotten-Verein, die Deutsche Kolonial-Gesellschaft, der Deutsche Wehrverein und die bürgerliche Journaille immer von neuem eingefordert hatten: eine günstige Gelegenheit beim Schopfe zu ergreifen, um den „großen Krieg" auszulösen.

Als im Juli 1914 eine Lage herangereift war, die es ermöglichte, gemeinsam mit dem Bündnispartner Österreich-Ungarn gegen Serbien und damit gegen Russland und das mit ihm verbündete Frankreich zu den Waffen zu greifen, wurde der Weltkrieg ausgelöst. Generalstabschef von Moltke d.J., Großadmiral Tirpitz, Kaiser Wilhelm II., die „Kriegspartei" unter den Diplomaten im Auswärtigen Amt und andere führende Vertreter der Herrschenden drängten jetzt

auf schnelles Handeln. Nach der Auffassung des Generalstabs bestünde künftig keine Chance mehr, Frankreich und Russland gemeinsam zu besiegen. Vor allem wegen der forcierten Aufrüstung des Zarenreiches und seines auf die schnelle Verlegung von Truppen an die Westgrenze ausgerichteten Ausbaus des Eisenbahnnetzes sei es in einigen Jahren unmöglich, zunächst die französische Armee in kurzer Frist zu besiegen und anschließend das noch nicht entfaltete Heer Russlands zu vernichten. Dieser Plan, nach dem verstorbenen Generalstabschef „Schlieffen-Plan" genannt, beinhaltete auch den Durchmarsch deutscher Truppen durch Belgien, dessen Neutralität Deutschland völkerrechtlich garantiert hatte. Dieser Durchmarsch war nach der militärischen „Logik" allerdings zwingend vonnöten, um die französische Armee „im Rücken" anzugreifen und zu besiegen. Allerdings bestand die Gefahr, dass England eine solche Verletzung des völkerrechtlichen Status der Belgier nicht anerkennen und auf Seiten Frankreichs in den Krieg eintreten könnte. Genau dies geschah am 4. August 1914.

Wofür zogen die deutschen Soldaten in den Krieg? Die Antwort liefern nicht die heuchlerischen Proklamationen des Kaisers und seiner Regierung, sondern das geheime „September-Programm" des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg vom 9. September 1914. Die Lektüre wird zum „déja vu"-Erlebnis! Da heißt es: „Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muss Frankreich geschwächt werden, dass es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Russland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden."[6] Dieses Programm, das in seinen weiteren Ausführungen z. B. detaillierte Vorschläge für Annexionen in Belgien und Frankreich enthielt, ist in seinen Grundzügen nicht von den zuvor propagierten Zielen zu unterscheiden, wie sie von den „nationalen" Verbänden und Autoren wie Friedrich v. Bernhardi und Arthur Dix formuliert und massenhaft verbreitet worden waren. Die Reichsleitung griff sie jetzt in ihren eigenen Kriegszielplanungen auf.

Der Fachwissenschaft wie der Öffentlichkeit wurden das „September-Programm" und die darauf folgenden Kriegsziel-Denkschriften, auch solche aus der Feder von Industrieverbänden und -vertretern wie Walther Rathenau, August Thyssen und Gustav Stresemann, erst seit 1961 bekannt. In diesem Jahr publizierte der Hamburger Historiker Fritz Fischer sein bis heute als Standardwerk anzusehendes Buch „Der Griff nach der Weltmacht"[7],in dem er die uferlosen Kriegszielplanungen des deutschen Imperialismus analysierte. In einem weiteren, 1969 veröffentlichten Buch, konnte er den Nachweis antreten, dass die auf die Entfesselung eines Krieges im Sommer 1914 ausgerichtete Politik der herrschenden Eliten seit längerem geplant war.[8] Mit der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand von Österreich und dem „Blankoscheck", der dem Verbündeten in Wien für jegliche Aktionen gegen Serbien freie Hand ließ, konnte der Mechanismus in Gang gesetzt werden, der jetzt mit Waffengewalt den Anspruch des deutschen Imperialismus realisieren sollte, zur Weltmacht aufzusteigen.

In weiteren Publikationen gelang es Fritz Fischer und seinen Schülern sowie Historikern aus der DDR[9] den Nachweis anzutreten, dass eine Linie der Kontinuität von der „Weltpolitik" des wilhelminischen Kaiserreiches bis zum Jahre 1945 führte.[10] Überschätzung der eigenen ökonomischen und militärischen Potenzen bei gleichzeitiger, zum Teil grotesk anmutender Unterschätzung der gegnerischen Kräfte, die Anschauung vom Angriffskrieg als eines legitimen Mittels der Politik, vollkommen illusionäre Ansichten über einen möglichen Sieg bis „fünf Minuten vor zwölf" — dies alles blieben Charakteristika der abenteuerlichen Politik der deutschen Variante des Imperialismus.

Die 1918 mit der Niederlage zwangsweise ad acta gelegten Kriegsziele wurden schließlich von den Hitlerfaschisten 1933 exhumiert und 1939 bzw. 1941 erneut zu realisieren versucht.

Dass es heute, in Zeiten der unmittelbaren Beteiligung der Bundeswehr an Kriegen u.a. im damaligen Jugoslawien und gegenwärtig in Afghanistan dringend nötig erscheint, die unseligen Erfahrungen des Kriegskurses des deutschen Imperialismus warnend in Erinnerung zu rufen, bedarf keiner Begründung. Leider hat seit neuestem, angesichts des bevorstehenden 100. Jahrestages des Ersten Weltkrieges, eine Welle geschichtsrevisionistischer Beiträge eingesetzt, die all das vergessen machen wollen. Von „schlafwandelnden" Staatsmännern ist die Rede, vom „Hineinschlittern" in den Krieg, von der gleich zu verteilenden Verantwortung aller Großmächte am Ersten Weltkrieg.[11]

Als Kommentar hierzu sei der damalige Reichskanzler Theobald v. Bethmann Hollweg aus einem Gespräch mit dem Reichstagsabgeordneten Conrad Haussmann vom 24. Februar 1918 zitiert: „Ja, Gott, in gewissem Sinne war es ein Präventivkrieg. Aber wenn der Krieg über uns hing, wenn er in zwei Jahren noch viel gefährlicher und unentrinnbarer gekommen wäre und wenn die Militärs sagen, jetzt ist es noch möglich, ohne zu unterliegen, in zwei Jahren nicht mehr! Ja, die Militärs!"[12]

Das Geheimnis, wie Kriege gemacht werden, lässt sich am Beispiel des Ersten Weltkrieges gut entschlüsseln. Seine Vorgeschichte und die Mechanismen seiner Entfesselung im Juli und August 1914 bleiben unvermindert aktuell. •

**1** Ottokar Czernin: Im Weltkriege, Berlin u. Wien 1919, S. 5. **2** Hasse als Politiker. Hrsg. von der Wahlvereinigung zur Wiederwahl des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes Hasse in den Reichstag 1898, Leipzig 1898, S. 20, in: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 8048/369. **3** Daniel Frymann: Wenn ich der Kaiser wär' — Wahrheiten und Notwendigkeiten, 5., erweit. Aufl., Leipzig 1914, S. 182f. **4** Friedrich v. Bernhardi: Deutschland und der nächste Krieg, Stuttgart u. Berlin 1912, S. 114, 115, 119 u. 121. **5** Arthur Dix: Deutscher Imperialismus, 2. Aufl., Berlin 1914, S. 21 u. 53. **6** Zitiert nach Dokumente zur deutschen Geschichte 1914—1917. Hrsg. von Dieter Fricke, bearbeitet von Willibald Gutsche, Berlin 1975, S. 43. **7** Siehe Fritz Fischer: Der Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961. **8** Siehe derselbe: Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik 1911—1914, Düsseldorf 1969. **9** Siehe Deutschland im ersten Weltkrieg. Hrsg. von Fritz Klein u.a., Berlin 1969ff., 3 Bände. **10** Siehe Fritz Fischer: Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871—1945, Düsseldorf 1979. **11** Siehe Reiner Zilkenat: Ein Krieg — „ganz aus versehen"? Von schlafwandelnden Staatsmännern und Militärs im Sommer 1914, in: Rundbrief, hrsg. von der Bundesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus der Partei DIE LINKE, H. 1/2014, S. 32ff. **12** Zitiert nach Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 85.

**REPRESSION**

Für die Rote Hilfe Zeitung sprach die Ortsgruppe Frankfurt/Main mit Panos Papageorgio. Er ist Rechtsanwalt aus Athen und vertritt einen der 15 nach einer Motorraddemonstration in Athen Angeklagten.

# „Die Polizisten spuckten, schlugen und traten auf die Gefangenen ein"

## Polizeiliche Mißhandlungen und deren Vertuschung nach einer antifaschistischen Demonstration in Athen

***Erzähl uns bitte etwas zum Hintergrund.***

Ende September 2012 startete eine antifaschistische Motorraddemonstration vom zentraten Platz in Exarchia, einem linken Stadtteil in Athen. Sie führte durch das Zentrum Athens in einige Gebiete, wo es einen hohen Migrant_innenanteil wie auch große Unterstützung für die Neonaziorganisation „Goldene Morgenröte" (Chrysi Avgi) gibt. Unterwegs wurden im großen Stile Poster geklebt und Flyer verteilt. Am Platz Agios Panteleimon, einer Gegend mit vielen Neonaziübergriffen, wurde die Demo von der Polizei angegriffen. Vorangegangen war die Attacke auf das Ende der Demo durch zwei so bezeichnete „normale Bürger", welche jedoch Faschisten waren. Diese wurden zurückgedrängt, an ihrer Stelle griff nun die Polizei die Demo mit Schockgranaten und Tränengas an. Es kam zu kleineren Auseinandersetzungen, als die Demonstrierenden versuchten, sich zu wehren. Die Demo wurde zunehmend von Motorradpolizisten in eine Art Spalier genommen und versuchte dann, wieder zurück nach Exarchia zu kommen. Währenddessen kam es immer wieder zu Attacken und Auseinandersetzungen, bei denen insgesamt 15 Leute festgenomen wurden, 13 Männer und zwei Frauen. Diese wurden alle ins Polizelhauptquartier in der Alexandras-Straße verbracht. Dies geschah etwa zwischen 19 und 20 Uhr. Die Festgenommenen blieben die ganze Nacht und noch einen Teil des folgenden Tages ohne Kontakt inhaftiert, bis sie am Nachmittag des nächsten Tages erstmals einem Haftrichter vorgeführt wurden. Wir Anwälte haben sie das erste Mal so gegen 15 Uhr am Folgetag gesehen, dem Staatsanwalt wurden sie dann gegen 17 oder 18 Uhr vorgeführt. Das heißt, sie befanden sich die ganze Nacht in der so genannten „besonderen Behandlung" der Polizei.

***Kannst du diese „besondere Behandlung" beschreiben?***

Okay, ich werde erzählen, was geschah: Während dieser Zeit wurde den Festgenommenen durchgehend erzählt, die „normalen Bürger", welche sich später als Mitglieder von Chrysi Avgi herausstellten, seien schwer verletzt und würden sterben. Dies stimmte natürlich nicht. Die Gefangenen wurden nicht in Zellen verbracht, sondern alle zusammen in einem Korridor des Zellentrakts festgehalten. Zwischen ihnen liefen die ganze Zeit Polizisten herum und schlugen und traten je nach Belieben auf die Festgenommen ein. Sie wurden mit Feuerzeugen verbrannt. Die Polizisten taten viele Dinge. Einer der Mandanten wurde während der Festnahme von einem Taser getroffen, welche die griechische Polizei offiziell gar nicht hat. Einige der Festgenommenen waren ebenfalls verletzt und wurden durchgehend ohne medizinische Behandlung gelassen. Die Frauen wurden mehrfach sexistisch beleidigt. Die Polizisten schalteten mehrfach die Klimaanlage voll auf Heizen oder Kühlen und hinderten die Festgenommenen daran, zu schlafen. Sie leuchteten ihnen immer wieder mit Taschenlampen und Laserpointern in die Augen, während sie das Licht ausschalteten und verkündeten „Jetzt wird Disko gemacht". Natürlich gab es während der ganzen Prozedur keine Nahrung oder Wasser. All dies wurde durch die Delta-Motorradpolizisten gemacht, welche die Festnahmen durchgeführt hatten, und von denen einige auch während der Auseinandersetzungen verletzt wurden. Sie schlugen und traten auch die Verletzten. Sie machten Fotos mit ihren Handykameras und sagten, dass sie nun die Gesichter und Adressen der Genossen hätten und diese ihren Freunden bei den Neonazis geben würden, die sich um alles Weitere kümmern würden. Dass sie nicht nach Hause kämen und nicht mehr alleine schlafen würden. Die Polizisten spuckten auf die Gefangenen und warfen mit Asche und Kippen nach ihnen. Meistens wurde ihnen der Toilettengang verweigert, und wenn er zugelassen wurde, dann mussten die Gefangenen durch eine Traube von Polizisten, welche dann auf sie einschlugen oder ihnen Beine stellten. Es wurden keine Polizistinnen für die Durchsuchung der weiblichen Festgenommenen gerufen. All dies geschah, während die Offiziere und höheren Beamten in ihrem Büro

saßen und taten, als hätten sie nichts bemerkt. Am nächsten Morgen kamen dann die „Zeugen“ und verkündeten, sie hätten einige der Festgenommenen wiedererkannt, diese hätten sie geschlagen. Während der ganzen Zeit wurde den Betroffenen nicht gesagt, warum sie angezeigt oder angeklagt seien, geschweige denn, dass sie Anwälte informieren durften.

*Was passierte dann?*

Am Nachmittag schließlich durfte dann eine Gruppe von Anwälten, darunter auch ich, die Gefangenen sehen und die ersten Papiere sichten. Die Gefangenen wurden dem Staatsanwalt vorgeführt, der beschloss, sie eines Verbrechens anzuklagen: ungefähr Erregung öffentlichen Ärgers, Körperverletzung und Sachbeschädigung. All diese Anklagen fallen unter das so genannte „hood Law“, welches Delikte automatisch auf das Level eines Verbrechens hebt, wenn diese vermummt begangen werden, mit allen Konsequenzen, was Strafmaß und Möglichkeit der U-Haft angeht. Aber wie sollen die Gefangenen denn durch die Zeugen erkannt worden sein, wenn sie angeblich vermummt waren? Tja, das ist eine der Merkwürdigkeiten oder Unmöglichkeiten der Zeugen in diesem Fall. Doch dazu kann ich gleich mehr sagen. Alle 15 wurden nun einem speziellen Ermitttlungsrichter vorgeführt, der den Fall übernommen hat, da sie ja nun eines Verbrechens angeklagt wurden. Insbesondere besteht hier die Gefahr der U-Haft, welche laut Gesetz bis zu 18 Monate dauern kann, und wie wir im Fall Kostas Sakkas gesehen haben, auch noch bedeutend länger. Dieser Ermittungsrichter gab uns zwei weitere Tage, um unsere Verteidigung vorzubereiten und vorzutragen. In dieser Zeit blieben die Festgenommenen im Polizeihauptquartier. Bei der anschließenden Anhörung waren sich Staatsanwalt und Ermittlungsrichter uneins, ob sie nun freigelassen werden sollten oder weiter inhaftiert bleiben. So wurde das Ganze an den Präsidenten des Gerichts weitergeleitet, der dann die Freilassung verfügte. So blieben sie insgesamt fünf Tage in Haft. Die Kaution wurde auf 3.000 Euro pro Person festgelegt und es wurden strenge Auflagen wie regelmäßiges Melden erlassen. Zu dieser Zeit war sehr merkwürdig, dass im Grunde gleichzeitig Mitglieder und Parlamentsangehörige von Chrysi Avgi öffentlich vor laufender Kamera Migrant_innen und ihre Marktstände angriffen und Straftaten begingen. Dies interessierte jedoch niemanden — also griffen einerseits Neonazis ungestört Immigrant_innen an, während gleichzeitig Antifaschist_innen wegen ihres Engagements in Haft saßen.

Solidaritätstransparent für die Verhafteten der antifaschistischen Motorrad-Demonstration in Athen

*Wie habt ihr darauf reagiert?*

Wir als Anwälte haben am nächsten Tag bei der zuständigen Stelle eine Anzeige gegen die Polizei und die Beamten gestellt, die dafür verantwortlich waren. Wir haben Ermittlungen wegen Folter und Verstößen gegen die Menschenrechte angeregt. Alle solchen Handlungen von Polizisten waren in der Vergangenheit durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) als Folter und Verstoß gegen die Menschenwürde anerkannt worden. Der Minister für die öffentliche Ordnung erklärte aber, dass nichts passiert sei und wir lügen würden. Jedoch schrieb dann die britische Zeitung The Guardian darüber, woraufhin auch griechische Medien berichteten.

*Ist weiter was passiert?*

Unsere Anzeige landete bei der Abteilung für innere Angelegenheiten der Polizei. Dort wäre sie sicherlich auch einfach geblieben, wenn nicht der bekannte Hip-Hop-Musiker und Antifa-Aktivist Pavlos Fyssas durch Neonazis ermordet worden wäre und daraufhin eine größere öffentliche Debatte begonnen hätte. Um sich selbst als antifaschistisch darzustellen, untersuchte der Staat nun auch einige der eigenen Verwicklungen. Im Rahmen der Affäre kamen massenweise Verstrickungen und Verbindungen zwischen Neonazis und Polizei ans Licht. Jedenfalls bekamen direkt nach Pavlos' Tod alle 15 im September Festgenommenen plötzlich Vorladungen zur Polizei und sollten die Polizisten identifizieren, die sie misshandelt hatten. Dies alles nach über einem Jahr, jedoch ist es in einigen Fällen gelungen, die folternden Beamten zu identifizieren.

*Glaubst du, dass eure Intervention Erfolg haben wird?*

Schwer zu sagen. Die Abteilung für Inneres hat jetzt die Namen der Polizisten. Nach dem Mord an Pavlos Fyssas musste der Staat gegen die zu offensichtlichen Verstrickungen mit den Neonazis vorgehen. Im Zuge dessen bekam unser Fall eine „neue“ Dimension. Wir haben diese Verstrickungen jedoch schon vor einem Jahr erklärt und belegt. Damals war es jedoch noch kein so großes Thema. Wir werden sehen, wie jetzt die weiteren Reaktionen sind.

*Kannst du noch etwas über die Solidaritätsarbeit und Unterstützung sagen, die ihr erfahren habt?*

Es kam zu großen Solidaritätsaktionen. Schließlich mussten wir 45.000 Euro Kaution auftreiben. Es wurde beispielsweise ein riesiges Solidaritätskonzert in einem größeren Stadion organisiert, das so gut besucht war, dass noch tausende Leute draußen auf den Straßen standen. Das war wirklich bewundernswert, wie viele da gekommen sind. Auch kam es im ganzen Land und darüber hinaus zu Soliaktionen, so dass wir das Geld innerhalb weniger Tage zusammen hatten. Was ich nochmal betonen möchte ist, dass die zwei vermeintlichen „normalen Bürger“ definitiv Neonazis waren, einer von ihnen wurde mittlerweile rechtskräftig wegen diverser Angriffe auf Migrant_innen und ihre Geschäfte in der Gegend von Agios Panteleimon verurteilt.

*Vielen Dank für das Interview.* •

**UKRAINE**

Für ukrainische Regierungsgegner ist es eine ausgemachte Sache, dass mit dem Brand im Gewerkschaftshaus von Odessa die Bewegung für Föderalisierung in der Süd-Ukraine eingeschüchtert werden sollte.

# „Wir lassen euch nicht lebend raus"

**GASTBEITRAG VON ULRICH HEYDEN, MOSKAU**

48 Menschen starben am 2. Mai 2014 in Odessa 200 wurden verletzt, so die offiziellen Zahlen. Von den 48 Toten starben sechs bei einer Straßenschlacht am Nachmittag zwischen Fußball-Ultras, Maidan-Anhängern und Rechtem Sektor auf der einen und Regierungsgegnern auf der anderen Seite.

Seit dem 2. Mai ermitteln vier Ausschüsse von Journalisten, Abgeordneten und Sicherheitsstrukturen, was in der Stadt an dem Tag passierte. Die Sicherheitskräfte verhörten 340 Menschen, fertigten 80 Untersuchungsberichte an und ermittelten 40 Verdächtige. Doch die Hoffnung, dass die Öffentlichkeit jemals die Wahrheit über die Täter und die Hintermänner erfährt, ist gering.

## Menschenjagd im Gewerkschaftshaus

Was sich beim Brand im Gewerkschaftshaus von Odessa am Abend des 2. Mai 2014 abspielte, lässt sich anhand von Videos und Aussagen von Augenzeugen nur erahnen. Der Haupteingang des Gewerkschaftshauses, in das sich Regierungsgegner geflüchtet hatten, wurde von Anhängern des Rechten Sektors blockiert. Gleichzeitig drangen Rechtsradikale über Seiteneingänge in das Gebäude ein und gingen auf Menschenjagd. Sechs Tote aus dem Gewerkschaftshaus hatten Schusswunden. Der älteste Tote war 70, der jüngste 17 Jahre alt. Viele Tote waren nur an Kopf und Oberkörper verbrannt.

Die Qualen, welche die im Gewerkschaftshaus Eingeschlossenen aushalten mussten, waren entsetzlich. Vor dem Gebäude johlte die Menge, „wir lassen euch nicht lebend raus". Viele Eingeschlossene sprangen aus den Fenstern. Zehn Menschen kamen dabei zu Tode. Viele derjenigen, die den Sprung überlebten, wurden — unten angekommen — von den Rechten getreten und mit Knüppeln geschlagen.

Aus einer oberen Etage des Gewerkschaftshauses waren während des Angriffs Schreie einer Frau zu hören. Später fand man eine Frau, tot, hintenüber auf einem Tisch liegend. Rechtsradikale waren nach Aussagen des Augenzeugen Wadim[1] auch auf das Dach des Gebäudes gelangt, von wo sie Molotow-Cocktails nach unten warfen. Gleichzeitig flogen Molotow-Cocktails von unten gegen das Gebäude.

32 Menschen im Gewerkschaftshaus starben an Rauchvergiftung. Experten vermuten, dass von den Angreifern auch Gas eingesetzt wurde. Von ukrainischen Ermittlern wurden angeblich Spuren von Chloroform im Müll gefunden. Von dem russischen Experten Aleksej Bannikow wurde vermutet, dass der Chemiekampfstoff Chlorpikrin gegen die im Gewerkschaftshaus Eingeschlossenen eingesetzt wurde. Die Vermutungen über den Einsatz von Gas haben sich aber bisher nicht erhärtet.

Unmittelbar nach dem Brand im Gewerkschaftshaus berichteten verschiedene Augenzeugen und Überlebende der Katastrophe, dass die Zahl der Toten in Wirklichkeit viel höher sei. Nach Meinung des Mitglieds des Gebietsrates von Odessa, Wadim Sawenko, sind bei dem Brand im Gewerkschaftshaus 116 Menschen gestorben. Das Internetportal „Otkat" berichtet, dass nach dem 2. Mai 2014 insgesamt 45 Bürger von Odessa vermisst werden. Nach Aussage des Augenzeugen Wadim[2] befanden sich viele Leichen im Keller des Gewerkschaftshauses, welche in der Nacht weggeschafft worden sein sollen.

## Investigativer Journalismus ist im Fall Odessa nicht gefragt

Der ukrainische Übergangspräsident Aleksandr Turtschinow erklärte unmittelbar nach dem Brand, hinter diesem steckten prorussische Kreise. Das ukrainische Innenministerium sprach von „krimineller Brandstiftung".

In den deutschen Medien spielte der Brand im Gewerkschaftshaus nur eine Randrolle. Tenor der meisten Kommentare und Berichte war, dass beide Seiten — Maidan-Anhänger und Regierungsgegner — an dem Brand Schuld hätten. Dabei hatten bekannte deutsche Korrespondenten unmittelbar nach dem Brand noch klar Stellung bezogen. „Die meisten starben, als das von prorussischen Separatisten besetzte Gebäude mit Molotow-Cocktails in Brand gesetzt wurde", schrieb Benjamin Bidder auf Spiegel Online.[3] Ähnlich äußerste sich die ARD-Korrespondentin Golineh Atai

am 2. Mai im ARD-Brennpunkt. Unter Berufung auf Augenzeugen berichtete sie, „die pro-ukrainischen Demonstranten hätten die pro-Russen-Anhänger in ein Gebäude getrieben und dieses Gebäude angezündet."[4]

### Untätige Polizei

Für die Regierungskritiker im Südosten der Ukraine ist es ausgemachte Sache, dass die Regierung in Kiew hinter dem Brand steckt. Die größte Schuld der Regierung und ihrer Vertreter in Odessa liegt darin, dass die Feuerwehr und die Polizei erst am Gewerkschaftshaus auftauchten, als die Flammen schon aus den Fenstern des Gewerkschaftshauses schlugen.

Maidan-Anhänger, Aktivisten des Rechten Sektors und Fußball-Ultras kamen am Nachmittag des 2. Mai hasserfüllt von der Straßenschlacht im Stadtzentrum zum Zeltlager der Regierungsgegner vor dem Gewerkschaftshaus gerannt. Sie konnten zunächst ungestört das Zeltlager abbrennen und dann das Gewerkschaftshaus mit Molotow-Cocktails in Brand stecken.

Mysteriös ist auch, warum die Polizei, als am Nachmittag des 2. Mai mit Knüppeln bewaffnete Fußball-Ultras, örtliche Maidan-Anhänger sowie aus Kiew und der West-Ukraine angereiste Maidan-Hundertschaften im Zentrum von Odessa einen Marsch „für eine einige Ukraine" veranstalteten, personell nur äußerst schwach vertreten war. Die Ordnungskräfte schritten auch nicht ein, als von Maidan-Anhängern und einer kleineren Gruppe Gegendemonstranten Schusswaffen (mit Gummigeschossen aber auch scharfer Munition) eingesetzt wurden. Sechs Menschen wurden bei der Straßenschlacht erschossen. Drei der Getöteten gehörten zum Lager der Regierungsgegner.[5] Die meisten starben durch Schrotkugeln.

Höchst merkwürdig ist auch, dass zum Zeitpunkt des pro-Ukraine-Marsches am frühen Nachmittag eine wichtige Besprechung der gesamten Polizei-Führung der Stadt angesetzt und alle Telefone abgeschaltet waren, wie der stellvertretende Polizei-Chef, Dmitri Futschedschi in einem Interview mit dem russischen Fernsehsender Perwi berichtete.[6]

Foto: Oksana Solopowa, Internet-Portal timer.od.ua

Das Treppenhaus des Gewerkschaftshauses nach dem Brand

### Die Hintermänner

Als einer der Hintermänner des Brandes wird in russischsprachigen Medien der Chef des ukrainischen Sicherheitsrates, Andrij Parubi, genannt. Parubi, der 1991 zusammen mit Oleg Tjagnibok den Swoboda-Vorläufer „Sozial Nationale Partei der Ukraine" gegründet hatte, verteilte nur wenige Tage vor der Tragödie in Odessa an aus Kiew angereiste Maidan-Hundertschaften moderne, schusssichere Westen aus Tschechien.

Als weiterer Hintermann wird in russischsprachigen Medien der zweitreichste Mann der Ukraine, der Besitzer der „Privatbank" und Gouverneur von Dnjepropetrowsk, Igor Kolomoiski, genannt. Der Oligarch hat für die Ergreifung von Separatisten und Föderalisten, wie den Präsidentschaftskandidaten Oleg Zarew, hohe Kopfgeld-Summen in Aussicht gestellt.

Nach einem abgehörten Telefongespräch soll Kolomoiski Mitglieder seiner privaten Sicherheits-Truppe nach Odessa geschickt haben. Mit den Unruhen in Odessa wollte der Oligarch angeblich den amtierenden Gouverneur diskreditieren, einen Mann seines Vertrauens, Igor Paliz, ins Amt hieven und damit — wie in Dnjepropetrowsk — Ordnung schaffen. Tatsächlich wurde Paliz nach dem Brand Gouverneur von Odessa.

Nach den bisher vorliegenden Informationen spricht vieles dafür, dass es sich bei dem Brand in Odessa um eine geplante Strafaktion gegen die regierungskritische Bewegung in der Ukraine handelte. Im März gab es in Odessa noch Groß-Demonstrationen mit bis zu 30.000 Teilnehmern für die Föderalisierung der Ukraine und ein Referendum. Doch seit dem Brand im Gewerkschaftshaus ist es in der Stadt still geworden. Mehrere Oppositionelle halten sich versteckt oder sind, wie der Vorsitzende der Partei Rodina, Igor Markow, nach Russland geflüchtet.

### Provokateure heizten offenbar Straßenschlacht an

Foto-Dokumente von der Straßenschlacht in Odessa bestärken den Verdacht, dass Provokateure im Einsatz waren. Teilweise standen diese Männer direkt hinter den Polizeireihen und schossen in die Menge. In russischsprachigen Medien tauchte die These auf, dass Provokateure in Absprache mit Teilen der Polizei Provokationen verübten, um die Demonstration aufzuheizen.[7] Der Hass der Maidan-Anhänger gegen die „Koloradi" (Separatisten) sei deshalb besonders groß gewesen.

Mysteriös ist auch die Rolle des inzwischen abberufenen und untergetauchten stellvertretenden Polizeichefs von Odessa, Dmitri Futschedschi. Wie auf Fotos zu sehen ist, hielt er noch vor dem Brand im Gewerkschaftshaus unter freiem Himmel Besprechungen mit angeblichen Demonstranten ab, die, ebenso wie einzelne Polizisten, rote Armbänder trugen. Außerdem schritt Futschedschi nicht ein, als neben ihm ein maskierter Demonstrant mit einer Pistole schoss. •

**1** www.youtube.com/watch?v=w7DLMvsHmcl **2** www.youtube.com/watch?v=w7DLMvsHmcl **3** www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-tote-bei-feuer-in-odessa-nach-brandstiftung-a-967340.html **4** www.ardmediathek.de/tv/Brennpunkt/Ukraine-Angriff-im-Osten/Das-Erste/Video?documentId=21115138&bcastId=1082266 **5** http://timer.od.ua/statji/mesyats_spustya_posle_tragedii_chto_mi_znaem_i_chego_ne_znaem_o_mayskoy_boyne_964.html **6** www.1tv.ru/news/world/259433 **7** Gab es Drahtzieher der Tragödie von Odessa? www.heise.de/tp/artikel/41/41668/1.html

**SCHWEIZ**

Gegen Masseneinwanderung, gegen den Bau von Minaretten und für die „Ausschaffung krimineller Ausländer“. Die Abstimmungsinitiativen der rechtspopulistischen Schweizer Volkspartei (SVP) lassen Neonazis nur wenig Raum, sich inhaltlich zu profilieren. Nicht zuletzt deshalb drängt die rechte Szene in die Klandestinität.

# Rechte Parallelwelten

**VON BJÖRN RESENER**

In einer denkbar knappen Abstimmung votierte die Mehrheit der Schweizer WählerInnen am 9. Februar 2014 für ein Ende der „unkontrollierten Immigration“ aus den EU-Staaten. Der Erfolg des SVP-Referendums „Gegen Masseneinwanderung“ wurde von rechten und rechtspopulistischen Parteien in ganz Europa begrüßt:

„Phantastisch“, triumphierte Geert Wilders von der niederländischen „Partei für die Freiheit“. „Die Grenzen gehören dem Volk“, posaunte Marine Le Pen vom französischen Front National in Richtung Brüssel. Und AfD-Chef Bernd Lucke forderte „auch in Deutschland ein Zuwanderungsrecht zu schaffen, das auf Qualifikation und Integrationsfähigkeit der Zuwanderer abstellt und eine Einwanderung in unsere Sozialsysteme wirksam unterbindet.“

Spätestens jetzt erkannten auch 70 Neonazis die Brisanz des Themas und trafen sich am Wochenende nach der Abstimmung zu einer unangemeldeten Demonstration in Solothurn. Sie vermummten sich mit weißen Theatermasken, entzündeten Fackeln und marschierten hinter einem Transparent mit der Parole „Asylanten Raus!“ durch die Stadt. Wie bei ähnlichen Aktionen deutscher Neonazis wurde der Auftritt gefilmt und online verbreitet.

Die Nacht-und-Nebel-Aktion ist exemplarisch für die rechte Szene in der Alpenrepublik. Die Unfähigkeit, sich inhaltlich zu profilieren und deutlich von der SVP abzugrenzen, wird durch martialisches Auftreten kaschiert. Denn konspirativ geplante Aufmärsche bieten zumindest eine Lebenswelt, die sich vom ordnungspolitischen Image der SVP abhebt.

**Rechtsrocker...**

Das Gleiche gilt für klandestin organisierte Rechtsrock-Konzerte. Hier hat sich vor allem die Blood & Honour-Sektion Zürich einen Namen gemacht. Am 21. September 2013 organisierte diese in Ebnat-Kappel im Kanton St. Gallen ein Konzert mit mehreren hundert Gästen aus ganz Europa. Anlass war der 20. Todestag der Rechtsrock-Legende Ian Stuart Donaldson. Neben der Schweizer Band Amok traten mit P.W.A. aus Estland, Chingford Attack aus England und Sniper aus Finnland Bands auf, die dem international agierenden Blood & Honour-Netzwerk zugerechnet werden.

Interessanterweise konnte die Veranstaltung ohne Intervention der Behörden stattfinden, obwohl der auflagenstarke Tages-Anzeiger im Vorfeld über das geplante Konzert berichtet und sogar den Schleusungspunkt bekannt gemacht hatte. Es darf also nicht überraschen, dass Neonazis aus dem süddeutschen Raum gemeinsam mit Blood & Honour Zürich auch zum 125. Geburtstag von Adolf Hitler ein Konzert organisieren konnten.

Es fand am 19. April 2014 im französischen Oltingue, nur wenige Kilometer vom Euroairport Basel-Mulhouse entfernt, statt. Das Line-Up war so hochkarätig, wie es sich die Rechtsrock-Szene nur wünschen konnte. Mit den US-amerikanischen Blue Eyed Devils konnten sogar die Gründerväter des neonazistischen Genres Hatecore für die Veranstaltung gewonnen werden. Daneben traten die deutschen Bands Kraftschlag, Legion of Thor, Heiliger Krieg und Tätervolk auf. Auch die finnische Band Sniper spielte wieder.

**Bombenbauer...**

Zu welchen Taten die im Blood & Honour-Milieu intonierten Vernichtungsphantasien motivieren, verdeutlicht nicht nur die Mord-Serie des NSU, sondern auch ein Fall aus der Schweiz. Denn am 4. August 2007 entgingen die Gäste eines antifaschistischen Festivals in der Berner Reitschule nur knapp einem Sprengstoffanschlag. Während sich in der Grossen Halle des autonomen Kulturzentrums gut 1.500 Menschen tummelten, fiel einigen BesucherInnen ein Rucksack auf, der in der Nähe des Mischpults lag. Ein Sicherheitsbeauftragter brachte die nach Benzin riechende Tasche durch einen Notausgang auf die Straße, wo sie kurz darauf detonierte. AugenzeugInnen berichten von einem Feuerball mit einem Durchmesser von bis zu fünf Metern.

Der Wissenschaftliche Dienst der Stadtpolizei Zürich rekonstruierte später, was im Inneren des Rucksacks passiert sein musste.

Der Neonazi Kim S. posierte im Internet mit Waffen. Screenshot von Indymedia Schweiz

Demnach zündete ein präparierter Wecker eine Rohrbombe, die wiederum drei mit Benzin gefüllte 1,5-Liter-PET-Flaschen zum brennen brachte. Inmitten der KonzertbesucherInnen hätte der Sprengsatz eine katastrophale Wirkung gehabt.

AntifaschistInnen wiesen bereits wenige Tage nach dem Anschlagsversuch darauf hin, dass der Neonazi Kim S. den Anschlag im Online-Forum von Blood & Honour erwähnte, noch bevor die Medien darüber berichteten. Außerdem hatte er dort wenige Monate zuvor in Bezug auf die „Anarchietage" in Winterthur gefragt: „Wer kommt mit ne Bombe legen?" Auf einer linken Schweizer Website wurden sogar Fotos veröffentlicht, die ihn bewaffnet und im T-Shirt von Combat 18 — dem militanten Arm von Blood & Honour — zeigen.[1] Trotzdem stellte das Untersuchungsrichteramt Bern-Mittelland das Verfahren im März 2008 ein, weil es keine Ermittlungsansätze mehr sah. Dabei wurden bei der kriminaltechnischen Untersuchung der Bombe auch DNA-Spuren von drei Personen gefunden.

### Waffennarr...

Eineinhalb Jahre nach der Tat stellte der damals 21-jährige Neonazi aus dem Berner Seeland ein Gesuch für einen Waffenerwerbsschein. Weil die Kantonspolizei wusste, dass Kim S. bereits einen Karabiner erworben und auf Fotos im Online-Forum von Blood & Honour mit verschiedenen Schusswaffen posiert hatte, lehnten die Behörden den Antrag ab und veranlassten stattdessen eine Hausdurchsuchung. Bei dieser entdeckte die Polizei am 30. März 2010 ein ganzes Waffenarsenal: Neben Pistolen, Karabinern, einer Kalaschnikow AK-47, einem Sturmgewehr 57, einer Pump-Action, diversen Magazinen, Munition, einem Schalldämpfer und Ziellasern wurden auch drei Wecker, elektronisches Zubehör, Ammoniumnitrat und handschriftliche Notizen zur Herstellung des Plastiksprengstoffs Semtex gefunden.

Von Kim S., der von sich behauptet, auch außerhalb des Internets mit Blood & Honour verkehrt zu haben, wurde nun doch eine DNA-Probe genommen. Der Abgleich mit der Datenbank lieferte einen Volltreffer. Sein DNA-Profil stimmt mit den Spuren überein, die an den Resten der Bombe aus der Reitschule sicher gestellt worden waren. Doch damit nicht genug: Einem Bericht der Schweizer Wochenzeitung (WOZ) zufolge meldete der Wissenschaftliche Dienst der Stadtpolizei Zürich den Berner ErmittlerInnen, dass die bei Kim S. beschlagnahmten Materialien „alle nötigen Komponenten (...) zur Herstellung einer Unkonventionellen Spreng- und/oder Brandvorrichtung (USBV)"[2] enthalten. Zudem gebe es Hinweise „auf konkrete materialtechnische Zusammenhänge zum Anschlagsversuch bei der Reitschule".[3]

Am 22. November 2010 folgte deshalb die nächste Hausdurchsuchung, bei der nun Plastikrohre mit Deckel sicher gestellt wurden, die dem bei der Rucksackbombe verwendeten Rohr gleichen. Auf den beschlagnahmten Rechnern und in einem Ordner fanden die ErmittlerInnen diverse Anleitungen für Bomben, Sprengstoffe und Zünder. Auch eine Anleitung für den Bau von Rohrbomben wurde bei der Razzia entdeckt. In einem weiteren Ordner hatte Kim S. ein Dossier mit Medienberichten über den Anschlag auf die Reitschule zusammengestellt.

### ...und doch nicht angeklagt

Dennoch: Im Januar 2013 verkündete die Bundesanwaltschaft, die Ermittlungen wegen der Bombe aus „Mangel an Beweisen" einstellen zu wollen. Weil die NebenklägerInnen eine Beschwerde beim Bundesstrafgericht in Bellinzona einreichten, steht die endgültige Entscheidung aber noch aus.

Nichtsdestotrotz ist die Einstellung für die Schweizer Neonazi-Szene, die sich durch den Erfolg der Volksabstimmung gegen „Masseneinwanderung" in ihrem Weltbild ohnehin bestätigt fühlt, ein weiteres Fanal. Es signalisiert ihnen, dass sie für ihre Gewalttaten nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Das dürfte ihre Eigenwahrnehmung als kompromisslose Vollstrecker des vermeintlichen Volkswillens nur noch bekräftigen. •

1 http://ch.indymedia.org/demix//2007/08/51800.shtml
2 http://www.woz.ch/1416/rechtsextremismus/bombe-in-der-berner-reithalle-indizien-belasten-seelaender-neonazi
3 ebd.

**TSCHECHIEN**

Über die anhaltende antiziganistische Stimmung in der Tschechischen Republik ist in dieser Zeitschrift regelmäßig berichtet worden. In Orten wie Duchcov, Varnsdorf oder Litvinov — nahe der Grenze zu Sachsen — kam es zu schweren Ausschreitungen. Eine temporäre Allianz aus Einwohner-Innen und militanten Neonazis versuchte, von Roma bewohnte Viertel zu stürmen. Ein Ende dieser Dynamik ist nicht abzusehen. Allerdings: Gerade für das parteifreie Neonazi-Spektrum hat es in Tschechien in jüngster Vergangenheit bedeutsame Rückschläge sowie politische und kulturelle Änderungen gegeben.

# „Es kriselt in der tschechischen Neonaziszene"

## EIN INTERVIEW MIT ANTIFAS AUS PRAG

***Als wie stark schätzt ihr die parteifreie Neonazi-Bewegung in Tschechien zurzeit ein?***

Zurzeit gibt es in Tschechien erfreulicherweise nur noch wenige aktive Gruppen. Denen gelingt es, von Ausnahmen abgesehen, nicht, ausdrucksstarke Demonstrationen zu organisieren. Was an Straßenpolitik passierte, basierte auf den Aktivitäten der extrem rechten Parteien. Im parteifreien Bereich gibt es keine stärkeren Strukturen. Die meisten Aktivitäten werden eher von einigen immer gleichen Einzelpersonen initiiert.

***Besonders die „Autonomen Nationalisten", gewissermaßen ein deutscher Import, sind in Tschechien in den vergangenen Jahren doch sehr präsent gewesen.***

Das hat sich geändert. Die „Autonomen Nationalisten" (AN) sind in Tschechien im Niedergang. Ihre öffentlichen Aktivitäten beschränken sich momentan auf eine einzige Demonstration im Jahr — 2013 nahmen nur 100 Neonazis teil, im Jahr davor 150. Das ist wenig. Sonst gibt es vor allem Webseiten, ab und zu tauchen einige Graffiti auf.

Die einzige Gruppe von „Autonomen Nationalisten", die noch Bedeutung hat, ist die Struktur in Liberec. Sie hat etwa zehn bis zwanzig Mitglieder, die vor allem aus der Hooliganszene stammen. „Autonome Nationalisten" waren auch immer ein Jugendphänomen. Zurzeit steigt in Tschechien der Altersschnitt. Die meisten Neonazis sind schon länger aktiv und gegen 30 Jahre alt. Der Niedergang der AN fing direkt nach der Hochphase 2009 an.

***Woher kommt dieser Niedergang?***

Es gibt mehrere Ursachen. Die wichtigste ist die Polizeirepression. In der Nacht zum 19. April 2009 haben vier tschechische Neonazis ein Haus in Vitkov, in dem eine Roma-Familie wohnte, angezündet. Bei dem Brandanschlag wurde ein vierjähriges Mädchen schwer verletzt. Diese Tat erregte große öffentliche Aufmerksamkeit, und so gab es Druck, die Täter schwer zu bestrafen. Wichtige Anführer der „Autonomen Nationalisten" gingen in Haft. Neben der Repression gab es Konflikte innerhalb des Neonazismus, etwa einen größeren Streit zwischen der Partei „Delnicka Strana" (DS, „Arbeiterpartei") und den AN. DS und AN haben zusammen Demos veranstaltet. Die Partei kümmerte sich um Formalia wie Anmeldungen, die „Autonomen Nationalisten" besorgten die Redner, gestalteten die Flyer und sorgten für die Organisation vor Ort. Im Konflikt ging es um Geld. Seitdem veranstalten die „Autonomen Nationalisten" nur noch eine jährliche Demonstration zum St.-Wenzelstag am 28. September sowie einige unangemeldete Kundgebungen gegen Polizeirepression. Der Kontakt zwischen den AN und der DS ist noch da, aber weniger intensiv. Die DS heißt inzwischen DSSS („Delnicka strana socialni spravedlnosti", zu deutsch: „Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit"), nachdem 2010 ein Verbot ausgesprochen worden war. Wir, die tschechischen Antifas, haben auch zum Niedergang der „Autonomen Nationalisten" beigetragen — unsere konstanten Aktionen haben den Druck entscheidend verstärkt.

***Internationale Projekte und auch die „Identitären" sind inzwischen aber auch in Tschechien präsent?***

Ja. Ehemalige AN sind schon länger von der italienischen Casa Pound fasziniert und beeinflusst. Einige fuhren regelmäßig nach Italien. Es ist kein Zufall, dass dieses Jahr ein Redner vom „Blocco Studentesco" am 1. Mai in Tschechien war. Casa Pound und damit verbundene, internationale Projekte wie „European Solidarity Front for Syria" oder die pro-serbische „European Solidarity Front for Kosovo" fanden relativ großen Anklang in der tschechischen Neonazi-Szene. Und nicht nur bei ex-AN, sondern auch bei einigen ehemaligen „Narodni odpor" (NO, Nationaler Widerstand) Aktivisten.

Ein paar ehemalige AN versuchen jetzt unter dem Label „Identitäre" ihre Politik fortzusetzen. Das sieht ähnlich aus wie in Deutschland, ist in Tschechien aber noch ein ganz neues Phänomen. Aber: Ehemali-

ge AN-Kader eignen sich diese als trendy empfundene Ideologie und Ästhetik an und versuchen damit, neue Leute zu gewinnen. In den letzten Monaten entstanden viele neue Webseiten, die sich auf die Identitäre Bewegung berufen. Ob das Erfolg hat, werden wir in den nächsten Monaten sehen. Für eine Bewertung ist es noch zu früh.

***Wie steht es um andere parteifreie Neonazis?***
Wichtig war immer der „Narodni odpor". Diese Struktur entstand 1999 aus der tschechischen Division von „Blood & Honour". Vorbild war die deutsche Kameradschaftsszene. Nach einer Hochphase zu Beginn der 2000er Jahre folgten interne Konflikte, 2005 kam es zur Spaltung. Der „progressive" Flügel gründete die „Autonomen Nationalisten". Der „Narodni odpor" ist noch existent, aber politisch tot. Verbliebene Mitglieder organisieren Konzerte oder produzieren rechte Kleidung. Vereinzelt gibt es auch noch politische Veranstaltungen, z.B. Kundgebungen in Solidarität mit dem Assad-Regime in Syrien. Als Dachstruktur funktioniert NO jedoch nicht mehr.

Im Zusammenhang mit NO ist auch die 2007 gegründete Frauenorganisation „Resistance Women Unity" (RWU) zu nennen, die sehr viel Gefängnissolidaritätsarbeit gemacht hat. Ein Standbein in der RWU-Ideologie ist ein aggressiver Antifeminismus. Kurioserweise sind viele der Frauen jedoch sehr selbstbewusst, aktiv und ideologisiert und dabei gewissermaßen emanzipiert. 2014 standen fünfzehn ehemalige RWU-Aktivistinnen wegen Volksverhetzung vor Gericht.

***Neugründungen gibt es keine?***
Die Identitäre Bewegung wurde schon genannt. Neu ist auch die „Wotan Jugend". Vorbild hierfür waren nicht die deutschen Neonazis. Diese Bewegung entstand im Umfeld russischer NS-Black-Metal-Bands wie Moloth und Shepot Run. Die „Wotan-Jugend" bekennt sich offen zu Adolf Hitler und nutzt nationalsozialistische Symbole. Sie vertreten dabei ein germanisches Heidentum und orientieren sich sowohl an der germanischen als auch der slawischen Mythologie — sie sind also explizit anti-panslawisch. Die „Wotan-Jugend" rekrutiert sich aus der Metal- und Skinheadszene und tritt seit 2012 öffentlich auf, ist zurzeit im Neonazismus aber noch recht weit isoliert. Kürzlich gab es mehrere Polizeirazzien bei „Wotan Jugend"-Anhängern. Es ist noch unklar, welche Folge das haben wird.

Neben der DSSS ist noch die Plattform „Cesti lvi" („Tschechischer Löwe") zu nennen. Das sind ehemalige DSSS Mitglieder, die eine eigene Partei aufbauen wollen. Das wird noch dauern, muss aber beobachtet werden.

***Und im nicht-organisierten Spektrum?***
Das ist der Bereich, wo es zurzeit die größte Dynamik gibt. Wir registrieren eine Annäherung von Hooligans und nichtorganisierten Neonazistrukturen. Daraus folgt eine gesteigerte Straßengewalt, die uns Sorgen macht. Die Aufmärsche und Ausschreitungen gegen Roma werden von rechten Hooligans für Angriffe genutzt.

***Inhaltlich bleibt Antiziganismus das wichtigste Thema?***
Definitiv. Der Hass auf Roma hält die Szene zusammen und am Laufen. Dieses Thema spricht auch „normale, ordentliche" Bürger an. Ansonsten sind Antisemitismus und antisemitische Verschwörungstheorien von Bedeutung. Das ist aber eher ein Internet-Phänomen. Laut einer aktuell veröffentlichten Studie sind im vergangenen Jahr antisemitische Äußerungen im Internet sehr deutlich gestiegen. Das hat viel mit dem Online-Aktivismus der ehemaligen AN zu tun. Zum Glück gibt es nur wenige antisemitische Angriffe auf der Straße, wie es in den 1990ern häufig passierte.

***Wie groß ist der Neonazismus zahlenmäßig?***
Man kann das an den Demonstrationen nur teilweise abschätzen. Bei den größeren antiziganistischen Aufmärschen kommen ein- bis zweitausend Personen zusammen: Neonazis, rechte Hooligans, aber auch Leute aus der „Normalbevölkerung". In manchen Städten wie Ostrava bleiben die Rechten und Hooligans fast unter sich. In Orten wie Varnsdorf ist der Anteil der EinwohnerInnen sehr hoch. Bei den Aktionen zu neonazistischen Kernthemen kommen selten mehr als 200 Personen zusammen.

Foto: pm cheung

Antifaschist_innen und Roma protestieren in Krupka (CZ) gegen eine Neonazidemonstration.

Es gibt allerdings auch viele Neonazis, die aus verschiedenen Gründe keine Demos mehr besuchen. Der Blick allein auf die Demos kann also täuschen.

***Wie steht es um die Kontakte nach Deutschland?***
Generell gibt es sehr viele Kontakte zwischen tschechischen und deutschen Neonazis. Deutsche sind bei fast allen rechten Demonstrationen präsent, oft auch als Redner. Regen Austausch gibt es zwischen böhmischen Neonazis, etwas aus Karlovy Vary und dem bayerischen Netzwerk „Freies Netz Süd". Ausdruck davon war die Gründung des „Deutsch-Böhmischen Freundeskreises" im Sinne der völkischen Ideologie eines „Europas der Vaterländer". Ein Grundsatzpapier des Freundeskreises enthält einen Absatz zu den Beneš-Dekreten, die tschechischen Neonazis stimmten der Forderung nach einer Abschaffung der Dekrete zu. Auch tschechische Neonazis treten zuweilen in Deutschland auf, etwa am 1. Mai 2013 bei der Demonstration in Würzburg oder am 1. Mai 2014 in Plauen. Am 15. Februar 2014 gab es eine Demonstration unter dem Motto „Ein Licht für Dresden", die in Karlovy Vary stattfand. Eine ähnliche Demo wurde schon letztes Jahr in Ostrava veranstaltet. Neben der Verbindung nach Bayern sind die Kontakte nach Brandenburg, ins Vogtland und das Ruhrgebiet nennenswert. Eine tschechische Delegation nahm 2013 an der 1.-Mai-Demonstration in Dortmund teil.

***Vielen Dank für das Gespräch!*** •

**NIEDERLANDE**

Was wir heute in den Niederlanden als Antifaschistische Aktion (AFA) kennen, entstand im September 1992 im Rahmen antifaschistischer Proteste gegen ein Neonazi-Konzert in der Stadt Hoek van Holland. Aus dem Kreis der an den Gegenaktivitäten beteiligten Gruppen und Einzelpersonen wurde ein Papier veröffentlicht, das als Basis für eine neue und intensive Kooperation diente. Dem vorausgegangen waren Frust und Enttäuschung über die Zersplitterung der radikalen Linken und das Scheitern überregionaler Vernetzungsversuche.

# Antifa in den Niederlanden

**VON JEROEN BOSCH, EDITOR ALERT!**

Die AFA lud bewusst nur linksradikale und unabhängige Gruppen ein und setzte sich zum Ziel, einige Probleme der linken Szene anzugehen, z.B. das Abarbeiten an Events der extremen Rechten oder das Kokettieren mit Konspiration und Gewalt. Beides verhinderte ihrer Meinung nach eine effektive und nachhaltige Bündnisarbeit z.B. mit Migrant_innenorganisationen, politischen Parteien oder progressiven, kirchlichen Kreisen.

Hauptziel war es, die in lokalen Kämpfen gewonnene Erfahrung für eine landesweite Organisierung nutzbar zu machen. Diese Aufgabe und die nötige Vernetzung sollte eine zentrale Gruppe übernehmen, die über die notwendige Integrationskraft verfügte. Die Kontakte zu Gruppen außerhalb der Bewegung sollten wiederbelebt und auf eine kontinuierliche Grundlage gestellt werden. Die neue Bewegung sollte selbst offensiv politisch handeln und sich ihre Agenda nicht nur von Neonazis diktieren lassen. Es sollten der Schulterschluss mit radikalen AntirassistInnen gesucht und Kampagnen sowohl gegen rassistisches Regierungshandeln als auch gegen extrem rechte Wahlkämpfe organisiert werden. Die Kerngruppe war dazu da, die nötigen Diskussionen anzustoßen und aufrechtzuhalten. Mit einer Mischung aus Pragmatismus und Ideologie legten die AFA und 25 weitere Gruppen aus dem ganzen Land los.

Wissen über Aktivitäten, Ideologie und Pläne der verschiedenen extrem rechten Gruppen waren Grundvoraussetzung der Arbeit. Dafür wurde eine Kooperation mit den beiden Recherchekollektiven Kafka und FOK aufgebaut. Diese lieferten die nötigen Informationen für die beteiligten Gruppen, die nach dem Motto „gewaltfrei, aber bereit zur Selbstverteidigung" handelten. Manche Gruppen waren so anonym, dass sie nur über Postfächer kommunizierten, andere hatten ein Büro, das für Interessierte immer offen stand.

Neben dieser kontinuierlichen Arbeit, die vor allem die Infrastruktur der Kraakerbewegung (Hausbesetzerbewegung) nutzte, gab es auch intern organisierte Aktionen: 1994 plante die extrem rechte Centrum Partei '86 einen großen Kongress. Es gab eine Kampagne zur internen Mobilisierung der AFA-AktivistInnen, die darin mündete, dass 300 Leute am frühen Morgen in einem langen Konvoi mit unbestimmtem Ziel aufbrachen. Nach stundenlangem Umherfahren wurde der Treffpunkt bekannt und die Antifas veranstalteten eine Demo zum Restaurant, in dem sich die Rechten trafen. Der Besitzer geriet unter Druck, MedienvertreterInnen trudelten ein, die Polizei kam und die Rechten wurden schließlich in Bussen davongekarrt.

1995 hingegen scheiterte die gleiche Strategie, da sich die extreme Rechte zunehmend konspirativer organisierte. Ein weiteres Problem kam auf: Die zu neuem Selbstbewusstsein gelangten Neonazis fin-

gen an, quer übers Land verteilt unangekündigte Demos zu organisieren, die so schnell vorüber waren wie sie begonnen hatten, so dass Antifas und Polizei jedes Mal zu spät kamen.

Diese Entwicklung gipfelte schließlich darin, dass an zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden im Februar sowie März 1995 jeweils 150 bewaffnete Antifas in Rotterdam festgenommen wurden, die versucht hatten Neonazis anzugreifen. In der Presse machten Bilder von Helmbergen und Knüppeln die Runde und die Behörden waren alarmiert — auch weil für das nächste Wochenende in Utrecht eine weitere Demo der Neonazis erwartet wurde. Antifas aus Utrecht riefen daraufhin zu einer gewaltlosen und nicht vom autonomen Erscheinungsbild geprägten Aktion am Anne-Frank-Denkmal auf. Hunderte Menschen kamen, doch viele wurden aufgrund ihres Aussehens festgenommen und in einem Fußballstadion festgehalten: ein roter Schal, ein Palituch, Stiefel oder ein Button reichten aus. Als bekannt wurde, dass die Massenverhaftung auf der Grundlage eines Gesetzes erfolgte, das in der Vorkriegszeit erlassen worden war um die holländische Nationalsozialistische Bewegung (NSB) am Marschieren zu hindern, war der Skandal komplett. Die Polizei sah sich zu einer Entschuldigung genötigt und die öffentliche Meinung war auf Seiten der AntifaschistInnen. Eine monatelange Debatte in allen Zeitungen über den Umgang mit neonazistischen Demonstrationen war die Folge.

Eine neue Phase im antifaschistischen Kampf begann 1996, als drei Bürgermeister rassistische Demonstrationen in ihren Städten erlaubten. In einem Rotterdamer Außenbezirk blieb die Außenwirkung gering, in Zwolle hingegen wurde es den extrem rechten Parteien Centrum Demokraten (CD) und CP '86 erlaubt in der Innenstadt zu marschieren. Diese Demonstration gilt als erste legale rassistische Demonstration in den Niederlanden. Die AFA organisierte eine Gegendemonstration mit 1000 TeilnehmerInnen. Im März durften CD und CP '86 eine Gedenkkundgebung in Leerdam abhalten. Hier hatten 1986 AntifaschistInnen ein Hotel angegriffen, in dem sich Neonazis trafen. Es gab einen Brand und mehrere Verletzte. Wieder gab es eine hitzige Mediendebatte und die Demo wurde schließlich verboten. Für die AFA zeigte sich, dass oft schon die Ankündigung von Gegenprotesten ausreichte, damit die Behörden extrem rechte Aufmärsche verboten.

Zu dieser Zeit gab es einen Anstieg von Rassismus unter Jugendlichen, besonders bei der sogenannten „Lonsdale-Jugend", zu verzeichnen. Angezogen vom Skinhead-Style und nationalistischen Symbolen feierte eine neue, rassistische Jugendsubkultur in verschiedenen Teilen der Niederlande Konjunktur. Die AFA reagierte mit einer Zeitung namens Lonsdalenews und einer gleichnamigen Webseite inklusive Forum, auf der Jugendliche diskutieren und sich informieren konnten. Dies war ein großer Erfolg und viele LehrerInnen, SozialarbeiterInnen u.a. bestellten und verteilten die Zeitung. So konnten breitere Kreise angesprochen und neue Kontakte geknüpft werden.

Die älteste Neonazi-Partei des Landes, die Niederländische Volksunion (NVU), brach 2001 erfolgreich das Demonstrationsverbot, als ihr gerichtlich erlaubt wurde in Kerkrade zu marschieren. Die AFA mobilisierte und konnte alle Parteien des Stadtrats zur Unterstützung bewegen, so dass 3000 Antifas die Neonazidemo nach einer Viertelstunde zum Abbruch zwangen. Das Demonstrationsverbot für die extreme Rechte war nun aber Geschichte: In den Folgejahren demonstrierten Neonazis, teilweise 20mal pro Jahr, vor allem in kleineren Städten. Die AFA brauchte eine neue Strategie, da ihre Demonstrationen nun oft verboten, an den Stadtrand verdrängt oder per Massengewahrsam aufgelöst wurden. Nur 2003 in Appeldoorn gelang es nochmals, die NVU erfolgreich zu blockieren.

2009 wurde das Konzept „LaatZeNietLopen" („Lasst sie nicht laufen") gestartet. Sobald man von einer geplanten Neonazidemo Kenntnis erlangte, veröffentlichte LZNL täglich Pressemitteilungen über die Auswirkungen der NVU-Politik auf die jeweilige Stadt (oft auch des jeweiligen Fußballvereins), und klärte die Menschen auf der Straße mit tausenden Flyern und Informationsveranstaltungen auf. Lokale Kontakte wurden geknüpft und den Leuten klargemacht, dass sie selbst aktiv werden müssen, wenn sie Neonazis stoppen wollen. LZNL versorgte sie dafür mit Material und stellte am Tag der Neonazidemo die Infrastruktur und den Informationsfluss sicher. Und es funktionierte: Ohne Gegendemo kein Verbot, und Hunderte Menschen aus allen möglichen Spektren beteiligten sich, um die Neonazis zu blockieren - eine Art organisiertes Chaos. Die Neonazis kamen zwar dennoch, aber ihre Demonstrationen riefen jedesmal erheblichen Widerstand und Protest hervor, mussten verkürzt, umgeleitet oder gestoppt werden und es war viel Polizei nötig, um sie abzusichern. Die Botschaft „Ihr und Eure Ideen seid hier nicht willkommen" wurde sehr erfolgreich vermittelt und die NVU verlor in den folgenden Jahren an Stärke. Andere Neonazigruppen zogen sich von den gemeinsamen Aktivitäten zurück, da ihnen die Spießrutenläufe zu unsicher wurden. Mittlerweile veranstaltet die NVU nur noch alle zwei Jahre Demos, an denen nur Parteimitglieder teilnehmen — 20 Leute, die für eine halbe Stunde rumstehen, Fahnen schwenken und sich ein paar Reden anhören. Die AFA kam zur Überzeugung, dass keine Notwendigkeit mehr für die Fortführung der Kampagne LZNL bestand.

Aktuell widmen sich lokale antifaschistische Gruppen vor allem dem Kampf gegen die rechtspopulistische „Partei für die Freiheit" und die staatliche Flüchtlingspolitik. Es zeigt sich, dass die Inspiration und Erfahrung, Ideen und die antifaschistische Geschichte nicht verloren gehen. •

**Weitere Infos** unter www.afanederland.org

# Broschüren zur Goldenen Morgenröte

**VON FABIAN KUNOW**

Chrysi Avgi (engl.: Golden Dawn oder dt.: Goldene Morgenröte) ist mit 9,4 % bei den Europawahlen in Griechenland drittstärkste Partei geworden. Das Wahlergebnis wurde vom neonazistischen Part der extremen Rechten in Europa intensiv verfolgt, da die Goldene Morgenröte als role model für Neonazis verschiedenster Couleur dient.

Dieser „transnationale Einfluss der griechischen Chrysi Avgi" ist der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München die Herausgabe der lesenswerten Broschüre „Goldene Morgenröte für Europas extreme Rechte?" wert. Diese im November 2013 erschienene Broschüre ist die Masterarbeit von Maik Fielitz. Der Publikation merkt man dies am Aufbau und akademischen Duktus an, was sie manchmal sperrig zu lesen macht: Sie besticht aber durch einen systematischen Aufbau. Leider bleiben Antifa-Broschüren unberücksichtigt, die Kollektivprodukte verschiedener Urheber sind.

Die Leserschaft wird durch Forschungsstand, Definition der Goldenen Morgenröte als „faschistische Bewegungspartei" nach State-of-the-Art der Faschismustheorie und Vorstellung des Untersuchungsgegenstands Chrysi Avgi geführt, bevor sich der Hauptfrage, dem „transnationalen Einfluss" der griechischen Partei, gewidmet wird. Diesen „transnationalen Einfluss" unterscheidet Fielitz in zwei Sphären. Den Einfluss von Chrysi Avgi auf von Griechenland ausgehende ausländische Parteien und Bewegungen der extremen Rechten auf der einen und den Einfluss auf die Omogéneia auf der anderen Seite. Omogéneia ist die griechische Diaspora. Auf diese rund sieben Millionen Menschen griechischer Herkunft außerhalb der Nationalstaatsgrenzen versuchen sowohl der Staat als auch verschiedene Parteien und Interessensgruppen Einfluss zu nehmen.

Der Einfluss von Chrysi Avgi auf die extreme Rechte in verschiedenen Ländern macht sich von der Übernahme ihrer Symbolik bis hin zu ihrem Namen bemerkbar. Der Autor nennt hier auch Beispiele aus Ländern, die nicht so sehr im Fokus der Antifa-Öffentlichkeit stehen. Durch Reisen von Delegationen zu wichtigen Aufmärschen oder dem gemeinsamen Besuch des griechischen Parlaments versuchen deutsche Neonazis, auch ein wenig vom Glanz des Erfolgs der Goldenen Morgenröte zu erhaschen.

Als Chrysi Avgi von einer Neonazisekte zur erfolgreichen Wahlpartei aufstieg, machte sie einen „strategic turn". Sie bezog sich in der griechischen Öffentlichkeit nun nur noch auf die eigene Nation und ging zu Neonaziorganisationen in anderen Ländern formal auf Distanz bzw. erwähnte diese nicht mehr in der eigenen Öffentlichkeitsarbeit. Viel mehr galt ihr Interesse nun der Omogéneia in anderen Ländern bzw. dortige extrem rechte Griechen gründeten Chrysi Avgi Zellen. Hier liegt die absolute Stärke der Masterarbeit von Fielitz. Er schlüsselt auf, wie diese Zellen in New York und Melbourne entstanden sind. Der einzigen deutschen Zelle, einer Gruppe Jugendlicher mit griechischem Migrationshintergrund aus Nürnberg, nähert sich Fielitz über Experteninterviews. So interviewt er einen Lehrer eines der Jugendlichen, der auf dem Gründungsfoto der Gruppe posiert. In seinen Interviews recherchiert er nicht nur Infos über diesen Zusammenschluss, sondern auch wie die griechische Community in Nürnberg zum Treiben dieser Chrysi Avgi-Jugendlichen steht. Hier erhält der Leser Einblicke, die sonst nirgendwo in der Literatur zu Chrysi Avgi zu finden sind.

Will man sich generell über Chrysi Avgi und über die Geschichte der extremen Rechten in Griechenland informieren, sollte man hingegen auf die Analyse „Neonazistische Mobilmachung im Zuge der Krise — Der Aufstieg der Nazipartei Goldene Morgenröte in Griechenland" von Dimitris Psarras zurückgreifen. Diese ist kostenlos in broschierter Form sowie als PDF-Download von der Rosa Luxemburg Stiftung herausgegeben worden. Die Publikation liefert eine gute Anatomie der Partei.

Psarras' Veröffentlichung handelt als erstes die Geschichte extrem rechter Parteien in Griechenland ab. So konnten nach dem Ende der Militärdikatur 1974 immer wieder Parteien der extremen Rechten in Griechenland Wahlerfolge mit über 5 % erreichen. Diese Parteien waren aber rückwärtsgewandt, da sich ihr politisches Engagement auf die Rehabilitierung der Militärjunta bezog, während der moderne Rechtspopulismus schon in anderen Ländern Westeuropas Wahlerfolge feierte. Gleichzeitig stellten Umfragen in Griechenland immer wieder eine weite Verbreitung von Rassismus fest. In noch einem anderen Punkt ragt Griechenland aus der europäischen Politikkultur heraus. Im Rahmen der politischen Bewältigung der Wirtschaftskrise kam es zu einer großen Koalition von Konservativen und Sozialdemokraten mit der rechtspopulistischen LAOS-Partei. Es war das erste Mal, dass in einem westlichen EU-Land eine sozialdemokratische Partei mit einer Partei der extremen Rechten koalierte. Diese Koalition machte den Siegeszug der Chrysi Avgi im doppelten Sinne erst möglich: Zum einen durch die Aufhebung des Tabus, zum anderen konnte sich Chrysi Avgi so im Gegensatz zu LAOS als systemoppositionelle Kraft inszenieren.

In den weiteren Kapiteln, in denen sich Psarras mit den unterschiedlichen Facetten der Ideologie, der politischen Praxis und der Wählerzusammensetzung der Goldenen Morgenröte beschäftigt, zeichnet der Autor von Chrysi Avgi das Bild einer neuen, zeitgemäßen und den nationalen Gegebenheiten entsprechenden NSDAP. •

Fielitz, Maik (2013):
**„Goldene Morgenröte für Europas extreme Rechte? — Der transnationale Einfluss der griechischen Chrysi Avgi".**
Hrsg.: Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München, 50 Seiten, 3 Euro

Psarras, Dimitris (2013):
**„Neonazistische Mobilmachung im Zuge der Krise — Der Aufstieg der Nazipartei Goldene Morgenröte in Griechenland".**
Hrsg.: Rosa Luxemburg Stiftung, 48 Seiten, kostenlos

# Neofaschisten in Griechenland

Psarras, Dimitris (2014):
**„Neofaschisten in Griechenland — Die Partei Chrysi Avgi".**
Hrsg.: LAIKA-Verlag, Hamburg,
224 Seiten,
19 Euro
ISBN: 978-3-944233-07-9

Wer sich in die Anatomie der neonazistischen, griechischen Partei Chrysi Avgi tiefer einarbeiten will, sollte zwingend auf die detail- und umfangreichere Publikation von Dimitris Psarras „Neofaschisten in Griechenland — Die Partei Chrysi Avgi" zurückgreifen. Mit diesem im Laika Verlag erschienenen Buch liegt die erste umfassende Darstellung der Chrysi Avgi im deutschsprachigen Raum vor.

Besondere Aufmerksamkeit kam der neonazistischen Partei spätestens mit ihren griechenlandweiten Wahlerfolgen 2012 zuteil. Wurden die bis dahin erfolgten Angriffe auf migrantische Händler_innen in den Innenstädten und die unmenschliche Inhaftierung derjenigen Geflüchteten, die auf dem Weg nach Europa nicht ums Leben kamen, noch unter einem Erstarken der extremen Rechten in Europa subsumiert, änderte sich dies am 18. September 2013. An jenem Tag wurde der 34-jährige Antifaschist Pavlos Fyssas in Piräus von einem Mitglied der Chrysi Avgi ermordet.

Nun hatte die internationale antifaschistische Bewegung ein sichtbares Opfer für das demonstriert werden konnte, und in Griechenland gab es erstmals bei den seit Jahrzehnten andauernden politischen Auseinandersetzungen ein griechischstämmiges Opfer. Das führte u.a. zu einer verstärkten Repression gegen Chrysi Avgi, den Erfolg an den Wahlurnen scheint dies jedoch nicht zu gefährden.

Vielleicht hat in Griechenland auch eine Gewöhnung an solche Auseinandersetzungen stattgefunden, forcieren Chrysi Avgi-Mitglieder diese doch schon seit Ende der 1970er Jahre. Genau hier setzt das Buch von Psarras an und führt den Lesenden chronologisch bis ins Jahr 2012. Nachvollziehbar schildert der Autor den Aufbau der neonazistischen Parteistrukturen, ihre regionale Verankerung, die ideologischen Muster und vor allem auch die Kontinuitäten und Parallelen im Aktionismus griechischer Neonazis.

Mit dem Ende der Militärdiktatur in Griechenland 1974 organisierte sich die extreme Rechte neu. Wichtig waren dabei die bestehenden Kontakte in die alte Junta-Elite. Diesem Umfeld entstammten auch jene Neonazis, die im Dezember 1980 erstmals die Zeitschrift Chrysi Avgi herausbrachten. Bis 1984 beschäftigte sich diese Gruppe in erster Linie mit der Veröffentlichung (neo-)nazistischer Propaganda. Erste große politische Erfolge feiert die Chrysi Avgi dann Anfang der 1990er Jahre im Zuge einer nationalistischen Welle, die sich angesichts des Jugoslawienkrieges in Griechenland ausbreitete. An der Seite serbischer Nationalisten nahmen auch einzelne Chrysi Avgi-Mitglieder an kriegerischen Auseinandersetzungen teil, während antimuslimische Agitation und rassistische Angriffe in Griechenland einen ersten Höhepunkt erreichten. Mehr als 50 Übergriffe sind in der Zeit von 1992—1997 verzeichnet, ohne dass dies ernsthafte juristische oder politische Konsequenzen für die Neonazis mit sich gebracht hätte. Vielmehr attestiert Psarras noch für die Folgejahre den drastischen Anstieg eines rassistischen Klimas in Griechenland, welches die Aktivitäten der Chrysi Avgi begünstigt.

Psarras macht darüber hinaus deutlich, wie die bereits erwähnten Kontakte in die alten Eliten sowie die etablierte Politik, das Militär, die Kirche und insbesondere zur Polizei, die Chrysi Avgi in ihrer Ausbreitung, bis hin zu den ersten Wahlerfolgen 2009, unterstütz(t)en. Wie eingangs erwähnt scheint eine Schwächung der greichischen Neonaziszene im Moment nur schwer vorstellbar. „Die CA hat in ihrer ganzen Geschichte nie einen Hehl aus ihrer Bereitschaft gemacht, die gewaltsame Vertreibung der ‚Fremden' aus Griechenland mittels des Gebrauchs grundloser Gewalt und unter dem Vorwand der Selbstjustiz zu organisieren. Ihr Wahlerfolg führte sie nun nicht etwa zu ‚moderaten' oder ‚systemkonformen' Mitteln des politischen Kampfes, sondern verstärkte im Gegenteil ihre Bereitschaft zu ‚nächtlichen Aktionen'." Auch wenn diese Einschätzung nicht zwangsläufig Optimismus auslöst, scheint eine detaillierte Auseinandersetzung notwendig, um Wirkungsweise und Vorgehen neonazistischer Gruppen zu erfassen und dementsprechend bekämpfen zu können. Eine Möglichkeit dafür liefert das hier vorgestellte Buch. •

KONTAKT
**Antifaschistisches Infoblatt**
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
9A93 A6CE EBBE 6DB5 D1CB 21C4
C5E4 FDA9 E521 4388

IMPRESSUM
Antifaschistisches Infoblatt
27. Jahrgang
Nummer 103 | 2.2014

**Preis:** 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

**ISSN:** 1862-7838

**Redaktion**
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

**V.i.S.d.P.** Ulrike Müller
(Adresse s.o.)

**Konto AIB**
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin



# Abonniert
## das Antifaschistische Infoblatt

ABOKONDITIONEN
**Preise***

| | |
|---|---|
| • 5 Ausgaben im Abonnement | 17,50 Euro |
| • 10 Ausgaben im Abonnement | 35,00 Euro |

**Weiterverkauf**

| | |
|---|---|
| • ab 3 Exemplaren je | 3,50 Euro |
| • ab 5 Exemplaren | 20% Rabatt |
| • ab 50 Exemplaren | 25% Rabatt |

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden.
Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.

Antifaschistisches info Blatt
DAS PROBLEM HEISST RASSISMUS

**AIB 102**

TITEL
Das Problem heißt Rassismus. Rechte Bürgerinitiativen machen mobil.

NS-SZENE
NPD in der Krise

GESCHICHTE
Die SA — „Jetzt wird reiner Tisch gemacht!

INTERNATIONAL
Rechts auf dem Majdan

Antifaschistisches info Blatt
Die Aufarbeitung des NSU-Terrors

**AIB 101**

TITEL
Die Aufarbeitung des NSU-Terrors?

NS-SZENE
Der „Brandstifter-Effekt" des Verfassungsschutzes

DISKUSSION
Antifa in der Krise?! Gastbeitrag von Avanti

RASSISMUS
„Wir müssen die Ratten loswerden" - Antiziganismus in Duisburg

Absender_in

__________________

__________________

__________________

__________________

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe [ ]
für 5 ○ 10 ○ Ausgaben (bitte ankreuzen)
Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle [ ] Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

[ ]

Datum, Unterschrift

Empfänger_innen

**Antifaschistisches Infoblatt (AIB)**

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

# Öl für das Getriebe der Bewegung

## Extra Natives Olivenöl aus Kreta

Es sind gerade diese Zeiten der sozialen, politischen und finanziellen Krise die eine hervorragende Chance bieten unsere Ideale in die Praxis umzusetzen, Netzwerke, Kollektive, Kommunen zu bilden oder zu erweitern. Der solidarische Faire Handel ist ein Teil dieses Prozesses.

Das Projekt „Öl in das Getriebe der Bewegung" geht noch eine Schritt weiter, da es abgesehen davon, dass es den Bauern einen besseren Preis für ihre Produkte bietet, den übrigen Gewinn direkt in eine Kasse leitet die subversive Strukturen unterstützt.

Das „Becollective" ist ein Netzwerk, ein Schirm unter dem sich zeitweise verschiedene landwirtschaftliche Projekte entwickeln, treffen ,und ihre Produkte vertreiben oder tauschen. Grundsatz ist, dass alle Produkte Ergebnis von Arbeit sind, die die Umwelt nicht verseucht sondern respektiert und in der es keine Art von Arbeitgeber-Angestellter Verhältnis gibt, sondern nur das von Mitarbeitern.

Das Olivenöl von Becollective ist mit einen Säuregrad von 0,3 bis 0,5 von Haus aus qualitativ erstklassig (wie fast alle Öle die aus Kreta kommen) und verdient somit die Bezeichnung Extra Nativ. Das Öl kann in 1L, 5L und 17L Dosen abgefüllt werden.

Becollective

becollective@espiv.net | becollective@jpberlin.de | becollective.espivblogs.net